Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID–Nummer | Exemplare

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

Posteinlieferung des letzten ID: *Freitag*

terreich bekanntlich eine wichtige Rolle spielen, treten offen und vehement für die sofortige Inbetriebnahme von Zwentendorf ein. In der Basis der Gewerkschaften regt sich aber bereits da und dort der Widerstand gegen AKWs. Deshalb muß die Arbeit in den Gewerkschaften einer der zentralen Punkte für die österreichischen AKW-Gegner darstellen. Auch in der Basis der Kirche formiert sich an verschiedenen Orten der Widerstand.

Nach dem Sommer wird eine LP mit Anti-AKW-Liedern herauskommen (2 altbekannte und viele neue, die bei uns entstanden sind - Achtung Dialekt!). Gutscheine zur Vorfinanzierung dieser Platte sind schon jetzt erhältlich (1oo.–ö.S.)

Am Montag solidarisierten sich auch 22 Transportarbeiter von Grunwicks mit den Streikenden. 92 Arbeiter/innen befinden sich jetzt im Streik. Dazu hält der Postboycott noch an. Post von und an Grunwicks wird weder ausgeliefert noch angeliefert. Grunwicks versucht seine Post ausserhalb von London in der Stadt Luton aufzugeben, die dortigen Postarbeiter kriegten es mit und prompt ist der Vertrieb eingestellt worden.

BRANDANSCHLAG AUF PERSIENS LUFTVERKEHRSBÜRO

Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 186 16. JULI 1977
Redaktionsschluß: Donnerstag, 16.00 Uhr

D 1870 CX

frankfurter informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

KONTAKTZENTREN
2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr.79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel.0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr.197
0221/420214

7400 tübingen
aktion pol. buchladen

BILDER IM BILDERDIENST

Bilder vom Molotowcocktail-Überfall auf Bauplatzbesetzer im Heitern (Fessenheim)

Wir brauchen Bilder vom Knast, wenns geht von Gefangenen, Zellen usw.

Postscheckkonto Bilderdienst: PSchKto Gerd Kever, Frankfurt Nr. 360811-608
Preise: 5,— DM Porto und Versand plus 1,— DM pro Bild. Sonderwünsche siehe ID 175.

FRAU UND GESUNDHEIT

FRANKFURT 14. Juli — In einer der nächsten ID's werden wir vom internationalen Feministinnentreffen in Rom zum Thema FRAU UND GESUNDHEIT berichten.

Um einen möglichst umfassenden Überblick zu diesem Thema zu bekommen, möchten wir Kontakt aufnehmen zu Frauengesundheitsgruppen oder -zentren, die dazu sowieso schon arbeiten und Material haben, und zwar zu den Bereichen: Sexualität, Geburt, Verhütung, Abtreibung, Sterilisation, „Frauenkrankheiten" usw. Sehr wichtig sind uns auch genaue Informationen über die Ausbildung und Arbeitserfahrung als Hebamme, vor allem bei Hausgeburten.

An den ID e.V., Postfach 900343 – Frauen, 6000 Frankfurt (Main) 90.

FREIZEITTREFFEN FÜR KOMMUNEN

HEIDELBERG Juli 1977 — Das Freizeittreffen für Kommunen '77 (FAK) soll vom 25. August bis 9. September oder vom 21. August bis 4. September am Edersee stattfinden. Es kostet pro Teilnehmer 110 Mark (alles incl.). Gezahlt werden kann bis spätestens 30. Juli auf das Postscheckkonto Ludwigshafen 113058-676, Ursula Nothelfer (FAK). Die genaue Wegbeschreibung kommt mit der Einzahlungsbestätigung nach Zahlungseingang. Die FAK-Dokumentation von 1976 gibt es in 6501 Oberolm, Obergasse 30, bei freework gegen Zahlung von fünf Mark auf das Postscheckamt Frankfurt, Nr. 335309-602, Heike Hesse (bitte als Verwendungszweck angeben: FAK-Doku 76, als ipg-Mitglied). Zum Treffen sollen Schlafsäcke, Eßbesteck, Musikinstrumente, Spielsachen, Ideen und Kommunikationswut und vieles andere mehr mitgebracht werden.

ERFAHRUNGEN MIT DER CHEMISCHEN KEULE

BERLIN Juli 77 — *Aus Berlin erhielten wir folgenden Aufruf:*

„Wir sind eine Gruppe von Ärzten und Chemikern, die über die chemische Keule und andere chemische Kampfstoffe arbeiten. Da die Möglichkeit von Verletzungen und bleibenden Schäden durch den darin verwandten Stoff Chloracetophen immer wieder bestritten wird, benötigen wir dringend Berichte und Befunde von Verletzten, um die öffentliche Auseinandersetzung gegen die Keule führen zu können. Es muß insbesondere in Brokdorf und Grohnde eine ganze Reihe von Verletzten durch die chemische Keule gegeben haben.

Wir bitten diejenigen, die sich mit derartigen Verletzungen in ärztliche Behandlung begeben mußten dringend uns
1. einen ganz kurzen Bericht über den Hergang und
2. einen ärztlichen Befund-und Verlaufsbericht über Augen- bzw. Hautverletzungen o.a. zu schicken.

Um die Vertraulichkeit der Berichte zu gewährleisten, schickt diese bitte an: **Rechtsanwalt Jens A.Brückner, Lietzenburger Straße 91, 1ooo Berlin 15**. Bitte auch weitersagen!!!!

DOKUMENTATION ÜBER DEN HALLER-STREIK

STUTTGART 13. Juli — Die Leute von der Firma Haller (Fahrzeugbau), die im April zweimal streikten und damit durchsetzten, daß ein unbequemer Vertrauensmann nicht gefeuert wurde (s. ID 174 u. 177), haben eine Dokumentation über ihren Arbeitskampf herausgegeben. Die Dokumentation, die eine Chronologie der Ereignisse sowie Stellungnahmen, Flugblätter und Pressestimmen enthält, ist zu bekommen bei der **Industriegewerkschaft Metall, Verwaltungsstelle Stuttgart, Kanzleistr. 20, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711 / 22 40 31 oder 32.**

„WEHRT EUCH" – GEGEN SCHWARZE LISTEN DER UNTERNEHMER UND DER GEWERKSCHAFTEN

BERLIN 13. Juli — „Wehrt euch" Nr. 2 ist da. Die Broschüre beschäftigt sich mit der Unterdrückung im Betrieb. Diesmal stehen die Repressionsmaßnahmen des gewerkschaftlichen Apparats im Vordergrund: Unvereinbarkeitsbeschlüsse, Ausschlußpraktiken bei Betriebsratswahlen (Zweite Listen), Auflösung von Jugendgruppen oder Vertrauensleutekörpern usw. Die Folgen der Gewerkschaftsausschlüsse werden diskutiert – du verlierst Rechte im Betrieb, weil du ja keiner „Tarifpartei" mehr angehörst; aus demselben Grund stehst du vor dem Arbeitsgericht schlechter da; du kommst von der schwarzen Liste der Gewerkschaft mühelos auf die der Unternehmer, undsoweiter.

Zu bestellen bei: Manuel Dohn, c/o „radikal", Gustav-Müller-Str. 46, 1000 Berlin 62.

GÖTTINGER BETRIEBS–EXPRESS

GÖTTINGEN 13. Juli — Der „Göttinger Betriebs-Express" informiert seit 1974 (monatlich bis vierteljährlich) darüber, was in niedersächsischen Betrieben vor sich geht, außerdem über Gewerkschaftspolitik und die Praxis der Arbeits- und Sozialämter. Wer alle 25 bisherigen Ausgaben haben will, kann 10 Mark in Briefmarken schicken an:

GBE, c/o Buchladen, Rote Straße 10, 3400 Göttingen

ALTERNATIVER LÖWENZAHN

GÖTTINGEN Juli 1977 — In Göttingen ist vor einem halben Jahr eine neue Alternativ-Zeitung „aus dem Boden geschossen." Der „Löwenzahn" schreibt von sich selbst, daß er den Namen gewählt habe, weil dieses so vielseitige Pflänzlein in der Lage sei, auch härtesten Beton zu durchbrechen. Die Löwenzähne wollen ein Stück Gegenöffentlichkeit sein und befassen sich mit alternativen Lebens- und Produktionsformen. Die Zeitung erscheint alle zwei Monate in einer Auflage so um die 1000 und kostet DM 1.50. In jedem Heft gibt es einen Schwerpunkt, bei der letzten Nummer waren das Beziehungen, Schwierigkeiten damit, psychisches Elend und Ansätze der Veränderung. Ein Abo kann über die folgende Adresse bestellt werden: Helmut Josefowicz, Geismarlandstr. 25 a, 3400 Göttingen.

JUZler, VEREINIGT EUCH!

GROSS–ZIMMERN
Juli 1977

Das JUZ Groß-Zimmern, das zur Zeit um Selsbtverwaltung und die Wiedereinstellung einer gekündigten Sozialarbeiterin kämpft, bittet um Mithilfe durch Solidaritätsadressen. Die Briefe und Karten können entweder an den Gemeindevorstand der Gemeinde Groß-Zimmern, Rathausplatz 1, 6112 Großzimmern, oder an das Jugendzentrum „Glöckelche", Angelstr. 18, ebenda, gerichtet werden. Um solche Aktionen in Zukunft effektiver zu machen, schreiben die JUZ'ler, wäre es gut, wenn es eine Organisation gäbe, in der alle Jugendzentren zusammenarbeiten, weil sie in solchen Konflikten dann gemeinsam reagieren könnten.

EINREISE FÜR POLITISCHE GEFANGENE AUS CHILE VERWEIGERT

KONSTANZ
[illegible] Juli

Die Landesregierung Baden-Württemberg sei aus humanitären Gründen bereit, Flüchtlinge aus Chile aufzunehmen, so war es am 3. Juni in der „Badischen Zeitung" zu lesen. Bereits im Dezember 1976 haben die beiden politischen Häftlinge Segundo Trangolao Linco und Ramon San Martin Carrasco eine Visumzusage der deutschen Bundesregierung, was eine Umwandlung ihrer Haftstrafe in Landesverweis bedeutet. Zur endgültigen Ausreise in die BRD fehlt ihnen aber bis heute noch die notwendige Einreisegenehmigung des zuständigen Baden-Württembergischen Innenministers Schiess. Daher werden die beiden Chilenen seit über 7 Monaten in einem sogenannten Durchgangsgefängnis vor der Ausreise in Santiago festgehalten.

Das Chile-Komitee Konstanz sammelt Unterschriften für die sofortige Einreise der beiden Chilenen.
Kontakt: Chile-Komitee Konstanz, p.A. Robert Schneider, Konradigasse 24, 7500 Konstanz.

K[illegible]L-HEINZ ROTH IST FREI!

KÖLN
12. Juli

Die 11. Große Strafkammer am Landgericht Köln verkündete zu den von der Verteidigung gestellten Haftentlassungsanträgen heute folgenden Beschluß:

„Beschluß

In der Strafsache

gegen Roland Otto und Karl-Heinz Roth

werden die Haftbefehle des Amtsgerichts Köln vom 10. Mai 1975 – 203 Gs 1250 und 1251/75 – sowie der Beschluß des Landgerichts Köln vom 1. 10. 1975 – 40-22/76 – aufgehoben.

Gründe:

Ein dringender Tatverdacht hinsichtlich der den Angeklagten in den Haftbefehlen vorgeworfenen Tötungsdelikte besteht nach dem Ergebnis der im wesentlichen abgeschlossenen Beweisaufnahme nicht mehr. Unbeschadet etwaiger Feststellungen über den Ablauf der Schießerei läßt sich die Feststellung, der Angeklagte Roth habe nach Verlassen seines Pkw versucht, seine Schußwaffe zu gebrauchen, voraussichtlich nicht auf die Aussage des Zeugen Grüner stützen. Auch läßt sich aus den Aussagen der übrigen Tatzeugen nicht der Schluß ziehen, Sauber und der Angeklagte Roth hätten plötzlich und gleichzeitig die Wagentüren geöffnet. Infolgedessen werden voraussichtlich entscheidende Indizien dafür, daß die Angeklagten entschlossen waren, von ihren mitgeführten Schußwaffen selbst Gebrauch zu machen, nicht nachzuweisen sein. Damit entfallen – auch nach der Argumentation der Anklageschrift – wesentliche Anhaltspunkte dafür, daß die Angeklagten gemeinschaftlich mit Sauber als Mittäter gehandelt haben. Aus den noch verbleibenden Indizien läßt sich voraussichtlich kein zwingender Schluß auf eine Mittäterschaft ziehen. Das Gericht sieht beim derzeitigen Stand des Verfahrens auch keine Veranlassung, auf eine Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes hinzuweisen."

ZUR LAGE IM ANTI-ATOM-DORF BEI GROHNDE

EMMERTHAL/GROHNDE
13. Juli

Das Kühlturmgelände des AKW Grohnde war am 12. Juni besetzt worden, um die Bautätigkeit der Preussenelektra zu unterbinden. Seitdem läuft dort ein reges Lagerleben mit vielfältigen Aktionen und dem Aufbau eines Anti-Atom-Dorfes (siehe ID 182/183).

Bereits vor der Besetzung des Kühlturmgeländes war dort eine Betonverschalung für eine Entwässerungspumpe errichtet worden. Am Mittwoch, den 6. Juli, gegen Mittag wurden die Besetzer nun mit plötzlich beginnenden Baumaßnahmen überrascht. Mehrere Lastwagen der Preusse-Elektra-Interargem luden neben dem Anti-Atom-Dorf Kies und Sand ab. Außerdem wurde an einem Stromversorgungskabel gearbeitet. Draufhin beschloß das Plenum der Platzbesetzer diese Baumaßnahmen durch Blockade und Abriegelung zu verhindern, was auch sofort geschah. Zur Zeit wird dort nicht mehr gebaut. Die Preussen-Elektra droht mit der Weiterführung der Bauarbeiten unter Polizeischutz, da sie die Entwässerungspumpe unbedingt für die Weiterarbeit auf dem umzäunten AKW-Gelände brauchen.

Inzwischen ist die zweite Ausgabe des „Anti-Atom-Dorf-Kurier", der Zeitung der Platzbesetzer für Grohnde, Emmerthal und Umgebung erschienen.
Neue Kontaktadresse: Bürgerinitiative Hameln, Informationsbüro, Neue Marktstraße 27, 3250 Hameln, Tel.: 05151/21967
Spendenkonto: Ingrid Tondok, Kreissparkasse Hameln/Pyrmont, KtoNr: 10 50 06 852

TRAINING IN GEWALTFREIER AKTION

KÖLN
Juli 77

Auch in diesem Sommer finden Trainingskurse in gewaltfreier Aktion statt, in denen mit neuen Formen des Widerstandes experimentiert werden soll. Ein Thema wird das gemeinsame Einüben gewaltfreier Verhaltens-und Handlungsweisen sein. Andere Themen ergeben sich aus den Wünschen der Teilnehmer.

Für 2 Termine werden noch Teilnehmer gesucht:
8.-21. August: Training in gewaltfreier Aktion (in Minden) Information und Anmeldung: **Willi Derenbach, Mattenbachstraße 11, 5910 Kreuztal 5.**

19.-28. August: Training in gewaltfreier Aktion (in Mühlheim /Ruhr) Informationen und Anmeldung: **Klaus Kunzweiler, Ostendstraße 3, 74oo Tübingen.**

Näheres auch über: **Koordinationsstelle der Trainingskollektive c/o Otto Dreese, Königsstraße 3, 5ooo Köln 1 , Tel. O221/230794.**

ÜBERFALL AUF KKW-GEGNER IN HEITEREN

HEITEREN 13. Juli Presseerklärung der Freiburger Bürgerinitiative gegen Kernenergieanlagen:

Seit einigen Monaten besetzten elsässische und badische Umweltschützer einen halbfertigen Hochspannungsmast bei Heiteren nahe bei Fessenheim, über den der Strom aus dem Kernkraftwerk Fessenheim nach Paris geleitet werden soll. Freiburger KKW-Gegner unterstützen die Besetzung aktiv und übernahmen jede Woche in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch die Nachtwache. Am 12. Juni gegen 24 Uhr stürmten mit Molotowcocktails und Eisenstangen bewaffnete Männer den Platz in Heiteren. Sie steckten eine Holzhütte in Brand, in der schon Besetzer schliefen und bewarfen die am Feuer sitzenden Nachtwachen direkt mit Molotowcocktails. Dabei erlitt das Mitglied Axel W. der Freiburger Bürgerinitiative gegen Kernenergieanlagen so schwere Verbrennungen, daß er in die Intensivstation der Freiburger Universitätsklinik eingeliefert werden mußte. Desweiteren wurden Autos umgekippt und demoliert, Kleider und Schlafsäcke verbrannt. Nur durch das entschlossene Eingreifen von über 20 Besetzern konnte verhindert werden, daß das Freundschaftshaus und der angrenzende Wald in Flammen aufgingen und es noch zu schlimmeren Zerstörungen und Verletzungen kam. Nach kurzer Zeit kam die Feuerwehr aus Heiteren und viele andere Helfer den Besetzern zur Hilfe. Es gelang jedoch nicht, die etwa zehn Männer, die den Überfall durchführten, festzuhalten und zu identifizieren.

Verantwortlich für diesen durchorganisierten und brutalen Überfall auf gewaltlos vorgehende Umweltschützer sind auch die Kraftwerksbetreiber und Regierungen, die mit ihrer Hetze gegen Kernkraftwerksgegner den Boden für solche Aktionen bereiten. Schon in Wyhl wurden Personen direkt vom Badenwerk zu gewaltsamen Ausschreitungen gegen die Platzbesetzer angestiftet. Ob in Heiteren ein derart direkter Zusammenhang vorliegt, wird sich zeigen. Die Freiburger Bürgerinitiative gegen Kernenergieanlagen verurteilt diesen Überfall auf's schärfste. Jedoch lassen wir uns durch solche Angriffe ebensowenig einschüchtern wie durch den Polizeiüberfall seinerzeit in Wyhl oder durch die Tränengas— und Hartgummigeschoßeinsätze in Gösgen/Nordschweiz. Wir werden die Platzbesetzung in Zukunft noch stärker unterstützen als bisher, um uns dadurch vor Überfällen dieser Art zu schützen.

Durch den Überfall sind uns erhebliche Kosten entstanden, die durch Spenden aufgebracht werden müssen. Wir bitten um Spenden auf das
Konto Nr. 1720224 Öffentliche Sparkasse Freiburg, Kennwort: Brandanschlag.
Kontakt: Freib. BI gegen Kernenergieanlagen, Wilhelmst[illegible]5, 78 Freiburg.



ELEKTROSCHOCKS NACH DEM PFINGSTMARSCH

GÖSGEN 12. Juli Eine junge Genferin blieb nach dem Pfingstmarsch am 30. Mai allein auf dem Atomkraftwerkgelände Gösgen (SO) zurück. Sie wurde daraufhin von der Solothurner Polizei ohne vorherige Überprüfung ihrer Identität verhaftet und auf dem Polizeiposten einer eingehenden Leibesvisitation unterzogen. Aus Protest weigerte sie sich daraufhin, sich wieder anzuziehen, und wurde nun eine Nacht lang in eine Einzelzelle gesperrt. Ihr „eigenartiges" Verhalten war für die Polizei Vorwand genug, sie gegen ihren Willen in die Psychiatrische Klinik von Solothurn einzuliefern; von dort wurde sie später in die Psychiatrische Klinik Bel-Air, Genf, überführt.

Erst am Tag darauf wurde ihre Einlieferung von einem externen Arzt bestätigt. Wie in der „Tribune de Geneve" zu lesen war, änderte dieses nachträglich ausgestellte Zeugnis nichts an der Illegalität der Freiheitsberaubung und der Einlieferung in die beiden psychiatrischen Kliniken. Anna R. reagierte mit Hungerstreik und Aussageverweigerung, worauf Dr. Brändli sich entschied, ihren Widerstand mit Elektroschocks zu brechen (OHNE ihr Einverständnis oder das ihrer Angehörigen).

[illegible]t eine Woche nach Beginn der Behandlung mit Elektroschocks war es Angehörigen und Freunden, welche ausnahmslos für Annas psychische Gesundheit bürgen, gestattet, sie zu besuchen.

Nach fast dreiwöchigem Aufenthalt in der Klinik gelang es ihr, zu fliehen und bei Freunden unterzutauchen. Am darauffolgenden Samstag demonstrierten über hundert Personen gegen die Willkür der Verhaftung und der psychiatrischen „Behandlung". Gleichzeitig hielten das Comite pour la liberation d'Anna R., das Comite contre la repression psychiatrique, das Reseau romand d'alternative a la psychiatrie, die Femmes du Centre-Femmes und das Comite contre Verbois nucleaire (CCVN) eine Pressekonferenz ab.

Wir erlauben uns die Schlußbemerkung, daß der in Zukunft wahrscheinlich rasch ansteigende Energiebedarf der psychiatrischen Kliniken nur mit Kernkraftwerken gedeckt werden kann. (aus „das Konzept" Nr. 6/7, Juli 77)

HAUSWURFSENDUNG ERBOST ATOMKRAFTBEFÜRWORTER

BREMEN 12.Juli *Die nachstehend abgedruckte Erklärung des Stadt -und Polizeiamtes der Freien Hansestadt Bremen, die als Hauswurfsendung an zahlreiche Haushalte verteilt wurde, hat zu erbosten Reaktionen der Bremer Oberen geführt. So hat der Bremer Oberbürgermeister Koschnik (SPD) in einem Rundfunkinterview von einer „Ungeheuerlichkeit" gesprochen, die Bremer-Sender gaben in stündlichem Abstand den Abstand der Obrigkeit von diesem Flugblatt bekannt und bezeichneten es als Fälschung. Ein Sprecher der Bürgerinitiative Küste (Zusammenschluß von Anti-AKW BIs) erklärte, nichts davon gewußt zu haben, hielt es aber für eine geeignete Form, um Öffentlichkeit über die Gefahren von AKWs herzustellen.*

" AN ALLE BREMER HAUSHALTE !

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger !

Sie werden sich fragen, warum wendet sich der Bremer Senat heute in dieser doch unüblichen Form an Sie. Das hat zwei Gründe:

— zum einen soll sichergestellt werden, daß diese Information alle Bremer Haushalte erreicht, da Presse und Rundfunk dies nicht gewährleisten,

— zum anderen wollen wir verhindern, daß sogenannte Bürgerinitiativen diese Übung für ihre Zwecke mißbrauchen.

Sicher haben Sie inzwischen erfahren, daß der Wärmelastplan (Festlegung der höchstzulässigen Flußerwärmung) für unsere Weser von der Niedersächsischen Landesregierung aufgehoben wurde. Damit ist der Weg geebnet worden, für eine baldige Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Esenshamm.

Um nun den zahlreichen Verleumdungen linksradikaler Gruppierungen und den zunehmenden Verdächtigungen, im Zusammenhang mit dem Bau von Atomkraftwerken würde nicht genug für Ihre Sicherheit getan, entgegenzutreten, hat sich der Bremer Senat in Zusammenarbeit mit der Behörde für Inneres und den zuständigen Polizeidienststellen, zur Durchführung einer SICHERHEITSÜBUNG entschlossen.

Diese Übung geht von dem an und für sich unwahrscheinlichen Unfall im Atomkraftwerk Esenshamm und der Gefahr einer radioaktiven Verseuchung unserer Stadt aus. Aufgrund dieser Annahme soll für die Stadt Bremen eine umfassende EVAKUIERUNGSÜBUNG durchgeführt werden. Die Übung findet am kommenden Freitag, den 8.Juli 1977, ab 6.30 Uhr statt. Zentraler Sammelpunkt für die zu evakuierende Bevölkerung ist der „Zentrale Omnibusbahnhof" (ZOB) am Hauptbahnhof. Von dort werden Sie mit bereitgestellten Bussen zu den Atomschutzbunkern gefahren. In Absprache mit den Bremer Verkehrsbetrieben und der Deutschen Bundesbahn sind keine Fahrkarten zu lösen, um zum Sammelpunkt am ZOB zu gelangen.

An der zentralen Sammelstelle richten Sie sich bitte nur nach den Anweisungen der Sie erwartenden Ordner.

Dieser Aufruf gilt auch für alle Arbeitnehmer. In Absprache und Anweisung mit den Arbeitgeberverbänden, ist eine Lohnfortzahlung für diesen Tag sichergestellt.

Wir fordern nochmals alle Bürger Bremens auf, diesem Aufruf unbedingt Folge zu leisten, da nur so gewährleistet ist, daß die Übung den Anforderungen eines eventuellen Unfalls entspricht. Bei eventuellen Rückfragen wenden Sie sich bitte vertrauensvoll an die für Sie zuständige Polizeidienststelle.

Ihr Hans Koschnick

1. TEILERRICHTUNGSGENEHMIGUNG FÜR BLOCK II DES AKW PHILLIPPSBURG

WAGHÄUSEL 6. Juli *In einer Pressemitteilung schreibt die Bürgeraktion Umweltschutz Waghäusel: Einhellig verurteilt man (BI's aus der Umgebung) auf einer Mitgliederversammlung das leichtfertige Vorgehen von Innenminister Maihofer, der tags zuvor „grünes Licht" für den Bau von Philippsburg II gegeben hatte:*

„Bevor die Frage der Atommüllbeseitigung gelöst ist, wird jetzt „ins Blaue" hinein gebaut. Die Behauptung, „die Entsorgung und Zwischenlagerung des in Philippsburg anfallenden Atommülls sei bis 1995 gesichert" (Zeitungsmeldung vom 2.7.77) ist falsch. Wie die Bürgeraktion Umweltschutz bereits Anfang Mai (unwidersprochen von Seiten der Betreiber) festgestellt hat, wird in der französischen Wiederaufbereitungsanlage La Hague der Atommüll aus deutschen AKW's nur vorübergehend gelagert. Die Teilanlage für hochradioaktiven Abfall steht seit Mai 1976 still. Und: Nach 1980 müssen die deutschen AKW's den hochaktiven Atommüll wieder zurücknehmen. Bis dahin wird aber nirgedwo auf der Welt ein langfristig akzeptables Konzept der Entsorgung vorliegen.

Genausowenig ist bisher das Problem des Berstschutzes gelöst, weshalb das Freiburger Verwaltungsgericht die Baugenehmigung für das geplante AKW Wyhl wieder aufgehoben hat. Aus juristischen Kreisen verlautete bereits, daß das „Freiburger Urteil" auch in der 2. Instanz Bestand haben wird

und folglich das AKW Wyhl entweder mit Berstschutzsicherung oder gar nicht gebaut werden dürfte — mit allen Konsequenzen auch für andere Kernkraftprojekte" (zit. nach „Der Spiegel" vom 4.7.77, S. 58).

Das trifft auch auf Philippsburg II zu. Wem nützt also diese Politik der Provokation? Hier werden ganz eindeutig die kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen einiger weniger Elektrizitätsunternehmen vor die Lebensinteressen der Bevölkerung gestellt. Dagegen hat aber das Bundesverwaltungsgericht klar und eindeutig entschieden: „Der Schutzzweck des Atomgesetzes hat den Vorrang vor dem Förderungszweck." Und das Freiburger Verwaltungsgericht hat unmißverständlich festgestellt, „daß wirtschaftliche Aspekte grundsätzlich keine Rolle spielen dürfen, wenn es um die Frage geht, welche Schutzvorkehrungen erforderlich sind." Im Fall Philippsburg wollen nun Wirtschaft und Regierungen in bedenkenlos undemokratischer Weise vollendete Tatsachen schaffen. In diesem Zusammenhang stellte die Bürgeraktion Umweltschutz Waghäusel fest, daß die im letzten Jahr gegen Block II des AKW Philippsburg gemachten Einsprüche nach wie vor gelten.

ZWEITE FAHRRAD–DEMONSTRATION GEGEN PHILIPSBURG

HEIDELBERG
12. Juli

Philipsburg ist seit gut einer Woche zum Notstandsgebiet erklärt worden: die Polizei kontrolliert den einzigen Zufahrtsweg zum Kernkraftwerks-Gelände auf der Rheinschanzinsel, nachdem die Landesregierung die sofortige Vollziehbarkeit der ersten Teilerrichtungsgenehmigung für den Block II verfügt hatte. Am Montagmorgen ist zusätzlich Bereitschaftspolizei herangekarrt worden. Pkw-Fahrer werden willkürlich zurückgewiesen. Mitglieder von Bürgerinitiativen werden nachgewiesenermaßen überwacht.

Gleichzeitig sind die Bauarbeiten am Block II aufgenommen worden. Auf der Rheinschanzinsel wird rund um die Uhr gearbeitet. Kieslaster aus der Umgebung haben eine Sonntagsfahrerlaubnis erhalten.

Auf diese Weise sollen noch in diesem Sommer vollendete Tatsachen geschaffen und die über 7000 Einsprüche gegen Block II vom Tisch gewischt werden.

Dagegen protestieren wir!

Beteiligt Euch an der friedlichen Fahrrad-Demonstration nach Phi lipsburg! Bringt an Euren Fahrrädern Bilder und Parolen an ! Verziert die Speichen mit AKW-Nein–Sonnen! Bringt Getränke und Proviant mit!

Das geplante KKW Whyl darf nicht in Phi lipsburg gebaut werden!

Abfahrt: 9.30 Uhr
Abfahrt: Sonntag, 17. Juli 1977, 9.30 Uhr am Heidelberger Bismarckplatz

(über Eppelheim, Plankstadt, Schwetzingen, Hockenheim, Neulußheim — Mittagspause am Baggersee an der B 36 — Waghäusel, Oberhausen, Philipsburg, ca. 13 Uhr Marktplatz, Weiterfahrt zur Polizeikontrollstelle an der Altrheinbrücke zur Rheinschanzinsel)

Weitere Informationen: BI Umweltschutz Waghäusel, Ostendstr. 2

Spendenkonto: 02-010156 bei der Städt. Sparkasse Philippsburg (siehe Postkarte)

DKP - "VOLKSFEST 77": UMWELTSCHÜTZER UNERWÜNSCHT

RECKLINGHAUSEN
6. Juli

Von der Bürgerinitiative Umweltschutz Recklinghausen erhielten wir folgende Nachricht:

Zwar unterstützt die DKP laut Programm den Widerstand gegen Atomkraftwerke, doch die Wirklichkeit sieht anders aus, wie wir am eigenen Leibe erfahren mußten: Der Antrag auf einen Stand der Bürgerinitiative Umweltschutz Recklinghausen auf dem „Volksfest 77" wurde abgelehnt; die DKP wollte zur Bedingung stellen, den Stand zu zensieren, was wir dankend ablehnten. So bauten wir am Samstag, den 2.7., einen kleinen Stand auf dem Parkplatz vor dem Festgelände auf. Die DKP rief die Polizei und wir mußten den Stand wieder abbauen. Daraufhin verteilten wir Flugblätter vor dem Festplatz. DKP- Ordner versuchten, uns daran zu hindern: wir wurden weggedrängelt, einer Genossin wurde ein Packen von ca. 100 Flugblättern entrissen. Zwei besonders halbstarke DKP- Ordner drohten uns Prügel an. Zwar verteilten wir noch eine Zeitlang weiter, aber die Lust war uns doch vergangen! All dies, obwohl in dem Flugblatt die DKP mit keinem Wort kritisiert worden war. Bleibt als Konsequenz: Die DKP unterstützt den Kampf gegen Atomkraftwerke nicht, im Gegenteil - sie behindert Umweltschützer!





Postkarte „KKW in Philippsburg? Nein danke" (je 50 Pfennig, ab 20 Stück 40 Pfennig + Porto)

WEITERES ZELTLAGER DER A KW–GEGNER

BROKDORF 12. Juli „Vor etwa sechs Wochen haben sich Mitglieder verschiedener BUU-Gruppen aus Hamburg zusammengesetzt (bis jetzt etwa fünfmal), die das Lager in Brokdorf vorbereiten. Diese Gruppe ist offen, es sollten sich noch viel mehr Leute beteiligen. Wir treffen uns unregelmäßig, Termin ist über den **Laden Lutterothstr., Tel. 402782,** oder auf dem Montagstreffen der autonomen Gruppen zu erfahren.

Bis jetzt wurde folgendes dikutiert:

Funktion des Lagers:
- Bewachung, Störung, wenn möglich Verhinderung des Baus
- praktische handwerkliche Übungen
- Volkshochschule (Filme, Vorträge usw.)
- Aufbau eines Alarmsystems
- Vorbereitung und Begleitung des Lüneburger Prozesses

Ort: möglichst nahe am Bauplatz

Termin: das Lager sollte einige Wochen vor dem Prozeß begonnen werden. Das Ende sollte nicht festgelegt sein, anzustreben ist ein ständiges Bewachungslager, das in Kontakt steht mit anderen Lagern in der BRD.



Wir sprachen zuerst mit einigen Leuten aus der BUU Wilster, die dem Lager grundsätzlich zustimmten und es unterstützen wollten. Der AK Brokdorf (Gruppen Wilster, Brokdorf, Wewelsfleth, Borsfeth, Krempe) lud uns zu einem Gespräch ein. Ihre Absicht war offenbar, den Inhalt des Lagers zu bestimmen (z.B. keine Helme, keine Straßenmalerei, keine kommunistischen Zeitungen, Lagerordnung). Wir haben uns darauf nicht eingelassen.

Das nächste Treffen war auf der Marschenkonferenz, Freitag 1.7. Alle anwesenden BI-Vertreter (aus: Quickborn, Elmshorn, Heide, Pinneberg Itzehoe, Brunsbüttel, Ütersen, Wedel) fanden die Idee gut. Wichtig ist, daß sich viele Leute ernsthaft an Vorbereitung und Durchführung beteiligen. Es muß in den Initiativen diskutiert und erfahren werden, wieviele Leute bereit sind, Zeit für das Lager aufzubringen.

Mitglieder von Initiativen der Marschenkonferenz haben bereits am Vorbereitungstreffen am Sonntag, 3.7., teilgenommen. Es ist geplant, zur Vorbereitung des Lagers eine Veranstaltung in Wilster über Grohnde und den Lüneburger Prozeß zu machen.

Termin: Freitag, 22.7., 20 Uhr, Gasthof Linde , Wilster

Alle Interessenten sind eingeladen, wir bitten insbesondere die Initiativen aus dem West- und Ostküstengebiet teilzunehmen.

Liebe Freunde, wir halten das Zeltlager für besonders wichtig. Diskutiert bitte unsere Vorstellungen und beachtet die Termine!"

(aus: Anti AKW-Telegramm No. 1)

AKW – KURZES – WICHTIGES

KALKAR 13. Juli **DEMONSTRATION AM 24. SEPTEMBER**

Von deutschen und niederländischen Bürgerinitiativen gemeinsam werden die Vorbereitungen für eine große Demonstration am 24.9.77 getroffen.

TRIER 11. Juli **LIEDERBUCH UND THEATERSTÜCK**

Die Initiative gegen Atomenergie, Trier, hat ein Anti-Atom-Liederbuch herausgebracht, das überwiegend selbstgemachte Lieder enthält. Zu beziehen über: Hedwig Pucher-Koch, Nikolausstr. 1, 5500 Trier, gegen Voreinsendung von 1,50 in Briefmarken. Größere Anzahl auf Kommission erhältlich.

Ein Anti-AKW-Theaterstück, Titel:„Strahlendosis 1000 rem", auch als Hörspiel verwendbar, zu beziehen über: Rainer Breuer, Postfach 3565, 5500 Trier 1, gegen Voreinsendung von 2,50 DM in Briefmarken.

Andy (15 Jahre) hat uns unter anderem diese „Sache" zugeschickt.

"WARTE WARTE NUR EIN WEILCHEN .... DANN KOMMT AAA TO T/M AUCH ZU DIR !"

"WIR WERDEN NICHT WARTEN, SONDERN AM 24. SEPTEMBER AM (IM/AUF) DEM SCHNELLEN BRÜTER IN KALKAR/KLEVE SEIN"

TELEGRAMM AN PREMIERMINISTER TRUDEAU' KANADA

BROKDORF 12. Juli

„Sehr geehrter Herr Trudeau,
Als Bürger, die in ihrem Leben und ihrer Umwelt durch die sogenannte friedliche Nutzung der Atomenergie bedroht sind, bitten wir Sie, dafür zu sorgen, daß die Förderung und Lieferung von Uran eingestellt wird, auch wenn die wirtschaftlichen Interessen Ihres Landes dadurch beeinträchtigt werden.

Zusätzlich hat das Beispiel Indien gezeigt, daß ein Mißbrauch radioaktiver Stoffe nicht zu verhindern ist.

Ein Lieferstop für Uran wäre für Ihren Gast ein gutes Geschenk als Argument gegenüber der deutschen Industrie für die Abschaffung des Atomprogramms.

Für eine glückliche Zukunft
BUU — Arbeitskreis Brokdorf
Albert Reimers

Telefon-Kontakt: 04824/2596

„GEGEN FALSCHE SOLIDARISIERUNG"

BERLIN 7. Juli

Von unserem Beirat Prof. Dr. Helmut Gollwitzer erhielten wir folgendes Schreiben:

„Liebe Genossen!

Mit meinem beiliegenden Text werdet Ihr vielleicht nicht oder nicht ganz einverstanden sein. Er scheint mir nach dem Brief der 'Bewegung 2. Juni' zu H.-J. Klein im neuesten ID (ID 184) noch nötiger zu sein. Ich hoffe, ich kann damit rechnen, daß Ihr ihn abdrucken werdet.

'Es ist nötig geworden, ohne Beifall von der falschen Seite zu scheuen und ohne damit die Kritik an den Rechtswidrigkeiten der Prozesse gegen „Terroristen" und den Haftbedingungen der wegen Handlungen aus politischen Motiven Inhaftierten zu mindern, ebenso rücksichtslos klarzustellen: es muß zwar die Kritik an diesen Rechtswidrigkeiten — und zwar um des bürgerlichen Rechtsstaates willen, an dessen grundlegenden Prinzipien die sozialistische Bewegung sehr interessiert ist — weitergehen; es darf daraus aber keine Solidarisierung mit den von diesen Rechtswidrigkeiten Betroffenen folgen.

1. Die Arbeiterbewegung hat gewußt, weshalb sie von jeher in der vordersten Front der Kriegsgegner stand. Jeder Krieg erschüttert die auf schwachen Füßen stehende Rechtsstaatlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft und brutalisiert deren Institutionen und die Menschen, die in ihnen tätig sind. Die Nachahmung der lateinamerikanischen Stadtguerilla bei uns bringt den anti-imperialistischen Kampf in die blutige Form des Krieges, bevor diese Form des Kampfes durch die Machthaber aufgezwungen wurde. Es war vorauszusehen und wurde genugsam gewarnt: die bürgerlichen Rechtsinstitutionen und ihre Träger werden das nicht aushalten. Alle jene Rechtswidrigkeiten samt den übrigen Repressalien, die Transformation zum autoritären Staat, sind (neben anderen Ursachen) auch Folgen der Kriegsaktionen gegen diesen Staat. Über diese Folgen zu jammern, nachdem man sie selbst heraufbeschworen hat, ist kindisch.
2. Die Aktionen der RAF und ihre Nachfolger und Nachahmer beweisen ihren pseudo-revolutionären Charakter: seit der Baader-Befreiung im Mai 1971 hatten von ihnen nur die zwei, zu denen die Stammheimer sich selbst bekannt haben — die Bombenanschläge auf amerikanische Institutionen in Heidelberg und Frankfurt 1972 — eine politische Tatmotivation. Alle übrigen — Bankeinbrüche, Geiselnahmen, Polizisten-Erschießungen — dienten der Selbst-Reproduktion der Gruppe. Nie wurde etwas im Interesse der von dieser Gesellschaft Unterdrückten unternommen. Ausschließlich mit ihrer Selbst-Reproduktion beschäftigt, unterschieden sich ihre Handlungen nicht mehr von denen einer kriminellen Gruppe. Das gilt auch für die als „Bestrafung" ausgelegte Ermordung Bubacks.
3. Die Bezeichnung dieser Ermordung als „Hinrichtung" bedeutet, daß diese „Revolutionäre" die Todesstrafe wieder einführen, während wir in diesem durch sie und durch eine sie als Vorwand benutzende Gegenpropaganda hysterisch gemachten Volk schwer genug zu kämpfen haben, daß der Fortschritt der Abschaffung der Todesstrafe erhalten bleibt. Daß außer Buback noch seine zwei Begleiter erschossen wurden, ist entweder Ausdruck der inzwischen eingefressenen Menschenverachtung — oder es soll bedeuten, daß die „Todesstrafe" nun auf alle Angehörigen des Justiz- und Polizeiapparates ausgedehnt wird. Der nihilistische Wahnsinn, der damit an die Stelle des anti-imperialistischen Kampfes angetreten ist, ist nunmehr offenkundig.
4. „Distanzierung" genügt hier nicht mehr. Es muß klargestellt werden: diese selbsternannten, selbst keinerlei Solidarität mit anderen Sozialisten praktizierenden „Guerilleros" haben aufgehört, Genossen zu sein. Sie sind objektiv Bundesgenossen und Werkzeuge der Reaktion geworden. Das ist es, was sie endlich einsehen müssen, und diese Einsicht wird ihnen verbaut durch Kundgebungen der Solidarität mit ihnen.
5. Darum: die Zustände in unserer Strafjustiz, in der politischen Justiz und in den Haftanstalten sind vielfach so miserabel, daß Kritik und Protest sie in aller Schärfe treffen müssen. Dabei darf es aber weder um Sonderforderungen für die politischen Gefangenen gehen noch um Rechtfertigung ihrer Handlungen und ihrer verderblichen Strategie. Es kann immer nur um alle Opfer dieser Zustände gehen.
6. Die drei Stammheimer Gefangenen sind auf politischem Wege zu ihrer irrigen Strategie gekommen. Meine Achtung ihrer Person und ihres Kampfes um's Überleben ist trotz der Kritik unvermindert. Sie kann sich nur darin ausdrükken, daß wir sie nicht zu Objekten unseres Mitleides machen, sondern sie als verantwortliche Subjekte ansprechen. Darum haben sie jetzt von uns vor allem anderen dies eine zu hören:

   Schluß mit der blödsinnigen Parole „Den Widerstand bewaffnen!", die sie vor kurzem noch herausgegeben haben! Statt dessen sollen sie endlich alle ihre Sympathisanten innerhalb und außerhalb der Gefängnisse auffordern, mit der heimtückischen und idiotischen, politisch und menschlich gleich verwerflichen Mörderei und dem kindischen Basteln von Sprengsätzen aufzuhören und die Mühe politischer Arbeit auf sich zu nehmen. Das ist der einzige Beitrag zum anti-imperialistischen Kampf, den sie nach dem Schaden, den sie angerichtet haben, jetzt von der Zelle aus leisten können.' "

ZUM PROZESS GEGEN KARL HEINZ ROTH UND ROLAND OTTO

Köln 47.–49. Verhandlungstag(28.Juni – 4.Juli)
Juli 77 Die Verteidigung hatte unmittelbar vor dem 47.Verhandlungstag Kenntniss von einem in der Zeitschrift "Gruppendynamik,Forschung und Praxis", Stuttgart 1974,Nr.5,S.360ff., veröffentlichten Aufsatz des Vorsitzenden Richters Dr.Draber erhalten, in dem dieser unter dem Titel "Gruppendynamik und Strafprozeß" Überlegungen über das Zusammenwirken der Prozeßbeteiligten anstellte. Draber beschreibt den Strafprozeß als einen "sozialen Ausstoßungsmechanismus", in dem das Verhalten der Beteiligten auch nach anderen als strafprozessualen Regeln ablaufe. Notwendig sei es , die "Arbeitsgruppe" der Prozeßbeteiligten funktionsfähig zu erhalten, wozu insbesondere auch die Beachtung der gruppendynamischen Abläufe erforderlich sei. Er erwähnt insoweit Regeln, die die Strafprozeßordnung nicht kennt, und läßt erkennen, daß er ihre Verwirklichung für erforderlich hält.Z.B. sei zur "Entemotionalisierung"in emotionsgeladenen Verhandlungssituationen das Prinzip der "Zerstükkelung" durchzusetzen. Schließlich heißt es: "Manche Angeklagten treten von vornherein in der Rolle des Anklägers gegen angebliche Mißstände in ihrer Umgebung oder in der Gesellschaft auf. Systematische Untersuchungen über solche und ähnliche Vorgänge sind bisher, soweit ersichtlich, nicht angestellt worden. Man kann sich fragen, ob sie noch dem legitimen Prozeß der Wahrheitsfindung zuzurechnen sind oder bereits als Störfaktoren eingestuft werden müssen."

Die Angeklagten lehnten mit Bezug auf Drabers Darlegungen diesen insbesondere wegen der von ihm während des gesamten Prozesses praktizierten Vertauschung von gruppendynamischen Regeln und strafprozessualen Geboten,die der Artikel nachträglich als Konzept erwiesen habe, ab. Es sei von ihm nicht zu erwarten, daß er das Gesetz statt der von ihm entwickelten gruppendynam chen Regeln verwirklichen werde.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft erklärte zu den Anträgen: Die Behauptung der Befangenheit sei an den Haaren herbeigezogen, der Antrag sei ein Skandal, er sei als unzulässig abzuweisen und offensichtlich nur mit dem Ziel der Prozeßverschleppung gestellt worden. In der anschließenden Beratung wurden die Anträge als zulässig erachtet.

In der nichtöffentlichen Verhandlung am 30.6.77 wurde eine dienstliche Erklärung von Draber verlesen, in der dieser zwar meinte, daß der Aufsatz keine Besorgnis der Befangenheit begründen könne, die Beschäftigung mit sozialpsychologischen Fragen stehe nicht im Widerspruch zu den Aufgaben als Vorsitzender in einem Schwurgerichtsverfahren, eine solche Unterscheidung könne aber von den Angeklagten "verständigerweise nicht erwartet werden". Draber hielt die Ablehnungsgesuche für begründet. Am 4.7.77 wurde dann die Entscheidung der Kammer verkündet: Draber wird wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt. Zur Begründung wird angeführt, daß nicht der Aufsatz diese Befangenheit begründe, aber Draber habe selbst erklärt, daß er die Anträge für begründet halte. Wörtlich heißt es dann: "Indem der abgelehnte Richter den Angeklagten diese Zweifel ohne Grund selbst als berechtigt zugestanden und zu erkennen gegeben hat, daß er nach seiner Auffassung aus der Sicht der Angeklagten nicht mehr als unbefangen erscheint, erweckt er – auch bei Anlegung objektiver Maßstäbe – den Eindruck nicht völlig unparteiisch zu sein." Neuer Vorsitzender ist Ernst Eggeling, für Draber ist der Ersatzrichter Becker nachgerückt.

Die Verteidigung stellte für diesen Tag die Anträge auf Aufhebung der Haftbefehle zurück. Es wurden Urkunden verlesen.Der Antrag auf Aufhebung der Haftbefehle wird am Mittwoch, 6.7.77 neu gestellt.

GEMEINSAME HERAUSGABE VON TEXTEN DER RAF

Nach der zweiten Herausgabe des Bommi–Baumann–Buches durch zahlreiche Einzelpersonen und politische Gruppen, ist nun geplant, ein Buch mit Texten der RAF herauszugeben. Um der Staatsanwaltschaft nicht allein in die Finger zu fallen, ist eine Gemeinschaftsherausgabe der Texte vorgesehen. In einem Brief schreibt der Trikont–Verlag:

"Liebe Genossinnen und Genossen,

gerade weil wir an der Politik der RAF eine sehr scharfe Kritik haben, sind wir der Meinung, daß deren Texte einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen. Erst dann wird eine Auseinandersetzung ermöglicht. Da sich einige ausländische Verlage bereit erklärt haben, die Texte zu veröffentlichen (in deutscher Sprache), würden wir es beschämend finden, wenn kein deutscher Verlag bei den Herausgebern zu finden ist. Da die Gefahr einse Verbotes gerade bei diesem Buch besteht, wollen wir nicht wieder allein den Kopf hinhalten und fordern euch deswegen auf, eure Unterschrift unter das Vorwort zu setzen. Wir selbst sind über den Inhalt weitgehend auch nur über die beiliegenden Angaben informiert – uns hat das auch gereicht, da die Herausgabe aus anderen, nicht aus inhaltlichen Motiven beabsichtigt ist. Mit der technischen Abwicklung hättet ihr alle nichts am Hut.

Viele liebe Grüße, Trikont"

Die beiliegenden Angaben zum Inhalt sind die folgenden:

INHALTSANGABE

1 – Teile der letzten Texte von Ulrike Meinhoff
2 – Erklärungen im Prozeß zu:
 a) Struktur der RAF
 b) BRD Analyse
 c) Psychologische Kriegsführung
3 – Schon veröffentlichte Texte von früher, z.B. Konzept Stadtguerilla

Wir veröffentlichen im folgenden den Wortlaut der Vorbemerkung der Herausgeber:

VORBEMERKUNG DER HERAUSGEBER

Die jüngsten Ereignisse im Stammheimer Prozeß (Handel mit Prozeßakten, Befangenheitserklärung von Prinzig, Abhöraffaire) haben jetzt auch eine breite Öffentlichkeit auf die Liquidation des „Rechtsstaates" aufmerksam gemacht. Es dürfte jedem klar geworden sein, daß der Staat in diesem Verfahren darauf aus ist, den politischen Widerstand der Angeklagten und die minimalsten Schutzrechte der Verteidigung zu vernichten. Das geschieht nicht nur durch die im Zusammenhang mit dem Prozeß erlassenen Gesetze (Anwaltsausschlüsse), sondern indem dieser Staat geheim und offen, bewußt und vorsätzlich das von ihm selbst geschaffene Recht mit Füßen tritt. Es gehört zu dieser Vernichtungsstrategie, daß die Angeklagten in der Öffentlichkeit mundtot gemacht werden, daß sich die bürgerliche Presse weigert, ihre Argumente darzustellen, sodaß eine

Auseinandersetzung mit der RAF unmöglich gemacht wird.

Diese Auseinandersetzung wird nicht nur durch offizielles Verschweigen unmöglich gemacht, sondern geht gleichermassen unter dem Damoklesschwert des Verbotes. Die von der Bundesregierung verabschiedete 14. Strafrechtsänderung, insbesondere der § 88a, stellt die "Befürwortung von Gewalt" unter Strafe. Bestraft werden soll, wer solche Schriften „verbreitet, öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht", bestraft werden soll, wer solche Schriften „herstellt, bezieht, vorrätig hält, anbietet, anpreist, ein—oder ausführt". Schon vor dem Erlaß des Maulkorbparagraphen wurde ein Buch der RAF verboten.

Wenn wir dieses Buch herausgeben, so bedeutet das keineswegs für jeden Herausgeber eine Identifikation mit dem Inhalt. Wir sehen in dem Buch aber auf jeden Fall ein Zeitdokument zur politischen Geschichte der Bundesrepublik. Die Herausgabe drückt unseren Widerstand gegen eine mögliche Beschlagnahme aus.

Bisher wurde diese Vorbemerkung unter anderem unterschrieben von: Peter O.Chotjewitz, Max von der Grün, Jean Paul Sartre, Gerhard Zwerenz, Neues Forum, Wien, Internationale Korrespondentie, Nijmegen.

Kontakt: TRIKONT VERLAG Josephburgstr. 16
8000 München 80, Tel: (089) 43 38 74

PROZESS UM BOMMI BAUMANN – BUCH VOR DEM BGH

MÜNCHEN 13. Juni *Am 9. August findet vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe der Revisionsprozeß um die Herausgabe des Bommi Baumann-Buches statt. Dazu schreibt der Trikont Verlag:*

Am 27.10.1976 wurden Gisela Erler und Herbert Röttgen - beide Geschäftsführer des Trikont-Verlages - nach siebentägiger Verhandlung vom Landgericht München I freigesprochen **(Siehe ID 149)**. Die Staatsschutzkammer, die für den Prozeß zuständig war, sah in der Herausgabe des Bommi Baumann-Buches "Wie alles anfing" weder eine Verherrlichung von Gewalt, noch eine Billigung von Straftaten (§ 131 bzw. § 140 StGB). Der Staatsanwalt hatte auf zehn Monate Freiheitsstrafe gegen beide Angeklagte plädiert und nach dem Freispruch sofort Revision eingelegt. In seiner Revisionsbegründung vom 22.12.1976 bezeichnete Staatsanwalt Dr. Stocker das freisprechende Urteil der Staatsschutzkammer als "inkonsequent", "lückenhaft" und "fehlerhaft". Der Staatsanwalt meinte unter anderem, durch die Karikaturen in dem Buch " wird in Verbindung mit dem Text ein psychisches Klima geschaffen, in dem Bombenanschläge und Banküberfälle gedeihen". Dies sei deshalb der Fall, weil in den Karikaturen die Verübung von "Banküberfällen und Bombenanschlägen als lediglich lachhafte, aber nicht als verwerfliche Aktionen gewertet werden". Der Staatsanwalt argumentiert weiter, daß durch Baumanns Schilderung von Straftaten, die zum Teil vor zehn Jahren begangen wurden, noch heute der öffentlich Friede gestört würde, daß in dem Satz im Vorwort, "andere sollen verstehen, warum Leute den Weg des bewaffneten Kampfs gehen, auf welchem Boden so etwas gewachsen ist.." eine "menschenverachtende und rücksichtslose Tendenz zum Ausdruck komme"; der Staatsanwalt scheut sich auch nicht, entgegen jeder strafprozessualen Regel, seine Begründung auf "Fakten aufzubauen, die weder in der Verhandlung, noch im Landgericht-Urteil zur Sprache kamen. Schon das Oberlandesgericht München hatte es als "wenig wahrscheinlich" angesehen, daß die Revision zur Aufhebung des Urteils führen werde, als es die Aufhebung der vorläufigen Beschlagnahme des Buches in seinem Beschluß vom 21.1.1977 bestätigte. Auch der Bundesgerichtshof kann angesichts der substanzlosen Begründung der Staatsanwaltschaft nicht anders, als die Revision verwerfen.

VAGE ZEUGENAUSSAGEN DURCH „GESAMTSCHAU" AUSGEGLICHEN

FRANKFURT 12. Juli Zur Haftprüfung von Gerhard Albartus, der zusammen mit Enno Schwall verdächtigt wird in einem Aachener Kino, das den Entebbe-Film zeigte, einen Brandsatz gelegt zu haben und der seit über 6. Monaten im Knast in Ossendorf sitzt, schrieb einer von seinen Anwälten.

" Erstmals wurden uns die Zeugenaussagen von Kinobesuchern vorgelesen. Dabei stellte sich formal heraus: Die Zeugen wurden richterlich vernommen, weder die Gefangenen noch ihre Verteidiger wurden von dem Termin der richterlichen Zeugenvernehmung benachrichtigt, obwohl das zwingend nach der StPO vorgeschrieben ist.

Wie wichtig die Anwesenheit der Verteidiger bei solchen Terminen ist, weiß jeder, der nur einmal bei einer solchen Zeugenvernehmung dabei war: Die Richter selbst pflegen nicht durch Kontrollfragen die Zeugen auf ihre Glaubhaftigkeit hin zu prüfen. Sie begnügen sich damit, die Aussagen der Zeugen in der Regel lediglich zu protokollieren. Erst durch Fragen der Beschuldigten oder ihrer Verteidiger wird fast immer klar, daß die Zeugen sich nur sehr vage oder gar nicht - jedenfalls nicht mit Sicherheit - erinnern können.

Da weder die Gefangenen noch deren Verteidiger bei der richterlichen Zeugenvernehmung, die schon am 14.1.77 war, anwesend waren, kam es dann auch wie gehabt: Den Zeugen wurde ihre vorherige Vernehmung beim LKA vorgelesen. Sie wurden gefragt, ob das so stimme und sie sagten ja. Bis heute hat der Oberstaatsanwalt Morré, der die Ermittlungen leitet, den Verteidigern die Einsicht in die Protokolle der richterlichen Vernehmung vorenthalten. Dazu ist er unter keinen Umständen berechtigt. Es handelt sich um Aktenteile, die der Verteidigung in jeder Lage des Verfahrens zur Verfügung gestellt werden müssen. Trotz unserer vor Monaten gestellten Anträge, uns solche Aktenteile zu überlassen, Morré machte nichts.

Inhaltlich war das Ergebnis der Zeugenvernehmung noch bedeutsamer. Keiner (!) der Zeugen konnte mit Sicherheit angeben ob Enno Schwall, der nach der StA - Konstruktion den Brandsatz gelegt haben soll, überhaupt im Kinoraum war, geschweige denn, daß es in der Nähe des Ortes gesessen habe, an dem am nächsten Morgen der Brandsatz gefunden worden sein soll. Alle Zeugen konnten lediglich einen bestimmten Typ (Figur) erinnern und sagen, daß Enno oder Gerd figurmäßig in Nähe der Stelle gesessen haben könnte, wo dann der Brandsatz gefunden worden war.

Wichtig bei diesen Aussagen ist: Die Gegenüberstellung mit den Zeugen erfolgte zusammen mit Polizisten, die sich vom Typus her deutlich von Gerd und Enno unterscheiden. Enno und Gerhard sind vom äußeren her einander ziemlich ähnlich. Prompt hatten die Zeugen, die sich alle nur an die Figur, nicht an konkrete Personen erinnern konnten - im Kino wars halt dunkel - auch Gerd verschiedentlich als die Person bezeichnet, die in der Nähe des Brandsatzes gesessen habe. Aber: die Polizisten, die Gerd und Enno beobachtet haben wollen, sagen eindeutig aus, Gerhard habe auf der gegenüberliegenden Seite gesessen.

Fazit der Geschichte: Die Verteidigung wird in rechtswidriger Weise beschnitten. Dennoch sind die Zeugenaussagen so vage, daß nur im Kopf der Staatsschutzbehörden Enno und Gerd der Brandsatz zugerechnet werden kann. Richter Jores dazu: Die Vagheit der Zeugenaussagen werde durch die Gesamtschau ausgeglichen.

Enno und Gerd sitzen weiterhin: wegen des dringenden Verdachts der Verstrickung in eine Gesamtschau, vorgenommen von Staatsschützern, die sie verdächtigen, weil sie es ihnen zutrauen. Merke: die BRD ist ein freiheitlich - demokratischer Rechtsstaat. Die Adresse der Beiden ist noch immer:
Gerd Albartus/ Enno Schwall , c/o Ermittlungsrichter beim OLG - Düsseldorf, z.Hdn. Herrn Joeres, Cäcilienallee 3 4 Düsseldorf 30

PROZESS GEGEN EBERHARD DREHER

BERLIN
14. Juli

Der Prozeß gegen Eberhard Dreher wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung (Bewegung 2. Juni) hat am 12. Juli in Berlin begonnen (ID 184). Eberhard Dreher wird von der Staatsanwaltschaft vorgeworfen, die "Bewegung 2. Juni" seit 1971 unterstützt zu haben. Es seien 1973 bei einem mutmaßlichen Mitglied des 2. Juni sein Personalausweis und seine Anmeldebestätigung und eine Totalfälschung seines Führerseins gefunden worden. Weiterhin soll er ein Auto für die Bewegung 2. Juni gekauft haben, mit dem er am 26. März 76 zur Steinmetzstr. (Berlin-Schöneberg) gefahren sein soll. Dort wurde er dann beim Betreten einer Kellerwohnung gemeinsam mit Andreas Vogel festgenommen. In diesem Keller befanden sich nach Ansicht der Staatsanwaltschaft u.a. Materialien zur Herstellung von Sprengkörpern. Soweit die wesentlichen Punkte der Anklage.

Im Prozeß verlas Eberhard Dreher seinen Antrag auf Einstellung des Verfahren, seine sofortige Haftentlassung und die aller anderen im Komplex "2. Juni"Gefangenen.
In der Begründung schilderte er erst die Aktionen, die der Bewegung 2. Juni zugerechnet werden. Er stellte die Prozeßverschleppungs- und Vernichtungstaktik der Staatsanwaltschaft und des Gerichts dar und schilderte ausführlich das "Folterwochenende" am 21./22. Mai 1977. (Dabei waren alle Gefangenen aus dem Komplex 2. Juni unter teilweise schweren Mißhandlungen über 140 Zeugen gegenübergestellt worden.

Er erklärte zum Schluß:
"1. Ich fordere die Einhaltung der am 30.4.77 aufgrund des Hungerstreiks der Gefangenen von der Bundesjustizministerkonferenz gegebene Zusage nach Zusammenlegung von interaktionsfähigen Gruppen von mindestens 15 Gefangenen.

2. Ich fordere die Bildung und Einsetzung einer unabhängigen internationalen Untersuchungskommission zur Klärung der Vorfälle am 15.2.77 (Überfall auf die 6 Hauptbeschuldigten während des Hofgangs) und am 21./22.5.77.

3. Ich fordere Notwehrrecht von Gefolterten gegen Folterer. Dies ist gleichbedeutend mit der Forderung nach Aufhebung des BGH-Beschlusses gegen Fritz Teufel, der seine dreimonatige totale Isolation einschließlich 4 Wochen Bunker verfügt, weil Fritz Teufel dem als Verwantwortlichen im Auftrag der Bundesanwaltschaft an den Folterungen zumindestens billigend beteiligten Bundesanwalt Dörfler einen Faustschlag versetzt hat. Fritz T. hat nichts anderes als sein Recht auf Notwehr wahrgenommen."

Die Erklärung wurde von den Zuhörern mit Beifall bedacht. Daraufhin ließ Kupsch den Zuhörerraum räumen. Der Antrag von Eberhard Dreher wurde in allen Punkten mit unterschiedlichen Begründungen zurückgewiesen. Es folgte der Antrag der Verteidigung auf Aussetzung des Verfahrens wegen mangelnder sachgerechter Vorbereitung: zu kurze Vorbereitungszeit, fehlende und ungenügende Akteneinsicht, keine "Waffengleichheit" gegenüber dem riesigen und spezialisierten Apparats der Staatsanwaltschaft und des Staatsschutzes.

NACHTRAG aus Berlin: Dem Antrag der Verteidigung wegen Aussetzung des Verfahrens ist heute, am 14. Juli stattgegeben worden, "weil die Rechtsanwältin 3 Wochen krank gewesen sei". Weiter gehts am 9. September 77.

NACHRICHT VON ENNO UND GERHARD

Köln
Juli 77

"1. Seit Anfang Juni wurde die Isolationshaft bei Enno Borstelmann und Gerhard Albertus nach 5 Monaten sang- und klanglos aufgehoben. Beide können in ihren jeweiligen — voneinander getrennten — Abteilungen ("Häusern") in der JVA Köln-Ossendorf an Gemeinschaftsveranstaltungen teilnehmen.
2. Bei Gerhard Albertus versuchte sofort ein Gefangener namens Robert Müller durch gezielte Fragen ("Sag mal, wie habt ihr die Bomben eigentlich gebaut ?","Hast Du draußen jemandem was mitzuteilen?","Ei, wieviele seid ihr eigentlich ?") irgend etwas rauszukriegen.
3. Gerhard Albertus hat jedesmal die anderen Gefangenen laut auf den Typen und seine Tätigkeit hingewiesen.
4. Es ist nicht klar, ob der Typ von staatswegen angesetzt wurde oder es "freiwillig " macht, in der Hoffnung, durch fingierte Zinkerei irgendetwas für sich herauszuholen.

5. Feststeht, daß die Konstrukte der Staatsanwaltschaft eben nur Konstrukte sind. Trotz weitgehender Behinderung der Verteidiger gibt es noch nicht mal einigermaßen plausible Beweise für die Behauptungen des Staatsschutzes. Typen wie geschildert, könnte eine entscheidende Funktion zuwachsen."

LANDGERICHT LÄSST HEINRICH HERRMANN FREI

DORTMUND
13. Juli

In dem Haftprüfungstermin am 8. Juli 77 vor der Jugendstrafkammer des Landgerichts Dortmund wurde der Haftbefehl gegen Heinrich Herrmann auf Antrag der Verteidigung aufgehoben.
Das Gericht hatte diesen Termin von Amts wegen anberaumt, da es offenbar selbst Zweifel daran hatte, ob Heinrich Herrmann der ihm vorgeworfenen Taten dringend verdächtig war.

Heinrich Herrmann soll — so wirft ihm die Staatsanwaltschaft vor — gemeinsam mit Werner Schlegel Brandanschläge in Dortmund und Ansbach im Jahre 1974 begangen haben. Der Versuch der Staatsanwaltschaft, den Vorwurf in der Verhandlung zu stützen, scheiterte. Es wurde Beschwerde angekündigt. Heinrich Herrmann war bereits am 12.3.77 am Grenzübergang

Aachen verhaftet worden, als er mit dem Zug in die BRD einreisen wollte. Seit dem 15.3.77 hat er in der JVA Dortmund gesessen. Der Dortmunder Knast ist zum größten Teil mit U-Gefangenen oder mit Strafgefangenen, die auf ihre Verlegung warten, belegt. Vor den Zellenfenstern sind Blenden aus halbdurchsichtigem Glas angebracht, die einen besonderen Effekt haben: Wer in der Zelle am Fenster steht, sieht selbst nichts, von außen kann jedoch durch das Glas hindurch die gesamte Zelle überschaut werden. An den Zellentüren ist in der Außenklappe vor dem Spion ein zusätzliches Loch eingelassen, der Gefangene kann also beobachtet werden, ohne daß dafür eine Klappe geöffnet werden müßte, also ohne daß er etwas davon merkt. Aus dem Zellenlautsprecher tönt Dauerberieselung: WDR II von 6 bis 22 Uhr. Dieser Lautsprecher läßt sich von innen nicht abschalten, er kann lediglich leiser gestellt werden. Heinrich Herrmann hatte pro Tag eine Stunde Hofgang, für die restlichen 23 Stunden war er wieder auf die 17,2 qm seiner Zelle beschränkt. Die Haftbedingungen waren, nach allem: „normal"....

Wer Heinrich Herrmann schreiben möchte, kann sich wenden an:
RA Rüdiger Deckers, Banhnhofsplatz 9, 4630 Bochum, Tel. 60416 / Vorwahl 0234.

ABENTEUERLICHE ZUSTÄNDE IM LÜBECKER KNAST

LÜBECK 13. Juli *Aus Protest gegen die „abenteuerlichen Zustände" im Lübecker Knast und aus Solidarität mit zwei Mitgefangenen ist Peter Schönwiese am 30. Juni in einen Hungerstreik getreten. Am vierten Tag wurde er auf Gerichtsbeschluß vorzeitig entlassen. Die beiden anderen, Peter Kähler und Bodo Johlke, befanden sich am 12. Juli noch immer im Hungerstreik. Mitgliedern der Gefangeneninitiative im Medienzentrum Fuhlsbüttel (***2 Hamburg 63, Fuhlsbüttler Damm 93, Tel. 040 / 50 47 71***) wurde ein Besuch mit der Begründung abgelehnt, die zwei Gefangenen würden sich im Zentralkrankenhaus befinden. Dies stellte sich jedoch bei einer Überprüfung als unwahr heraus. Die Hungerstreikerklärung von Peter Schönwiese:*

„Seit langem wird von mehreren Gefangenen versucht, das Justizministerium, den Landtag und die Öffentlichkeit auf die abenteuerlichen Zustände im Lübecker Knast aufmerksam zu machen. Konstruktive Vorschläge zur Abschaffung derselben, wurden von Gefangenen zur Genüge eingebracht. Bisher geschah aber nichts, was die unmenschliche Haftsituation erleichtert hätte. Im Gegenteil! Durch das Strafvollzugsgesetz — das als Reform ausgegeben wird — ist alles noch schlimmer geworden. Das Anführen eines angeblichen Behandlungsvollzugs im Sinne der Resozialisierung gibt einer totalitären Anstaltsleitung, wie der hiesigen alle Möglichkeiten zur Willkür und ungerechtfertigten Maßnahmen in die Hand.

Einige wenige Gefangene, die es verstehen, sich anzubiedern, zu intrigieren und denunzieren, werden mit Privilegien und Vorteilen ausgestattet, die ihnen Tür und Tor öffnen. Dagegen vegetiert die Mehrzahl der Gefangenen 23 Stunden täglich hinter verschlossenen Türen vor sich hin. In Einzelzellen, die meistens mit zwei Gefangenen belegt sind, müssen sie außer büßen auch noch wachen, schlafen, arbeiten, essen und ihre Notdurft verrichten. Dabei sind die Lüftungsmöglichkeiten gleich Null und spanische Wände vor den Toiletten nicht vorhanden. Die Gefangenen werden für Verstöße gegen die Hausordnung bestraft, obwohl sie nie eine Hausordnung gesehen haben. Selbst das Zugangsgespräch,bei dem Gefangene über ihre Rechte und Pflichten informiert werden, fehlt hier völlig. Das Vollzugsklima ist dermaßen repressiv, daß die Arrestzellen ständig voll belegt sind.

Es kann nur verständlich sein, wenn bei solcher Art Verwahrung Gefangene vom Urlaub wegbleiben oder bei Gelegenheit das Weite suchen. Im Vergleich mit anderen Anstalten dürfte die JVA Lübeck in jeder Hinsicht schlecht abschneiden. Ebenso sind die Selbstmordversuche in letzter Zeit — der letzte war vor zwei Tagen — diesem unmenschlichen Vollzug zuzuschreiben. Es ist geradezu ein Wunder, daß nicht schon längst ein Gefangener an Herzinfarkt starb, wie vor drei Tagen der 40-jährige Mitgefangene, der erst eine Woche vorher wegen Zechprellung (!) inhaftiert wurde. Es erübrigt sich, auch noch auf die psychischen Deformierungen durch diese Art Verwahrung hinzuweisen. Es laufen genügend lebensunfähige, auf Rückfall programmierte Vorbestrafte herum. —

Nachdem seit gestern die Gefangenen Bodo Johlke und Peter Kähler ihren im Zentralkrankenhaus abgebrochenen Hungerstreik fortsetzen, weil ihnen die ärztlich verordnete Kost weiterhin verweigert wird, sehe ich mich gezwungen, sie bei der Forderung nach dieser Kost zu unterstützen und ebenfalls in den unbefristeten Hungerstreik zu treten. Da die allgemeine Nahrung — oder was immer das sein soll — schon eine Zumutung für körperlich gesunde Gefangene ist, kann ich nicht mit ansehen, wie bereits am Magen Operierte durch diesen Fraß zugrunde gerichtet werden. Ich schließe mich der Forderung von Bodo Johlke und Peter Kähler voll inhaltlich an und werde den Hungerstreik unterstützen, bis sie ihre gewünschte und ärztlich verordnete Kost erhalten und das Essen im allgemeinen besser, sowie die Haftsituation erleichtert wird."

WAFFENLAGER IM TEGELER FORST

WEST—BERLIN Juli 1977 *Das Unterstützungskomitee für Harry Heinzi schreibt:*

'Harry Stürmer und Heinz Herlitz wurden am 12. Mai im Tegeler Forst festgenommen, 30 Meter entfernt von einem schon seit längerer Zeit observierten Waffendepot. Einige dieser Waffen sollen von einem Waffenraub stammen, der 1974 in Spandau veranstaltet wurde.

Ohne stichhaltige Beweise, sondern aufgrund gewagter Konstruktionen wird dem '2. Juni' der Waffenraub untergeschoben. Grund genug, Harry und Heinzi 'Unterstützung einer kriminellen Vereinigung' anzuhängen. Weiterhin wird ihnen Verstoß gegen das Waffengesetz vorgeworfen, obwohl Harry bei seiner Festnahme lediglich einen Spaten bei sich hatte. Obwohl der Spaten überhaupt nicht benutzt wurde, geht der Haftbefehl davon aus, daß damit das Waffenlager ausgegraben werden sollte. Und die deutlichsten Beweise sind: Harry soll über dem Waffenlager mit dem Fuß gescharrt (?) haben. Die beiden gingen weiter und wurden 30 Meter (!) davon entfernt verhaftet.

Die Beweisnöte der Bullen versuchte die Presse mit üblen Unterstellungen zu überspielen. Aus dem anhaltenden Rätselraten über den Tod von Drenkmann versuchte die 'Bild' Kapital zu schlagen: nachdem uns 'Bild' der Reihe nach Ralf Reinders, Juliane Plambeck, Andreas Vogel und einige andere als Täter verkaufen wollte, wußte sie es jetzt auch mal wieder ganz genau: 'Die Waffen stammen von den Drenkmann-Mördern',

hieß es in der dicken Überschrift, die wohl offenbar für schwer Sehgestörte aufgemacht war. Andere Zeitungen wußten es auch genau: Harry und Heinzi hätten sich an den Waffen 'zu schaffen' gemacht. Erste Anzeichen der Einführung von Sippenhaft exerzierte eine Zeitung in Essen vor, wo Harrys Schwiegereltern wohnen. Neben einem Photo ihres Klingelschildes stand ein längerer Artikel mit dem Tenor: In unserer Stadt wohnen die bösen Terroristenschwiegereltern. Offenbar wollen die Bullen eine Solidarisierung der Verwandten verhindern, weil sich das bei anderen politischen Gefangenen auch als öffentlichkeitswirksam erwiesen hat.

Harry und Heinzi sind im Untersuchungsgefängnis Moabit und werden - auch voneinander - isoliert (Einzelhofgang, Einzelbaden, Ausschluß von Gruppenveranstaltungen, kein Umschluß, Weitergabe von Hand zu Hand). Bei Heinzi ist das besonders schlimm, weil vor seinem 'Fenster' der Wachturm steht und er deshalb auch keinen Kontakt mit den Nachbarzellen aufnehmen kann.

Kurz vor dem Haftprüfungstermin wurden die Verteidiger von der Verteidigung ausgeschlossen. Begründung: die Verteidiger hätten bereits sogenannte Mitglieder (bzw. Unterstützer) der Bewegung 2. Juni vertreten; nach der Strafprozeßordnung § 146 dürfen neuerdings Verteidiger nicht mehr zwei oder mehrere Mandanten in der gleichen Sache vertreten. 'Gleiche Sache' ist für die Justiz Mitgliedschaft bzw. Unterstützung des 2. Juni. Unter dieser Bezeichnung werden schon so viele Genossen zusammengefaßt, daß kaum noch Anwälte des Vertrauens in Berlin gefunden werden können. Bei Harry und Heinzi führte das dazu, daß der Haftprüfungstermin geplatzt ist.

Harrys und Heinzis Verschwinden im Knast hat uns ganz schön getroffen und wir glauben, viele andere auch. Wir werden nicht untätig und sprachlos bleiben. Die Unterstützung (Zeitungsabos, Radio, Fernseher, Einkaufsgeld) kostet Geld, das auf das Sonderkonto D. Krauß, Nr. 372 387 - 105, beim PSchA Berlin West einzuzahlen wäre, Stichwort 'Harry und Heinzi'.

Kontaktadresse des Komitees: Christian Rudolph, Sonderstraße 18, Tel. 030/6232360.

Jeder kann die Isolation auflockern, indem er/sie Briefe schreibt. Briefe werden allerdings zensiert. Ohne Absender werden sie nicht zugestellt.

Die Adresse ist: Alt-Moabit 12 a, 1000 Berlin 21.'

SCHLOTTMANN HAT EINEN NEUEN „TÄTER"

FRANKFURT Juli 1977 Samstagnacht, 22. Mai, wurde Johannes Roos auf der Autobahn in der Nähe von Camberg verhaftet. Begründung im nachfolgenden Haftbefehl: Autodiebstahl und Urkundenfälschung.

Damit ließen es die Instanzen aber nicht lange bewenden. Bald fiel ihnen etwas Neues ein. Nicht nur, daß die erste Haftprüfung schnell vorverlegt wurde (auf Sonntagnachmittag!) um Johannes' Anwalt auszutricksen, sondern außerdem wuchs der Haftbefehl dann am 29. Juni zur „Mitgliedschaft" in einer kriminellen Vereinigung (§ 129).

Seltsamer Weise hatten die Bullen schon vier Wochen vorher, als bei Johannes Roos davon noch nicht die Rede war, versucht, mit dem § 129 eine Freundin von ihm einzuschüchtern. „Sie haben doch mit ihm zusammen Dinger gedreht!" Damit fielen sie aber gehörig auf die Nase. Sie schleppten aus der Wohnung sämtliches Werkzeug bis auf eine Nagefeile ab, mußten das Zeug aber am nächsten Tag wieder rausrücken. Die Frage, ob sie nicht alle Tassen im Schrank hätten, war das einzige Ergebnis dieser Aktion.

Da der Vorwurf der „kriminellen Vereinigung" (ausgeheckt von der Staatsanwaltschaft Frankfurt) offenbar noch nicht langte, gab die Staatsanwaltschaft Darmstadt — in Gestalt des ehemaligen NPD-Mitglieds und Haftrichters Schlottmann — auch noch ihren Senf dazu. Der fehlte noch ein „Täter" für die Erschießung des Polizeimeisters Sippel, der im Mai 1976 ums Leben gekommen war, als er an der Kiesgrube Sprendlingen „Spanner" kontrollieren wollte. Sein Kollege wurde schwer verletzt.

Für diese Geschichte mußte schon eine ganze Reihe von „Tätern" herhalten: Sie diente dazu, Detlev Schulz aus Frankreich ausliefern zu lassen und füllte abwechselnd die Haftbefehle von Siegfried Haag, Roland Meyer, Franz Jörger, um ebenso schnell wieder zu verschwinden. Jetzt ist Johannes Roos in der staatsanwaltschaftlichen Terror-Lotterie an der Reihe.

Am 29. Juni verschleppte man Johannes Roos von Limburg wo er z.Z. sitzt, nach Heusenstamm und stellte ihn vier Zeugen gegenüber. Johannes schreibt dazu u.a.

Ca. 14 Uhr: Bin beim Fernsehen, als mich ein Schließer (Stein) runter schließt („Sie sollen zum Chef"). Ich soll Privatkleider anziehen. Ich verlange schriftlichen richterlichen Beschluß und weigere mich, mitzugehen. 5 Zivele schleifen mich raus auf die Straße in einen beigen Rekord. Hände mit Handschellen gefesselt, unter einem Bein durch. In Heusenstamm ins Kripogebäude geschleift (ich weigere mich zu gehen). Warten, bis um 16.30 Uhr der Richter Schlottmann mir den Beschluß überreicht. Auf mein Verlangen wird der Rechtsanwalt angerufen (ca. 17 Uhr). Schlottmann ordnet an, daß - bis der RA da sei - schon mal die Gegenüberstellung gemacht werden könne und die Zeugenvernehmung. Zu diesem Zeitpunkt waren etwa 12 Personen im Raum. Mir ist erst später - durch die Beschreibung der Zeugen durch den RA - klargeworden, daß zumindest ein männlicher Zeuge anwesend war.

Dann wurde der Friseur reingebracht. 5 - 6 Bullen „bemühten" sich um mich (die ganze Zeit waren nur Zivile da.). Beine festhalten, Handschellen so fest wie möglich zu, Kopf festgehalten, Arm von hinten um den Hals, an Haaren und Ohren gezogen, Luft abdrücken. Während der Rasur habe ich den Friseur beschimpft. Er hat nichts gesagt bis auf folgendes: „Das habe ich doch nicht gewußt." Das hat mich etwas aufgebaut, weil das eine unsichere und keine feindliche Reaktion war. Vergessen habe ich, daß ich vor der Rasur fotografiert wurde (5-6 Fotos - sind wohl alle nicht besonders brauchbar, Grimasse, geschlossene Augen).

Nach der Rasur wurden mir noch die Haare gekämmt und wieder Fotos gemacht. Zum Schluß haben sie mich dann allerdings gearscht. Ich wurde losgelassen, die Kamera war noch aufgebaut,Ich hab dann vorsichtig aufgeschaut, der Fotograf stand mit dem Rücken zu mir. Als ich ganz oben war, hat er den Fernauslöser betätigt.

Dann wieder „Gegenüberstellung". Wieder 5 - 6 Bullen an mir, von hinten den Arm um den Hals und hochgezogen, bis die Füße knapp über dem Boden hingen (wegen Größenvergleich). Hals zugedrückt, ich solle die Augen aufmachen, darauf waren sie überhaupt ganz scharf! Haben sie aber nicht bekommen. Das ganze mindestens 4 mal (also wohl vier Zeugen?).

Bis zum Auftauchen vom RA wurde ständig versucht, mich zu arschen, d.h. den Zeugen zu zeigen oder zu fotografieren. Als der RA zu mir gebracht wurde, waren die Zeugen mit im Raum, im Flur wurde versucht zu fotografieren. Das war um ca. 18 Uhr.

In der ganzen Zeit versuchte der „Einsatzleiter" den „freundlichen Papa" zu spielen. Angefangen von dummen Fragen über den Knastalltag, Angebot von Kaffee bis zu Sprüchen wie: „Sie können den Leuten wohl nicht mehr in die Augen sehen Geben Sie Ihren Widerstand doch auf, es hat doch keinen Sinn - Ihr Anwalt kommt nicht mehr, wenn er Interesse hätte, wäre er schon längst hier, es ist schon Viertel nach sechs (da war es gerade 20 vor fünf, hat sich ein anderer verplappert) - Er motzt wie ein kleines Kind und will nicht mit mir sprechen" etc.

Vergessen habe ich noch, daß ich jedesmal noch einem Gespräch mit dem RA ausgezogen und druchsucht wurde (also zweimal).

Dazu berichten die Rechtsanwälte, daß Johannes Roos die „Zeugen" schon vorher entdeckt hatte. Sie waren bereits vor der Gegenüberstellung von Schlottmann nach Limburg gekarrt worden und durften dort einen „verdeckten" Blick auf Jo-

hannes werfen. Außerdem wurden drei Tage vor der Gegenüber stellung beim Hofgang „verdeckte" Fotos gemacht. Fragen der Verteidigung zu den Praktiken der Gegenüberstellung wurden von Schlottmann kategorisch mit dem Hinweis abgelehnt, diese seien schon beantwortet.

Und der Terror geht weiter: Heute, am 14. Juli, versuchten die Bullen mit einer erneuten Hausdurchsuchung, die Freundin von Johannes Roos unter Druck zu setzen. Sie räumten wieder die halbe Wohnung aus und verabschiedeten sich mit: „Wir kommen bald wieder."

REPRESSION GEGEN SELBSTHILFEGRUPPE

Frankfurt
14. Juli 77

„Wie schon der Heidelberger Free Clinic (ID 179,182) soll es nun auch der Sozialtherapie in Frankfurt "an den Kragen gehen".

Gegen die Stimmen der SPD hat die CDU-Mehrheit im Sozialausschuss in der 2. Lesung des Haushalts 77 die Streichung der bisherigen Unterstützung der Sozialtherapie Ffm in Höhe von DM 25.000 durchgesetzt. Diese Entscheidung fiel, obwohl sich die CDU bis zum heutigen Tag niemals mit Mitarbeitern der Sozialtherapie über deren Arbeit auseinandergesetzt hat, geschweige denn das Kontaktzentrum der Sozialtherapie einmal besucht hat. Den Hintergrund für die Entscheidung der CDU bilden wahrscheinlich Informationen von der ärztlichen Leitung der Universitätsklinik (insbesondere die Professoren Bochnik und Pittrich). Diesen Personen ist unsere Arbeit seit langem ein Dorn im Auge, da wir mit dazu beigetragen haben, Misstände in der Universitätsnervenklinik aufzudecken und die schönfärberischen Ausführungen über die psychiatrische Versorgung in Frankfurt zurückgewiesen haben. Ihrer Darstellung des Versorgungsproblems als ein mehr oder weniger ausschließliches Problem fehlender Betten sind wir nicht gefolgt. Dafür sollen wir jetzt durch Entzug der städtischen Unterstützung mundtot gemacht werden, nachdem der Versuch der Nervenklinik, uns aus der Fachgruppe für psychisch Kranke (hier sind die öffentlichen und privaten Träger von Einrichtungen für psychisch Kranke sowie die entsprechenden städtischen Stellen zusammengefaßt) auszuschliessen, gescheitert ist.

Die klassischen psychiatrischen Institutionen versuchen uns den Garaus zu machen. Verbal sind zwar alle für Laienarbeit, aber gerade die betreffende Gruppe, die es dann vielleicht auch einmal gewagt hat, Zustände in psychiatrischen Kliniken zu kritisieren und die Schuld nicht allein in fehlenden Geldmitteln sieht, die arbeitet dann eben "antitherapeutisch", "hetzt Patienten gegen Kliniken auf", lässt die Zahl der Zwangseinweisungen in die Höhe gehen, weil sie durch ihre Kritik an den psychiatrischen Kliniken die Patienten abschreckt, die Kliniken freiwillig aufzusuchen. Die Gruppe hat dann sogar "Selbstmorde von Patienten zu verantworten", weil angeblich Patienten wegen der Kritik der unkundigen Laien sich zu spät oder gar nicht in psychiatrische Behandlung begeben hätten.

Es gibt viele Todsünden gegen die klassische Psychiatrie. Die Vertreter der klassischen psychiatrischen Institutionen dringen dann auf eine "wissenschaftliche Begleitung" der Laien, im Fall der Sozialtherapie Frankfurt nannte man das Kind sogar erstaunlich ehrlich beim richtigen Namen: "wissenschaftliche Überwachung".

DAS ARBEITSFELD DER SOZIALTHERAPIE FRANKFURT E.V.

Die Sozialtherapie Frankfurt arbeitet seit zweieinhalb Jahren auf dem Gebiet der Nachbetreuung aus der Psychiatrie entlassener Patienten. Zweiter, gleichberechtigter Arbeitsschwerpunkt ist eine vorsorgende Arbeit für psychisch gefährdete Menschen.

Anfang 1975 wurde nach einer fast zweijährigen Vorbereitungszeit im Frankfurter Stadtteil Nordend in einer grossen Ladenwohnung ein Treffpunkt in Form einer Cafestube eingerichtet. Soll das Zentrum funktionieren, müssen viele Dinge von den Besuchern selbst in die Hand genommen werden: spülen, aufräumen, sich um neue Besucher kümmern usw. So soll vermieden werden, daß die Besucher durch Überfürsorglichkeit der Betreuer an Selbständigkeit verlieren: stattdessen sollen Eigeninitiative und Eigenverantwortlichkeit ermöglicht werden.

Die schon länger mit der Problematik vertrauten ca. 50 Mitarbeiter erfüllen eine Vielzahl sozialarbeiterischer Tätigkeit. In über 5000 Stunden ehrenamtlicher Arbeit jährlich leisten sie vielfältige Beratungstungsarbeit, vermitteln an geeignete therapeutische Einrichtungen bzw. Therapeuten, Hilfe beim Umgang mit Behörden, führen Gespräche mit den Besuchern oder helfen ihnen bei der Gestaltung der Freizeit. Seit Bestehen haben über 2000 Personen die Angebote der Sozialtherapie in Anspruch genommen. Es hat sich durch das Angebot des Kontaktzentrums ein Netz sozialer Kontakte entwickelt, welches für viele ehemalige Patienten ein Leben ausserhalb psychiatrischer Kliniken ermöglicht.

NEUN THESEN ZUM SELBSTVERSTÄNDNIS DER SOZIALTHERAPIE FRANKFURT

1. Die Sozialtherapie Frankfurt ist keine Institution im herkömmlichen Sinne. Alle ihre Mitarbeiter, dazu zählen auch viele ehemalige Patienten, arbeiten unentgeltlich. Beweggrund zur Arbeit ist also kein finanzieller Anreiz, sondern die eigene Betroffenheit von psychischem Leiden.
2. Die Sozialtherapie ist eine Selbsthilfegruppe von ehemaligen Psychiatriepatienten und Akutkranken, von Studenten und Berufstätigen im Sozialbereich. Diese Gruppen versuchen, sich trotz ihrer unterschiedlichen sozialen Stellung nicht voneinander abzugrenzen. Es gibt zwar Betreuer und Betreute, aber die jeweilige Position leitet sich nicht aus einer Berufsrolle, sondern vom Ausmaß des augenblicklichen psychischen Leidens ab. Die Rollenverteilung ist zeitlich begrenzt und umkehrbar.
3. Die Sozialtherapie arbeitet anonym. Das heißt, sie führt keinerlei Akten über Ratsuchende und holt niemals ohne Einverständnis des Betroffenen Auskünfte bei einer psychiatrischen Einrichtung ein. Namen und Schwierigkeiten der Besucher werden keiner anderen Stelle mitgeteilt, es sei denn, daß ein Besucher dies selbst wünscht.
4. Die Sozialtherapie arbeitet nicht mit psychiatrischen Diagnosen. Für die Form menschlicher Begegnung, die wir anstreben, haben sich psychiatrische Diagnosen als schädlich erwiesen. Wir versuchen vielmehr, den Patienten zu helfen, sich von ihren Diagnosen — die häufig an die Stelle eines nicht mehr vorhandenen Selbstbewußtseins getreten sind — zu emanzipieren. Wir haben erfahren müssen, daß Diagnosen zumindest auch eine Abstemplung des Betroffenen bedeuten. Sie werden der komplexen Problemlage eines Einzelnen niemals gerecht.
5. Die Sozialtherapie versucht, keinen ihrer Besucher zu bevormunden. Es soll niemals etwas für, sondern nur zusammen mit einem Hilfesuchenden gemacht werden. Jedem sollen Möglichkeiten aufgezeigt werden, von sich aus Hilfe und Rat zu geben.
6. Die Sozialtherapie befürwortet nur einen eingeschränkten Gebrauch von Medikamenten (Psychopharmaka). Die Bereitschaft, sich aktiv mit den Umständen auseinanderzusetzen, die zur Erkrankung geführt haben, wird durch Medikamente vermindert. Es gibt Fälle, wo die Anwendung von Psychopharmaka zu einer grösseren Wirksamkeit anderer Therapieformen beiträgt. Die alleinige Anwendung von Psychopharmaka ist immer ein Mangelzustand und nur durch das Fehlen anderer Therapiemöglichkeiten zu rechtfertigen.
   Da wir keine ärztlichen Funktionen wahrnehmen wollen, vermitteln wir Patienten, die mit Fragen betreffs Medikamenten an uns herantreten, an Ärzte, die mit uns zusammenarbeiten.
7. Die Sozialtherapie versucht, die Aufgaben einer kritischen Öffentkeit gegenüber den psychiatrischen Institutionen wahrzunehmen. Das heißt: die Mitarbeiter greifen Mißstände auf, über die sie von Patienten anderer Einrichtungen informiert werden. Die Sozialtherapie geht Beschwerden über unrechtmäßige oder überflüssige Zwangseinweisungen nach. Diese Auseinandersetzungen mit Institutionen werden auf der Ebene geführt, die die größte Wahrscheinlichkeit mit sich bringt, daß sich die kritisierten Verhältnisse schnell verändern. Diese Ebene kann auch die Form der öffentlichen Auseinandersetzung sein. Sehr schwerwiegende Anschuldigungen sollen vor einer eventuellen Veröffentlichung mit den Angeschuldigten selbst besprochen und auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft werden.
8. Die Sozialtherapie arbeitet mit allen psychiatrischen Institutionen zusammen, von denen sie annimmt, daß sie die Bedürfnisse der Patienten in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen, die Patienten als zumindest teilweise selbstverantwortlich und nicht nur als Ansammlung von Symptomen betrachten.
9. Psychische Erkrankung sowie die psychiatrische Versorgung der Bevölkerung sind für die Sozialtherapie gesellschaftspolitische

und keineswegs rein naturwissenschaftlich-medizinische Fragestellungen. Das heißt jedoch nicht, daß dies die einzige Dimension psychischen Leidens ist. Gesellschaftspolitisches Handeln allein wird dem Leiden des Einzelnen in den meisten Fällen nicht gerecht.

WARUM WIR WEITERE UNTERSTÜTZUNG FÜR UNSERE ARBEIT DURCH STÄDTISCHE GELDER FORDERN.

Wir leisten vielfältige sozialarbeiterische Tätigkeiten für einen Personenkreis, der aus dem Netz der öffentlichen psychiatrischen Einrichtungen herausfällt. Viele unserer Besucher haben schlechte Erfahrungen mit diesen Einrichtungen gemacht und haben zu diesen öffentlichen Institutionen kein Vertrauen mehr. Wir glauben einen Anspruch darauf zu haben, daß diese Arbeit, die nur von Laien geleistet werden kann, durch öffentliche Gelder unterstützt werden muss.

Mit großen Mühen wäre vielleicht auch eine Finanzierung unserer Arbeit durch Mitgliedsbeiträge möglich. Wir halten es jedoch für unzumutbar, daß die psychisch Kranken bzw. gefährdeten Bewohner des Frankfurter Nordends zusätzlich zur hohen Belastung durch Steuern und Krankenkassenbeiträge einen Teil ihrer psychiatrischen Versorgung aus eigener Tasche tragen müssen.

Sollte unsere Einrichtung nicht mehr weiterarbeiten können, wird für viele Besucher eine erneute Unterbringung in psychiatrische Kliniken erforderlich werden. Dies würde ein Vielfaches der Kosten verursachen, die wir von der Stadt an Zuschuss beantragen, abgesehen davon, daß hiermit eine soziale Rehabilitation der Patienten zunichte gemacht würde.

Kontaktadresse: Sozialtherapie e.V.
Martin-Luther-Str. 35
6000 Frankfurt 60, Tel. 454336

IM ZUSAMMENHANG MIT GÜNTHER ROUTHIER ERNEUTER PROZESS GEGEN SIGI M.

DUISBURG
14. Juli

Der angeklagte Schlosser Sigi M. ist Mitglied der Roten Hilfe e.V., der Rechtshilfeorganisation der KPD. Von dort stammt auch der Bericht:

"Am 20. Juni 77 um 12.30 Uhr findet vor dem Landgericht Duisburg Zimmer 101 ein Beledigungsverfahren gegen einen Schlosser aus Witten statt. Er wurde bereits im September 75 zu sechs Monaten Gefängnis auf drei Jahre Bewährung verurteilt, weil er 1974 am Trauermarsch für den von der Polizei erschlagenen Günther Routhier teilgenommen hatte und bei dem damaligen Polizeieinsatz gegen die Trauergäste festgenommen wurde. Dieses Urteil wurde dann im März 76 durch das Landgericht Duisburg wieder aufgehoben. Es erging [illegible] Freispruch. In der ersten Verhandlung wurden Sigi M. vom Staatsanwalt sämtliche Verteidigungsunterlagen mit Gewalt abgenommen. Ihm wurde vorgeworfen, Richter, Staatsanwalt und anwesende Polizeispitzel beleidigt zu haben, indem er gesagte haben, daß die Angehörigen der bürgerlichen Klassenjustiz Parasiten dieser Gesellschaft seien und im Sozialismus arbeiten gehen müßten, wobei sie dann vielleicht auch Schwielen an die Hände bekommen könnten. Außerdem soll er den Begriff Bullen anstelle von Polizeibeamte gebracht haben, wovon sich der anwesende Spitzel aber nicht betroffen fühlte, denn er sagte, dies würde er auf der Straße so oft hören, daß es für ihn nicht mehr beleidigend sei. Allerdings hat sich dann der Polizeipräsident stellvertreten d beleidigt gefühlt und Anzeige erstattet. Am 4. Mai dieses Jahres war der Prozeß wegen Beleidigung. Sigi M. wurden sämtliche Rechte beschnitten; das Gericht nutzte es aus, daß der Genosse sich selbst verteidigte und ohne Anwalt erschienen war. Sie gingen sogar soweit, zu behaupten, daß sich der Genosse selbst verteidige und sich auch Gesetzesbücher mitgebracht habe, sei straferschwerend, da dadurch seine besondere Gefährlichkeit zum Ausdruck käme. Mehrfach wurde Sigi M. mit Ordnungsstrafen bedroht und die drei anwesenden Zuhörer mit Ausschluß. Richter und Staatsanwalt befanden sich im vollen Einvernehmen: Sie verweigerten dem Genossen das Recht Beweisanträge zu stellen mit der Begründung, daß sich am Urteil doch nichts ändern würde. Das Urteil hieß dann: 45 Tagessätze a 40 DM, also 1000 Mark. Gegen das Urteil hat Sigi M. Berufung eingelegt, aber auch der leitende Staatsanwalt Dr. Peschken, der derselbe ist, der sich damals beleidigt fühlte und die Beschlagnahme durchführte ist in Berufung gegengen. Ihm ist das Urteil zu geringu und außerdem will er eine Veröffentlichung der Verurteilung in einer Tageszeitung am Wohnort von Sigi M.. Schreibt Briefe, Telegramme oder Resolutionen an das Gericht, kommt zur Verhandlung."

Kontakt: Rote Hilfe, 5 Köln 30, Rothehausstr. 1

HUNGERSTREIK AN DER WÜRZBURGER UNI

WÜRZBURG
13. Juli

Im ID 177 und 185 haben wir über den Kampf der Würzburger Studenten gegen die Berufung und Lehrtätigkeit von Prof. Bossle berichtet. In diesem Zusammenhang sind außer gegen die Studentin Doris Rüb und ihren Bruder Rainer noch gegen acht weitere Studenten Ordnungsverfahren eingeleitet worden. Uni-Präsident Berchem wurde mehrmals aufgefordert, seine Maßnahmen zurückzunehmen. Da dies nicht geschah, traten am 5. Juli zehn Studenten in einen unbefristeten Hungerstreik. Folgenden Bericht zum Hungerstreik haben wir aus Würzburg erhalten:

„Seit gestern, Di. 5.7.77, läuft der Hungerstreik, und zwar in der neuen Uni. Gestern, im Laufe des Abends fanden sich dort paar hundert Studenten ein, um gemeinsam mit den zehn Hungernden zu feiern, Lieder zu singen u.ä, (Theater wurde gespielt, nämlich die Entwicklung der Bewegung gegen Bossle) und abzuwarten, was passiert, wenn wie sonst üblich die Uni um 22 Uhr abgesperrt wird. Das Ganze spielte sich zuerst im Lichthof, 1. Stock, ab. Um 21.45 beschlossen wir jedoch, uns in den Haupteingang zu setzen, um Handlungsfreiheit zu haben und nicht wie Mäuse in der Falle zu stecken.

Grad um 22 Uhr kamen nochmal unheimlich viele Leute, die Vorhalle war rammelvoll, die Spannung stieg fast ins Unerträgliche, vor allem, da die aufgestellten Posten drei Bullen-VW-Busse in die Unitiefgarage (Hintereingang) hatten fahren sehen. Überall standen dezente Männer herum,und einmal schob sich eilig ein höflich lächelnder, sich entschuldigender Bulle durch die Halle. Der Hausmeister schloß die restlichen noch verschlossenen Türen des Haupteingangs auf. Zuerst werteten wir das noch als freundliche Geste, später aber eindeutig erklärbar mit dem, was ab 22.30 passierte.

Berchem, unser Unipräsident, erschien, mit Megaphon und zwei Bullen im Rücken, forderte uns auf, das Gebäude zu verlassen, brachte noch irgendwas von wegen Hausfriedensbruch heraus, wurde jedoch sofort niedergeschrien mit: Brecht das Ordnungsrecht und: Deutsche Polizisten schützen die Faschisten.

Vorher hatten wir nach längeren Diskussionen beschlossen, erst die Uni zu verlassen, falls mit massivem Polizeieinsatz zu rechnen sei, nur gemeinsam mit Berchem zu verhandeln, und in keinem Falle zuzulassen, daß einzelne irgendwie herausgegriffen werden.

Berchem hörte sich unseren lautstarken Widerstand paar Sekunden an, schickte dann mit einer energischen „Auf geht's"-Handbewegung die Bullen nach hinten und verschwand selbst.

Im nächsten Moment sahen wir uns mit der Besatzung der drei VW-Busse konfrontiert, die sich teilweise recht besonnen ver-

hielt, teilweise jedoch ungeheuer aggressiv drei Schäferhunde auf uns hetzten.

Ein großer Teil der Studenten kam recht gut ins Freie, dann entstand ein ziemliches Gedrängel: hinten schoben die Bullen, bildeten Ketten, vor dem Eingang blieben viele Leute stehen oder liefen wieder zurück. Dazu kam, daß etliche, die über Nacht bleiben wollten, ihre Schlafsäcke nicht schnell genug aufraffen konnten und die Kästen Bier und Mineralwasser es ebenfalls unmöglich machten, noch schnell und reibungslos nach draußen zu gelangen. In den allerletzten Reihen, denen die Hunde an den Fersen hingen, brach fast Panik aus. Dabei wurden eine Studentin und ein Student festgenommen. Es gab ein wildes Gerangel an den Türen, von innen hingen die Bullen dran, von außen zerrten wir, mit einer unendlichen Wut im Bauch, irgendwo ging Glas kaputt. Zwei Leute wurden vom Hund gebissen, den man an langer Leine noch schnell herausließ. Den beiden drinnen wurden Handschellen angelegt, dann gingen die Lichter aus. Für uns stand fest, daß wir, so oder so, die Beiden wieder herausholen wollten. Nach ca. 1/4 Stunde jedoch waren sie, nachdem ihre Personalien festgehalten wurden, wieder da. Wir waren alle fix und fertig hinterher, ungefähr 50 Leute blieben über Nacht, legten sich in Schlafsäcken vor die Uni.

Zentrum und Ausgangspunkt aller Aktionen, Demos, Seminarbestreikungen, Solidaritätsveranstaltungen, Information in der Stadt, Pressekonferenzen, usw. ist jetzt und bis auf weiteres die Uni: unser Lebensbereich – Ursache und Ort des Hungerstreiks."

Der Hungerstreik dauerte bis Dienstag (12.7.). Er wurde abgebrochen, weil sich herausstellte, daß die Ordnungsverfahren juristisch nicht zurückgenommen werden können, und aber auch, weil sich unter den Hungernden Kraftlosigkeit und Resignation einstellten. Vorher kam es noch zu Verhandlungen zwischen Studenten und Uni-Leitung, wo es wohl beinahe zu einem Kuhhandel gekommen wäre, der so aussehen sollte: die Ordnungsverfahren werden schnell und milde durchgezogen, dafür werden von den Studenten die Störungen eingestellt. Dazu kam es aber nicht!

Der Stand der Dinge sieht jetzt so aus, daß für den 19.7. von 14-16 Uhr eine Podiumsdiskussion mit dem Herrn Bossle stattfinden soll, allerdings mit der Forderung, daß eine für den 26.7. vorgesehene Vorlesung von ihm ausfällt. Geht die Uni - Leitung darauf ein, wollen die Studenten die Podiumsdiskussion wie Vorlesung stören - für diesen Fall werden Polizisten erwartet.

Welchen Grund gibt es dafür, daß Bossle noch nicht abberufen wurde? Gründe will man nicht so gerne zugeben wegen der Vorwürfe von der anderen Seite! Bossle kann eigentlich nur noch politisch begründet werden, aber das muß geleugnet werden, deshalb gibt es für den Kumi in München und die Uni - Leitung nur noch einen Weg: auf die alten wissenschaftlichen und berufungstechnischen Gründe verweisen, Tatsachen feststellen und Ordnungsverfahren anregen. Für das Kumi kommt eine Diskussion nicht in Frage, damit soll sich die Uni - Leitung rumschlagen. Solange der Druck auf Kumi Meier und die CSU - Bonzen nicht stärker wird, wird Bossle nicht abberufen, Das wiederrum heißt: Bossle ist kein Einzelfall, er hat die Unruhe hervorgerufen, diese ist größer geworden und droht mit den Ordnungsverfahren unkontrollierbarer zu werden. Es muß noch mehr gestört werden! Wir müssen zeigen, daß wir uns nicht einschüchtern lassen! Daß mehr Ordnungsverfahren auch mehr Widerstand bedeuten oder aber die Taktik vom Kumi und die Uni-Leitung geht auf: mehr Verfahren - weniger Widerstand. Es gilt also den Kampf aktiv und vielseitig aufrechtzuerhalten!"

Nachdem der Hungerstreik abgebrochen wurde, soll das Lager vor der Stadt - Uni als Kommunikationszentrum erhalten bleiben. Mit einer Räumung durch die Polizei wird gerechnet. **Kontaktadresse: W.A., c/o Ali Schuster, 87 Würzburg, Leutfresserweg 11 oder beim Utz Walther , Haus 17 1/2 , 8701 Lindflur .**

BUBACK – DOKUMENTATION

GÖTTINGEN 11. Juli 1977 *Der Göttinger Asta möchte eine Dokumentation zum Buback - Nachruf und dessen Folgen veröffentlichen und bittet um Berichte Betroffener. Er schreibt dazu:*

„ Liebe Freunde und Genossen!

Nachdem unsere bisherigen Bemühungen, was die gemeinsame Herausgabe einer Dokumentation von möglichst vielen betroffenen ASten, Basisgruppen, Initiativen etc, zum „Buback-Nachruf" angeht, nur sehr schleppend vorrangekommen sind, wollen wir jetzt nochmals in Absprache mit Genossen aus Düsseldorf und Köln einen Vorschlag vorlegen, um das Projekt noch im Laufe des nächsten Monats realisieren zu können.

Die Dokumentation sollte unserer Meinung nach zwei Aufgaben erfüllen:
– eine breitere Information, auch gerade in Kreise der liberalen Öffentlichkeit hinein, als dies bisher geschehen ist
– durch die Schaffung eines möglichst breiten Herausgeberkreises (Gruppen sowie Einzelpersonen) denjenigen, die im Zusammenhang mit dem „Buback - Nachruf" strafrechtlich verfolgt werden in den bevorstehenden Prozessen eine gewisse Rückendeckung zu geben.

Als Inhalt für die Dokumentation haben wir uns etwa folgendes gedacht:
1. Chronologie der Ereignisse (Göttingen und Folgeerscheinungen, Gerichtsurteile, Beschlagnahmebescheide, etc.)
2. Artikel des Göttinger Mescalero
3. Stellungnahmen und Einschätzungen des Artikels (z.B. Göttinger Hochschullehrer, Westberliner Professoren und Rechtsanwälte, etc.)
4. Stellungnahmen und Einschätzungen zu den Ereignissen (Kommentare zu den strafrechtlichen Vorwürfen, Polizeiaktionen etc.)
5. Pressespiegel und Kommentare

Darüber hinaus sollten evtl. in einem Anhang o.ä.dokumentiert werden: Drohbriefe, die bei den Betroffenen eingegangen sind, der Konflikt der Tübinger Theologen aufgrund des sog. „Sonnenberg - Briefes" usw.

Wir möchten Euch dringen bitten, uns alles verfügbare Material (Nachdrucke, Kommentare, örtliche Presse, Unterschriften, etc.) zuzuschicken, sowie an der Erstellung der Dokumentation mitzuarbeiten.

Das erste Arbeitstreffen haben wir am 16./17. Juli hier in Göttingen geplant. (Treffpunkt 11.00 Uhr ASTA)
Wir benötigen Eure Antwort also spätestens im Laufe der kommenden Woche - telefonisch (0551/394567) oder schriftlich.

Für das Arbeitstreffen sind vorgesehen:
– Diskussion über die Konzeption der Dokumentation (Inhalte, Form der Veröffentlichung - Broschüre, Buch)
– Sichtung des vorliegenden Materials
– Weitere Arbeitsplanung

Setzt bitte alle Kontakte von diesem Projekt in Kenntnis, um sie evtl. für eine Mitarbeit oder Unterstützung zu gewinnen.

mit solidarischen Grüßen Wolfgang Peter "

WISCHLINGEN BLEIBT BESETZT !

DORTMUND
Juli 1977

Jugendliche aus Dortmund-Heckarde berichten:

„Seit dem 1.7.77 halten wir unsere selbstverwaltete Freizeitstätte Wischlingen besetzt. Nach dem Prinzip der Selbstverwaltung verbringen seit über vier Jahren Lehrlinge, Schüler, Arbeitnehmer, Studenten und Arbeitslose ihre Freizeit in Wischlingen.
Es finden ca. 15 musische Lehrgänge, wie Siebdruck, Keramik, Gitarrenkurs, Fotografie, Instrumentenbau... statt. Regelmässig werden verschiedenste Veranstaltungen durchgeführt. In Eigeninitiative haben wir eine Teestube errichtet, die als Kommunikationszentrum für die Lehrgangsteilnehmer und die Jugendlichen der umliegenden Stadtteile dient.

Das alles soll jetzt zerstört werden. Unser Freizeitzentrum liegt am Rand des im Bau befindlichen Revierparks Dortmund-Wischlingen. Der Revierpark GmbH, die zu einem Teil der Stadt Dortmund, zum anderen dem Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk gehört, sind wir ein Dorn im Auge. In ihrem Park, in dem die Freizeit administrativ verplant und verwaltet wird, kann sich die GmbH scheinbar die Konkurrenz einer selbstverwalteten Freizeitstätte nicht leisten.

Am 23.6.77 erhielten wir von der Revierpark GmbH ein Schreiben, in dem sie die Bedingungen aufführt, die wir zur Abschließung eines Mietvertrages erfüllen müßten. Das sind Bedingungen, die unsere Arbeit unmöglich gemacht hätten. Auf einer Wandzeitung bezeichneten wir diese als Kündigung. Daraufhin bekamen wir die endgültige fristlose Kündigung zum 5.7.77.
Schon wenige Tage zuvor hatten einige von uns ihre Zelte in Wischlingen aufgebaut. Nach der Kündigung haben wir beschlossen, Wischlingen so lange besetzt zu halten, bis wir unsere Forderung nach einem unbefristeten Mietvertrag ohne Einflußnahme auf unsere Arbeit durchgesetzt haben. Am 5.7., am Tag vor der von der GmbH vorgesehenen polizeilichen Räumung unserer Häuser und des Geländes, sollte die Revierpark GmbH durch Einflußnahme des Jugendrings und einiger Ratsvertreter gezwungen werden, uns für Verhandlungen eine viermonatige Frist, in der wir in unseren Häusern bleiben können, zuzugestehen. Dieses Zugeständnis wurde uns noch am gleichen Tag mündlich von einem Ratsvertreter gemacht. Einen Tag später jedoch schreibt uns die Revierpark GmbH Bedingungen für unseren Verbleib vor, es sind die gleichen, die wir für den Mietvertrag schon als unzumutbar abgelehnt haben, nur mit den Zusätzen, am 31.10.77 spätestens die Häuser zu räumen und die Zeltstadt, d.h. die Besetzung sofort abzubrechen.

Wir gehen nicht von unserer Forderung ab, einen unbefristeten Mietvertrag ohne Einflußnahme auf unsere Arbeit zu bekommen.

Wir bleiben hier.
Die Besetzung geht weiter."

SCHLIESSUNG DES „BUNKERS" NUN ENDGÜLTIG ?

FRANKFURT
Juli 77

Anfang Juli dieses Jahres wurde die Stiftung Studentenhaus, der bisherige Träger der meisten Frankfurter Wohnheime, vom Studentenwerk des Landes Hessen übernommen. Mit einer Ausnahme: dem Konrad-Broßwitz-Heim. Diese Maßnahme ist der bisher letzte Schlag gegen die Bewohner des Heimes, die sich seit zwei Jahren mit einem Teilmietstreik für bessere Wohnverhältnisse, sozial tragbare Mieten und gegen die Anwendung des Kostendeckungsprinzips in Studentenwohnheimen eingesetzt haben. Sie waren damit schon dem alten und sind jetzt auch dem neuen Vermieter ein Dorn im Auge.

Um die Bewohner einzuschüchtern, schreckt man jetzt auch nicht vor illegalen Maßnahmen wie dem Abstellen von Licht, Wasser und Strom zurück. Das wird aus einem Brief ersichtlich, der dem Heim zugestellt wurde:

Betr.: Auflösung unserer Stiftung Studentenhaus
hier: Studentenwohnheim Konrad-Broßwitz-Straße 45

Sehr geehrter ....,

wunschgemäß teile ich Ihnen mit, daß im Zuge der Auflösung unserer Stiftung Studentenhaus unsere sämtlichen bisherigen Leistungen im Studentenwohnheim Konrad-Broßwitz-Strasse, insbesondere für Reinigung, Hausmeisterversorgung, Strom, Wasser, Gas (Heizung), voraussichtlich ab Mitte dieses Monats entfallen. Für die nach der Leistungseinstellung liegende Zeit nehmen wir auch keine Mietzahlungen mehr an.

Mit freundlichem Gruß Grawe, Geschäftsführer

Was bedeutet nun die Schließung konkret?
Allen Bemühungen der Heimbewohner, billigen Wohnraum, in dem noch ein Zusammenleben möglich ist, zu erhalten, wird damit ein Ende gesetzt. Zimmer, in denen noch mehr Platz als nur für Tisch, Bett und Schrank ist, sollen in Zukunft leerstehen. Außerdem wird es nach der Räumung ein weiteres Haus in Frankfurt geben, das nicht bewohnt ist und verslumt. Das einzige Hindernis bisher, das Gebäude abzureißen und durch ein weiteres Betonsilo zu ersetzen, sind wohl die dicken Wände des Bunkers.
Schon einmal, nämlich am 1. Mai, stand die Schließung des Heims bevor. Doch konnte sie damals durch das konsequente Vorgehen der Bewohner, das bei der Bevölkerung vollstes Verständnis fand, verhindert werden. Die Bewohner des Heims in der Broßwitzstrasse werden weiter für die Erhaltung ihres Heimes und für ihre Forderungen eintreten.

KLAGEVERFAHREN AM FACHBEREICH SOZIALWESEN DER FACHHOCHSCHULE WIESBADEN IM WS 77/78

WIESBADEN
11. Juli

Studenten der FHW, FB Sozialwesen, führen im Wintersemester ein neues Verfahren zum Einklagen von Studienplätzen abgelehnter Bewerber durch. Bereits im vergangenem Wintersemester haben wir ein solches Klageverfahren mit Erfolg durchgeführt: Die zwölf damaligen Kläger wurden nach einigen Monaten per einstweiliger Verfügung immatrikuliert. Vom noch ausstehenden Hauptverfahren war kaum eine andere Entscheidung zu erwarten. Vor wenigen Tagen nun hat uns die Leitung der Fachhochschule mitgeteilt, sie habe kein Interesse an der Fortsetzung des Verfahrens. Das bedeutet: Die Kläger sind jetzt regulär eingeschrieben. Wir wollen mittels dieser Klageverfahren einen Beitrag dazu leisten, den in der BRD praktizierten Numerus clausus zu unterwandern bzw. zu überwinden.

Studenten des Fachbereichs Sozialwesen führen auch im WS 77/78 ein Verfahren zum Einklagen von Studienplätzen abgelehnter Bewerber durch. Voraussetzung ist lediglich der ZVS-Ablehnungsbescheid für die Fachhochschule Wiesbaden. Alle die trotz ihrer Ablehnung ein Interesse an einem Sozialwesen-Studienplatz haben, melden sich ab Anfang/Mitte September 77 beim:
Referat Klage, Asta der Fachhochschule, Hasengartenstraße 6, 6200 Wiesbaden, Tel. 06121/701203.
Keine Angst vor finanziellen Schwierigkeiten, im Notfall hilft der Asta!!!

BESETZUNG ERFOLGREICH BEENDET

KÖNIGSTEIN 14. Juli *Vom Jugendzentrum Königstein erhielten wir folgenden Bericht:*

Die Besetzung des selbstverwalteten Königsteiner Jugendzentrum (siehe ID 146/179) ist nach rund zweieinhalb Monaten von den Jugendlichen aufgehoben worden. Dies war möglich, nachdem der Magistrat sich bereit erklärt hatte, für die offene Jugendarbeit des Vereins Jugendzentrum e.V. weitere Mittel und ein neues Haus zur Verfügung zu stellen.

Der Magistrat der Stadt Königstein hatte dem Träger des selbstverwalteten Jugendzentrums, dem Verein Jugendzentrum, zum 30. April 77 gekündigt, ohne für die offene Jugendarbeit in Königstein ein neues Haus zur Verfügung zu stellen oder konkrete Aussagen über die weitere Jugendarbeit in der Stadt zu machen. Das Königsteiner Jugendzentrum ist seit Mai 74 von den Jugendlichen in eigener Regie geführt worden. In dieser Zeit kam es häufig zu Auseinandersetzungen mit Magistrat und Parteien, denen die zunehmende Selbstständigkeit, Selbstbewußtwerdung und Politisierung der Juz-Benutzer nicht in den Kram paßten. Um dieses „Übel" wieder los zu werden, wurde nach eineinhalbjährigem Juz-Betrieb sämtliche Geldmittel von der Stadt gesperrt. Als das Jugendzentrum dann wider Erwarten doch weiterlief und sich Aktivitäten und Engagement der Jugendlichen noch verstärkten, wurde von Seiten der Stadt eine Diffamierungs- und Kriminalisierungskampagne begonnen, an deren Ende wieder einmal die fristlose Kündigung stand. - Eine Kündigung im Frühjahr 1976 war bereits damals durch eine Hausbesetzung abgewehrt worden.

Nachdem das Jugendzentrum zum 30. April 77 von der Stadt gekündigt war, blieben die Jugendlichen einfach in ihrem Haus. Der Kreis der Besetzer war unterschiedlich groß, teilweise übernachteten bis zu 80 Leute im Haus. Durch die Kündigung und die darauffolgende Besetzung erreichte die Stadt genau das Gegenteil ihrer ursprünglichen Absicht. Man kann sagen, daß der Magistrat durch seine Kündigung einen erheblichen Beitrag für die Selbstverwaltung geleistet hat. Das bezieht sich sowohl auf die politischen Erkenntnisse, daß Widerstand notwendig und sinnvoll ist, als auch auf die Organisation des Zusammenlebens in einer größeren Gemeinschaft unter dem Druck von außen .

In den zweieinhalb Monaten der Besetzung gab es natürlich auch einen Haufen Schwierigkeiten, beispielsweise, daß einige Leute mehr im Haus arbeiteten (putzen, kochen, einkaufen, Organisation) und andere gar nichts taten, daß manchen die Feiereien und der damit verbundene Krach auf die Nerven gingen und daß auch persönliche Spannungen zwischen den einzelnen Leuten aufkamen. Nach rund einem Monat war die Zahl der Leute, die im Haus übernachteten, immer mehr geschrumpft. Das hing auch mit Auseinandersetzungen über das taktische Vorgehen gegenüber der Stadt zusammen. Es war aber auch für viele schwierig, bei dem Dauerstreß einer Besetzung noch genügend Energie für die Schule (die Versetzungen kamen näher), die Lehre oder die Arbeit zu bringen. Außerdem gab's 'ne Menge Konflikte zu Hause. Das führte dazu, daß viele Leute nur noch „Tagsüber-Besetzer" waren, während sie nachts wieder zu hause pennten. Trotzdem war es gut, daß die Besetzung so lange durchgehalten werden konnte. Damit hatte keiner gerechnet, weder die Stadt noch die Besetzer.

Durch die lange Besetzung wurde die Öffentlichkeit auf die jugendfeindliche Politik der Stadt aufmerksam gemacht. In den ersten Wochen der Besetzung weigerte sich der Magistrat, überhaupt zu verhandeln. Erst durch die Aufrechterhaltung der Besetzung und den immer stärker werdenden Druck der Öffentlichkeit war der Magistrat zum Nachgeben gezwungen.

Es sieht jetzt in Königstein so aus, daß die Stadt weiterhin ein Jugendzentrum zur Verfügung stellt, in dem die Jugendlichen das Sagen haben. Sie haben zugestimmt, in ein kleineres Haus in der gleichen Straße (Adelheidstraße 1) umzuziehen, das wesentlich kleiner ist als das alte Jugendzentrum. Bis das neue Haus bezugsfertig eingerichtet ist, bleibt das alte JUZ erhalten. Es übernachten auch noch weiterhin Leute dort, das heißt, die Besetzung ist offiziell beendet, feiert aber inoffiziell bald ihr dreimonatiges Bestehen.



Jugendzentrum Königstein, Schlafsäcke beim morgendlichen lüften

HAUSBESETZUNG IN FREIBURG ALLES KLAR , WIR HABEN DIE MIETVERTRÄGE

FREIBURG 13. Juli Wie bereits im ID 181 berichtet, haben wir am 6.6. ein Haus in Freiburg in der Kaiser-Joseph-Straße 282 besetzt. Kurz noch einmal wie und warum:

Das Haus stand 2 Jahre leer, ist Teil eines großen Spekulationsobjektes, hat (mit auch leerem Hinterhaus) so an die 16 Zimmer und einen riesigen Gemeinschaftsraum. Außerdem ist es sehr gut erhalten, hat Zentralheizung und baulich ist auch alles okay.

Wie ging's dann weiter?

Erstmal kam eine unheimlich gute Reaktion von der Bevölkerung - zu unser aller Erstaunen - in Form von Möbelspenden, Geld, Geschirr, und zustimmende Äußerungen...

Nach knapp einer Woche tauchte bei uns im Haus eine Delegation des Hauseigentümers auf und bot uns Verhandlungen über Mietverträge an. Wir gingen auf das Angebot ein und trafen uns im Bürohochhaus von Selz & Co. Natürlich gut vorbereitet:

— Einschlägig beraten durch den Rechtsanwalt und badischen Mieterring (lokale Vertretung für Mieterinteressen)
— entsprechende Kleidung: Das „kleine Schwarze" für die Dame, die Herren im Anzug, versteht sich.
— Schwarzer Benz mit Motorradeskorte für die Sicherheit.

Vorgelegt wurde uns einer jener berüchtigten Mietverträge für Ausländer, Studenten usw., die in Abrißhäusern wohnen, d. h. - Vertrag über Nutzung zum vorrübergehenden Gebrauch (schließt den gesetzlichen Kündigungsschutz aus.)
– Mit Sonderklausel über Kündigung bei Verkauf, Abriß, gewerbliche Vermietung usw., mit dreimonatiger Kündigungsfrist.
– Hohe Miete, d.h. kalt 450.– für drei Zimmer.
Diesem Machwerk setzten wir folgenden Vertragsentwurf entgegen, der auf dem Mustermietvertrag der Bundesregierung von 1976 basiert:
– 2 Jahres-Vertrag
– gesetzliche Kündigungsfrist
– 80.– pro Zimmer
Nach zähen Verhandlungen, die sich über etwa drei Wochen hinzogen, entstand ein für beide Seiten annehmbarer Vertrag. Dieser beinhaltet in den wesentlichsten Punkten ein festes Mietverhältnis bis zum Ende des Jahres, danach 3-monatige Kündigungsfrist mit gesetzlichen Kündigungsgründen und vollem Räumungsschutz. Eine Miete von 80.–/ Zimmer ohne Nebenkosten. Diesen Vertrag haben wir heute unterschrieben.

Die gelungene Besetzung hat nicht nur uns etwas gebracht, darüber hinaus wurde auch die Diskussion über die Stadtsanierung, die Entvölkerung der Innenstadt, Wohnungsnot usw. wieder angeheizt. Rundfunk und Presse, insbesondere die Lokalpresse berichteten positiv, einige Lokalpolitiker nahmen zu den o.g. Problemen Stellung. Daß es geklappt hat, lag sicher auch zum großen Teil daran, daß die Bevölkerung unsere Besetzung ganz gut fand. Schließlich ist Selz ein stadtbekannter Wohnungsspekulant. Unser Arbeitskreis „Schöner Wohnen" will sich weiter um Innenstadtsanierung, Wohnungsnot und lerrstehende Häuser kümmern.

Die Hausgemeinschaft Kaiser-Josef-Str.282

VIDEO IM POLIZEIREVIER EINS

KASSEL 13. Juli *In der „24. Stadtzeitung in und um Kassel" haben wir den Bericht über eine Aktion und deren Folgen gefunden, die sich vor Beginn der „documenta" ereignete:*

Die Ubbeboda ist eine Gruppe internationaler Aktionskünstler. Zum documenta-Beginn trafen sich Mitglieder der Gruppe aus Schweden, Dänemark, Japan und der BRD in Kassel.
Trotz und gerade wegen der verwalteten und einschränkenden Atmosphäre der documenta versuchen sie, einen möglich erscheinenden Freiraum zu nutzen und „...die d6 als Bühne für die Befreiung auszubauen".

Um ihre Ideen zu verwirklichen, benutzen sie momentan greifbare Mittel, wobei ihr Körper ein wichtiges, da stets vorhandenes ist. Wesentliches Element der Aktionen ist die Spontaneität, für die innerhalb der documenta kein Raum gelassen ist. Deshalb fanden die Kassler Aktionen vor der Eröffnung der d6 statt.

Der Inhalt der Aktionen wird nicht über ein mechanisches Medium, sondern ein lebendiges – den Körper – vermittelt. Der Mensch spricht direkt zum Menschen. „Wir sind unser Medium. Wir sind unser Schrei. Wir sind unser Bild Sinne Fühlen Tasten ...Wir setzen die Bilder in die Tat um ...Schmeiß deine Kleider weg und schrei deine Wünsche raus..."
Sie gehen davon aus, daß die documenta nur einen Freiraum darstellt, der im eigentlichen Sinne nicht vorhanden ist. Die nachfolgend beschriebene Festnahme Th. Niggl's ist ein Beweis ihrer Theorie. Hätte die Aktion innerhalb der documenta stattgefunden, hätte niemand daran Anstoß genommen.
Aktionen dieser Art fanden an zwei Tagen auf dem Friedrichsplatz statt. Am Donnerstag ereignete sich ein Zwischenfall.

Niemand fühlte sich gestört, als sich am Mittwoch eine junge Frau der Gruppe zur Körperbemalung entkleidete. Auch die Anti-Krieg-Figurationen des 60jährigen schwedischen Pazifisten Sven Malvin – auch er nackt und mit Lehm bedeckt – riefen keinen Protest hervor. Denn der nackte Körper einer Frau ist schon zu einem Gewohnheitsbild geworden und ein nackter Mann kann niemanden erregen. Erst der Anblick des (bei einer weiteren Aktion ausgezogenen) Gruppenmitgliedes Thomas Niggl brachte eine ältere Dame aus der Fassung. Sie verständigte die Polizei. Diese rückte mit ein paar Mannschaftswagen hoch an und 'entfernte' das Objekt öffentlichen (?) Ärgernisses – unter bissigen bis wütenden Protesten der zahlreichen Zuschauer. Ein seltener Fall von breiter Solidarität. Eine Begründung dieser Aktion seitens der Polizei erfolgte nicht. Thomas Niggl leistete nur passiven Widerstand; nackt wie er war wurde er in ein Auto verladen, seine Freunde, die ihm Pass und Kleider bringen wollten, wurden zurückgewiesen. So gings dann zum Polizeirevier 1, Königstor. Nach Aufnahme eines Protokolls wurde ihm eine Zelle und zwei Decken zugewiesen. Er bemerkte schnell, daß er sich auch hier im Medienbereich befand: an den beiden Schmalseiten der Zelle war je eine Videokamera angebracht.
Anderen Gruppenmitgliedern wurde auf Anfrage mitgeteilt, daß er am späten Abend abgeholt werden könne.

Zu diesem Zwecke begaben sich gegen 23 Uhr zwei Frauen (aus der Gruppe) zum Königstor. Eine der beiden durfte (unter scharfer Bewachung: zwei begleitende Beamte!) mit zu der Zelle gehen. Als die zweite denselben Wunsch äußerte, sagte man ihr, daß sie die Aktion auch über Video verfolgen könnte. Groß war ihr Erstaunen, nicht nur zu sehen, sondern auch jedes in der Zelle gesprochene Wort zu hören.

MERKE: ÜBERALL IST STAMMHEIM !!!

Wenn schon die Zellen im Polizeirevier 1 einer kleinen Provinzstadt wie Kassel verwanzt sind, wie soll es da erst anderswo aussehen ? So kommt durch einen Zufall ein weiterer Fall von grober Verletzung und Ignoranz unserer – einst so geheiligten – bürgerlichen Grundrechte ans Licht.

Thomas Niggl konnte das Polizeirevier ohne weitere Repressionen verlassen.



AKTION: "RETTET DEN RUNDFUNK"

HAMBURG 13. Juli *Liebe Freunde und Kollegen vom ID:*

Ich schicke Euch anbei einige Exemplare des ersten Aufrufs unserer Initative, die sich derzeit hauptsächlich aus Journalisten zusammensetzt und dazu aufforderte, eine möglichst breite Bewegung gegen die zunehmenden Angriffe auf die Presse- und Meinungsfreiheit vor allem in den bürgerlichen Medien zu bilden. Wir haben diesen Aktivitäten zunächst den Namen "Rettet den Rundfunk" gegeben und meinen auch, daß es nötig ist, sich als erstes mit dem NDR zu befassen, unter dem wir hier alle zu leiden haben. Die ersten Schritte sind getan. Derzeit haben schon 350 Leute unsere Aktivitäten mit ihrer Unterschrift unterstützt, nachdem wir mit dem beiliegenden Text

und entsprechenden Redebeiträgen einschlägige Veranstaltungen aufgesucht haben. Z.B. eine Podiums - Diskussion über Zensur im Rahmen des Hamburger "Literatur - Trubel", eine Veranstaltung zum Thema Zensur in allen gesellschaftlichen Bereichen, die der Vorbereitungsausschuß für ein Russell-Tribunal über die Repression in der BRD hier gemacht hat, das Plenum aller Anti-AKW-Initativen in Hamburg (derzeit gut 50) und dergleichen mehr.

Unter den Unterstützern (wovon sich etliche zur aktiven Mitarbeit gemeldet und einige auch schon zu unserem Treffen erschienen sind) befinden sich auch Prominente wie Dieter Hildebrandt,München, Gerhard Zwerenz, München, Peggy Parnass, Hamburg, Otto Köhler, Hamburg, Arno Münster, Paris, Prof. Winfried Gottschalch, Bremen, Uwe Wandrey, Hamburg, Prof. Dieter Richter, Bremen, Prof. Klaus Briegleb, Hamburg, Gisela Tuchtenhagen, Hamburg. Von diesen Prominenten sind auch einige bereit, konkretere Formen der Unterstützung zu entwikkeln (die über eine Unterschrift hinausgehen). In der Initative arbeiten auch Kollegen mit, die in der Weise direkt von Zensur betroffen sind, als sie beim NDR beschäftigt sind.

In besonderer Erinnerung an Euren Untertitel als "Informationsdienst für unterbliebene Nachrichten" bitten wir Euch, unseren Aufruf im Wortlaut abzudrucken. Wie ihr seht, haben wir auch ausführliche Kontaktpunkte genannt, so daß uns jeder ID-Leser (sowie die Mit-Leser) erreichen kann. Wir denken auch, daß ihr selbst diese Initative unterstützen könnt, indem ihr sie im Sinne des Wortes unterschreibt; außerdem könnte es doch auch Möglichkeiten einer Kooperation geben, was die Untersuchung und Enthüllung von Zensur betrifft. Wir nehmen Kontakte zu Leuten, die Material durchschieben können/wollen sehr gern wahr und sind natürlich auch zur Bearbeitung solcher Materialien für alle Ebenen der Öffentlichkeitsarbeit bereit. Wenn ihr also was wißt oder wen kennt - nur her damit.

Wir haben bemerkt, daß ein breites politisches Interesse an diesen Aktivitäten besteht und ebenso festgestellt, daß unsere Auffassung von vielen geteilt wird, in der zunehmenden Zensur, Unterdrückung oder Verstümmelung von Nachrichten, Entpolitisierung von Funk und Fernsehen und der gedruckten Presse bis hin zur offenen Hetze gegen alles was als links auch nur verdächtigt werden kann, einen Zusammenhang (und auch Ausdruck) zur generell schärfer werdenden politischen Unterdrückung zu sehen - und dagegen Widerstand entfalten zu müssen. (Der Satz hoppelt ein bißchen, ist aber hoffentlich trotzdem verständlich). Solidarische Grüße

WEM GEHÖRT DER NDR ?

Wir wissen alle, daß nicht nur in der "Bild"-Zeitung Tatsachen verdreht oder erfunden werden, wenn die Wahrheit nicht ins Konzept paßt. Das ist deshalb kein Wunder, weil die Verleger - als Besitzer der Zeitungen - die politische Richtung bestimmen. Pressefreiheit, so hat es der konservative Publizist Paul Sethe einmal formuliert, ist die Freiheit von wenigen reichen Leuten, ihre Meinung zu veröffentlichen.

Beim Rundfunk ist das anders: wie er informieren muß,ist durch Gesetze festgelegt. So informiert der NDR sein Publikum "allgemein, unabhängig und objektiv"; er dient " nicht einseitig einer Partei oder Weltanschauung"; er "mahnt zur sozialen Gerechtigkeit". Eine Zensur findet nicht statt. Oder?

EINE ZENSUR FINDET DOCH STATT

Seit Monaten häufen sich die Eingriffe von Parteien und Regierungen in das Programm des NDR. Mittlerweile geben Politiker sogar offen zu, daß sie Druck auf die Sender ausüben (unter anderem in der Sendung "Glashaus" am 8.Mai 1977).

— Im Februar setzte die schleswig-holsteinische Landesregierung durch, daß ein dafür bereits festeingeplanter NDR-Reporter nicht über die Brokdorf-Demonstration in Itzehoe berichten durfte. Ihr paßte seine kritische Berichterstattung über AKWs nicht in den Kram.

— Im März mischte sich die niederländische Landesregierung direkt in die Produktion einer Fernsehsendung über Grohnde ein und erzwang, daß außer Ministerpräsident Albrecht auch noch Innenminister Gross zu Wort kam.

— Im April forderten die CDU-Mitglieder des NDR-Verwaltungsrates die sofortige Absetzung der Fernsehserie "Der Betriebsrat", in der Arbeiter und Angestellte über ihre Rechte im Betrieb aufgeklärt werden.

— Ebenfalls im April beschwerte sich die Bundesregierung durch ihren Sprecher Bölling darüber, daß die Tagesschau einen Film über die Plädoyers der Vertrauensanwälte im Stammheim- Prozeß brachte. Bölling belehrte die Redaktion in einem Brief, daß ein Wortbeitrag genügt hätte. Jetzt weiß man bei der Tagesschau : auf den Bildschirm gehört in Zukunft nur, was der Bundesregierung genehm ist.

Das sind nur vier Beispiele von vielen. Tag für Tag versuchen die Regierungen und Parteien, den NDR als Instrument ihrer Propaganda zu mißbrauchen.

WER SICH NICHT GLEICHSCHALTEN LÄSST,
SOLL AUSGESCHALTET WERDEN

Wichtige Positionen im NDR bis hin zum Redaktionsleiter werden ohnehin schon lange nach Parteihörigkeit besetzt. Das ist anscheinend noch nicht genug: Unterstützt von einer Kampagne der Springer-Presse, rufen CDU-Politiker inzwischen ungeniert nach "Säuberung" und Berufsverboten. Und NDR-Intendant Neuffer (SPD) sieht in einem "Sparprogramm" die Streichung ganzer Programm-Teile vor: Angst um die Arbeitsplätze als weiteres Mittel zur Disziplinierung der Kollegen.

All dies hat im NDR - wie bereits in vielen gesellschaftlichen Bereichen der BRD - zu einem Klima der Einschüchterung und Selbstzensur geführt. Es besteht die Gefahr, daß der Anspruch der Hörer und Zuschauer auf eine "allgemeine, unabhängige und umfassende" Berichterstattung den Interessen und Zielen der Parteien und Regierungen geopfert wird. Diese Entwicklung führt zum totalen Staatsrundfunk.

WAS TUN ?

Wir sind ein Gruppe Hamburger Journalisten, die sich nicht damit abfinden wollen, entweder gar nicht berichten zu können oder falsch berichten zu müssen, sowie Hörer und Zuschauer, die nicht länger bereit sind, sich belügen zu lassen. Als ein Teil der Öffentlichkeit, die wahrheitsgemäße Informationen braucht, fordern wir unsere Mitbürger auf, mit uns eine BÜRGERINITIATIVE "RETTET DEN RUNDFUNK" zu gründen. Aufgabe dieser Bürgerinitiative soll es sein, durch eine eigene Öffentlichkeitsarbeit Gegendruck herzustellen, um das Recht aller Hörer, Zuschauer und Journalisten auf eine unzensierte Berichterstattung durchzusetzen und den NDR gegen die derzeit laufenden Angriffe zu verteidigen. Dazu können Sie beitragen, indem Sie bei uns mitarbeiten. Und wenn Ihnen das nicht möglich ist, können sie diese Arbeit durch ihre Unterschrift unterstützen.

Kontaktadresse: Bürgerinitiative "Rettet den Rundfunk", Glashüttenstraße 1, 2ooo Hamburg 6

ZUR ENTSTEHUNGSGESCHICHTE DES RUSSELL–SEKRETARIATS – Interview mit dem Aktionskomitee gegen Berufsverbote

Westberlin 12. Juli *Das Interview mit Mitgliedern des Aktionskomitees gegen Berufsverbote an der Freien Universität Westberlin gibt ein wenig Auskunft über die Entstehungsgeschichte des Vorläufigen Sekretariats für ein Russell-Tribunal über die Verletzung der Menschenrechte in der BRD und Auskunft zum Standpunkt des Berufsverbotskomitees zu einigen strittigen Fragen:*

F: Euch ist von Seiten des Arbeiterkampfes, der Zeitung des kommunistischen Bundes, unterstellt worden, ihr wolltet die Thematik des Tribunals auf den Punkt Berufsverbote einengen. Aus verschiedenen Veröffentlichungen habe ich entnommen, daß diese Unterstellung wohl so nicht stimmt. Kannst du versuchen, das ein bißchen zu klären?
A:Tatsache ist :wir haben weder in öffentlichen Stellungnahmen noch in der ehemaligen nationalen Initiative noch im Westberliner Unterstützungskomitee jemals vertreten, und dies ist auch nicht unsere Position, daß das Russell-Tribunal auf die Berufsverbote beschränkt sein sollte, weil wir damit die Chance, die das Tribunal bietet, für nicht ausgeschöpft halten. Ohne damit eine abschließende Aufzählung vorzunehmen, halten wir z.B. Maßnahmen, die die Einschränkung der Rechte der Verteidiger und Strafgefangenen betreffen, die sogenannten Abhör- und Lauschaktionen, die neuen Polizeigesetze, strafrechtliche Verfolgungen politischer Meinungsäußerungen, auch die Verfolgung der Gegnerinnen und Gegner des §218 für Themen, die auf dem Tribunal behandelt werden sollten.

F: Ein Punkt, der euch vorgeworfen wurde, war die Nichtbehandlung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Ist das richtig, und wenn ja, welche Gründe habt ihr dafür?
A: Was unsere Arbeit betrifft, so sehen wir natürlich den Zusammenhang zwischen Berufsverboten und Unvereinbarkeitsbeschlüssen; wir haben dazu auch eine Broschüre herausgegeben. Wir haben Fälle recherchiert und werden sie der Jury vorlegen, in denen ein Berufsverbot einen Gewerkschaftsausschluß nach sich zieht und umgekehrt. Wir sind allerdings der Ansicht, daß wir diese unsere Einschätzung, die auch die Einschätzung erheblicher Teile der Linken ist, nicht dadurch anderen Gruppierung aufzwingen dürfen, indem wir die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu einer gemeinsam vom Unterstützungskomitee behandelten Thematik festschreiben.
Jeder der länger in der Anti-Repressionsbewegung arbeitet und hier mit breiteren Bündnissen gearbeitet hat, weiß, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ein Thema sind, bei dem sich ein Bündnis mit z.B. DKP/SEW, Jusos nicht herstellen läßt. Wer die Unvereinbarkeitsbeschlüsse trotzdem zur Voraussetzung einer gemeinsamen Arbeit in puncto staatlicher Repression machen will, ist entweder naiv oder zeigt damit, daß ihm letzten Endes an einem breiten Bündnis nicht gelegen ist.

F: Haltet ihr es überhaupt für möglich, zum Russell-Tribunal ein Bündnis mit nicht-linken Kräften herzustellen?
A: Ja, wir halten dies für möglich, wenn wir bemüht sind, eine gemeinsame Arbeit zu denjenigen Punkten zu leisten, andenen unseres Erachtens eine Interessenidentität zwischen sozialistischen und nicht-sozialistischen Demokraten besteht (wir halten dies für möglich zu den unter Frage eins genannten Punkten). Für uns besteht die Chance, die das Russell-Tribunal bietet, nicht darin, umfassend kapitalistische Wirklichkeit darzustellen. Sie besteht vielmehr darin, an den Punkten, bei denen dieser Staat offensichtlich die sich selbst gesetzten Grundsätze verletzt, ein breites Bündnis und eine breite Öffentlichkeit herzustellen, die zusammen es möglich machen, exemplarisch in einigen Bereichen der politischen Repression Erfolge zu erreichen. Oder: den Preis für die Repressionspolitik so hoch zu setzen, daß die BRD-Regierung zum Zurückweichen gezwungen werden kann.

F:Da ihr die zu behandelnde Thematik selbst als exemplarisch bezeichnet habt: versprecht ihr euch Konsequenzen über dieses Thema hinaus?
A: Ja, weil ein Zurückdrängen in bestimmten Bereichen der Repression zum einen bedeutet, wieder mehr Bewegungsfreiheit für sozialistische oder auch nur für eine auf Veränderung zielende Politik zu erlangen. Zum anderen, weil eine Verurteilung der Bundesrepublik in exemplarischen Fragen zurückwirken würde auf das gesellschaftliche Klima, innerhalb dessen die politische Repression überhaupt nur betrieben werden konnte.

F: Euch ist vorgeworfen worden, das von der Foundation eingesetzte vorläufige Sekretariat sei durch eure Mauschelei zustande gekommen. Wie sah die „Mauschelei" aus?
A: Zunächst einmal: das Vorläufige Sekretariat heißt vorläufiges nicht, weil es ein quasi provisorisches oder abberufbares wäre. Bei allen Russell-Tribunalen wurde von der Foundation ein Vorläufiges Sekretariat eingerichtet, da nur die Jury selber sich ihr endgültiges Sekretariat geben kann.
Nun zu der angeblichen Mauschelei. Die Situation war die, daß die Russell-Foundation außerordentlich unzufrieden war mit dem Stand der Vorbereitungen, mit der Arbeit der Nationalen Initiative und da insbesondere mit dem nationalen Aufruf. Wir haben etwa anfang April unsere 7-Punkte-Erklärung herausgegeben (die im Wesentlichen die oben dargestellten Positionen kurz widergibt), die wir unter anderem der Russell-Foundation zugesandt haben. Daraufhin rief ein Vertreter der Russell-Foundation bei uns an mit der Bitte um Anberaumung eines Treffens, auf dem wir und weitere demokratische Kräfte vertreten sein soll-
Von Seiten der Foundation bestand ausdrücklich nicht der Wunsch, zu diesem Treffen die Organisationen heranzuziehen, mit deren Arbeit sie ja gerade nicht zufrieden gewesen waren. Das Treffen war sehr kurzfristig anberaumt worden. Es gelang uns noch, Vertreter bzw. Vertreterinnen der Humanistischen Union, der ESG, des Komitees zur Verteidigung demokratischer Grundrechte und einer ÖTV-Arbeitsgruppe gegen Berufsverbote hinzuzuziehen. Der Vertreter der Foundation berichtete, daß die Foundation in unserer 7-Punkte-Erklärung einen Weg zur Weiterarbeit sähe. Im übrigen forderte er die vertretenen Gruppen auf, eventuell in Frage kommende Vertreter für das Sekretariat zu benennen. Aus diesen Vorschlägen heraus setzte dann die Foundation einige Zeit später das Sekretariat ein.
F:Wie sieht das mit der Funktion des Sekretariats aus; hat es z.B. eine Auswahl- oder schärfer Zensurfunktion?
A: Das Sekretariat ist der Vertreter der Foundation in der Bundesrepublik. Es wird und muß dafür sorgen, daß die erforderlichen Geldsummen gesammelt werden, daß gut recherchiertes Material zur Verfügung gestellt wird, daß die Jury tagen und untergebracht werden kann usw. Es wird weiterhin ab jetzt alle Kontakte und Korrespondenz für die Foundation wahrnehmen. Das Sekretariat hat kein Zensurrecht. Die Sekretäre haben auch mehrfach öffentlich erklärt (z.B. auf der Göttinger Arbeitskonferenz), daß sie alles Material entgegennehmen und an die Jury weiterleiten werden. Erst die Jury selbst wird auf ihren ersten nichtöffentlichen Sitzungen vermutlich im Herbst das Material sichten, um sich dann die Bereiche herauszusuchen, die ihr anklagewürdig erscheinen.

F: Wie habt ihr euch zu der Göttinger Tagung gestellt?
A: Aufgrund der Einladung zu dem Treffen waren wir der Ansicht, daß es sich bei der Göttinger Tagung um eine „Kampfveranstaltung" gegen das Vorläufige Sekretariat handeln würde, und haben mit der Mehrheit der Westberliner Unterstützer eine Teilnahme abgelehnt. Dieser Eindruck ist uns im Nachhinein voll bestätigt worden. Die dort verabschiedete Resolution gegen das Sekretariat bedeutet in unseren Augen in der Tendenz eine Spaltung der Unterstützungsbewegung. Das ist allenfalls insofern nicht so schwerwiegend, als dort überwiegend kleinere Anti-Repressionsgruppen (neben dem KB) vertreten waren, die nicht annähernd das Spektrum des Widerstandes repräsentie-

ren. So war z.B. unseres Wissens kein einziges Berufsverbotskomitee vertreten. Bedauerlich war allerdings, daß auch drei oder vier lokale Unterstützungskomitees offenbar den Diffamierun gen gegen das Sekretariat auf den Leim gegangen sind. Das Westberliner Unterstützungskomitee hat in seiner übergroßen Mehrheit (15 Gruppen gegen die Stimmen KB/SSB, Weiberplenum, der Antifa-Gruppe und der Landeskommission der GEW-Berlin) dem Sekretariat das Vertrauen ausgesprochen.



ARBEITSGERICHT GIBT GEFEUERTER BETRIEBSRÄTIN RECHT

BRAUN LEGT BERUFUNG EIN

FRANKFURT 13. Juli Die fristlose Entlassung der Betriebsrätin Maria Sehring-Jüsten durch die Firma Braun AG (Frankfurt/Kronberg) ist vom Frankfurter Arbeitsgericht zurückgewiesen worden.
Anna Maria Sehring-Jüsten war zusammen mit ihrer Kollegin Brigitte Heidt wegen angeblich schuldhafter und schwerwiegender Pflichtverletzung am 13. Juni fristlos entlassen worden. Anlaß war eine persönliche Stellungnahme (Flugblatt) der Beiden, in der sie die Kollegen darüber informierten, daß der Betriebsrat ihre Forderung nach Übersetzungen auf der Betriebsratsversammlung für die ausländischen Kollegen abgelehnt hatte.

Am 29. Juni ging es vor dem Arbeitsgericht um eine einstweilige Verfügung auf vorläufige Weiterbeschäftigung. Dazu muß man sagen, daß diese nur dann eingeräumt werden kann, wenn mit allergrößter Wahrscheinlichkeit im Hauptverfahren, dem Hauptsachenverfahren wie es heißt, ein ähnlicher Beschluß ergeht. Dieser einstweiligen Verfügung wurde stattgegeben mit der Begründung, dem Interesse von Maria Sehring-Jüsten, ihren Anspruch auf tatsächliche Beschäftigung nicht durch Zeitablauf endgültig verlustig zu gehen, das durch das Betriebsratsamt besonderes Gewicht habe, stünden keine schwerwiegenden Interessen der Braun AG gegenüber. Die Kündigung der Braun AG beruhe auf Gründen (Flugblatt), die für die Rechtfertigung einer außerordentlichen Kündigung nicht in Betracht kämen, da sie zur Betriebsratssphäre gehörten und keine arbeitsrechtlichen Pflichten verletzten. Diese Gründe wären höchstens Gegenstand eines Ausschlußverfahrens. Die Kündigung vom 13. Juni sei nach Stand des einstweiligen Verfügungsverfahrens ganz offensichtlich rechtsunwirksam. So bestehe der Beschäftigungsanspruch von Anna Maria Sehring-Jüsten auch nach Ausspruch der außerordentlichen Kündigung und während des Laufs des Kündigungsrechtsstreites weiter. Die Kosten des Verfahrens habe die Braun AG zu tragen.

Dieser Rechtsauffassung schloß sich die Kammer auch im Hauptsacheverfahren am 6. Juli an.

Für Anna Maria Sehring-Jüsten hieß dies konkret, daß sie nach Erlaß der Verfügung auf vorläufige Weiterbeschäftigung drei Tage im Betrieb arbeiten konnte. Dann legte die Firma Braun gegen die Verfügung Beschwerde und später gegen den Spruch im Hauptsachenverfahren Berufung ein, was bedeutete, daß die Betriebsrätin aufgrund dieses neuen rechtlichen Schwebezustandes den Betrieb wieder verlassen mußte.

INDUSTRIEANSIEDLUNGSPOLITIK:

RUHRPOTT AM JADEBUSEN

Wilhelmshaven 14. Juli *Am Jadebusen bei Wilhelmshaven soll eines der größten bundesdeutschen Industrieansiedlungsprojekte durchgeboxt werden. Davon und der Rolle der etablierten Medien bei der Vorbereitung und Durchsetzung dieses Projekts sowie von den Schwierigkeiten des Widerstandes dagegen handelt der folgende Artikel eines Lüneburger Genossen.*

Die Wilhelmshavener Zeitung (WZ) ist fest in den Händen jener Partei, der viele Zeitungen hörig sind: Verleger, Herausgeber, Chefredakteure und einige Redakteure sind CDU-Mitglieder. Im Hinblick auf die Zensurmaßnahmen der WZ sollte man das im Kopf behalten.

Das NDR-Fernsehen hat vor, in Koproduktion mit dem Zuschauer eine Sendung über die Industrieansiedlung in Wilhel helmshaven zu produzieren. Zu diesem Zweck hat der Sender in Wilhelmshaven ein Postfach eröffnet, um „den Bürgern Gelegenheit zu geben, ihr Interesse zu formulieren - sich selbst also zur Sprache zu bringen." (Zitat: NDR). Dann versuchte er mit einer Anzeige in der WZ dies publik zu machen. Sie wurde ohne Angaben von Gründen abgelehnt.
Nun kann man nur noch vermuten: 1. Wie alle kommerziellen Zeitungen wird die WZ vorrangig das Interesse der Anzeigenkunden verfolgen. Das sind die Gewerbe- und Industriebetriebe, die eine kritische Sendung über Industrieansiedlung in Wilhelmshaven unterbinden möchten. 2. In Norddeutschland ist seit kurzem ein harter Kampf zwischen CDU und NDR entbrannt. Die Ablehnung der Anzeige kann als Schauplatz dieses Kampfes gewertet werden.
„Ausgangspunkt der vom NDR geplanten Sendung (Titel: „Es geht um: Wilhelmshaven", Termin 29.9., 21-21.45 Uhr; 3. Programm NDR/RB/SFB) war die Veröffentlichung der Absicht, den britischen Chemiekonzern ICI („Imperal Chemical Industries") an die Jadeküste zu holen. Es ist die Rede von neu en Arbeitsplätzen und modernem Ruhrpott, von unterschiedlichen Interessen und gefährlichem Gift" (Zitat: NDR).
Die ICI zieht zur Zeit mit Werbeveranstaltungen durch die Dörfer rund um Wilhelmshaven. Auf diesen Veranstaltungen wird das Werk von einheimischen Politikern vorgestellt, die den Segen weiterer Industrieansiedlung in Wilhelmshaven preisen. Ein schrecklich inkompetenter Mensch von ICI beantwortet dann Fragen aus dem Publikum. Da er etwas redegewandter ist als die meisten Einheimischen, kann er sie ziemlich leicht in Grund und Boden reden. Hört man ihm jedoch genauer zu, stellt man fest, daß er nichts konkretes aussagt. Außer der Beschäftigtenzahl von 500 (korrekt: 460) gibt er keine eindeutigen Angaben Er scheint noch nicht einmal zu wissen, was dort produziert werden soll. Erst nach vielen Fragen wird klar, daß dort u.a. PVC-Granulat hergestellt werden soll.

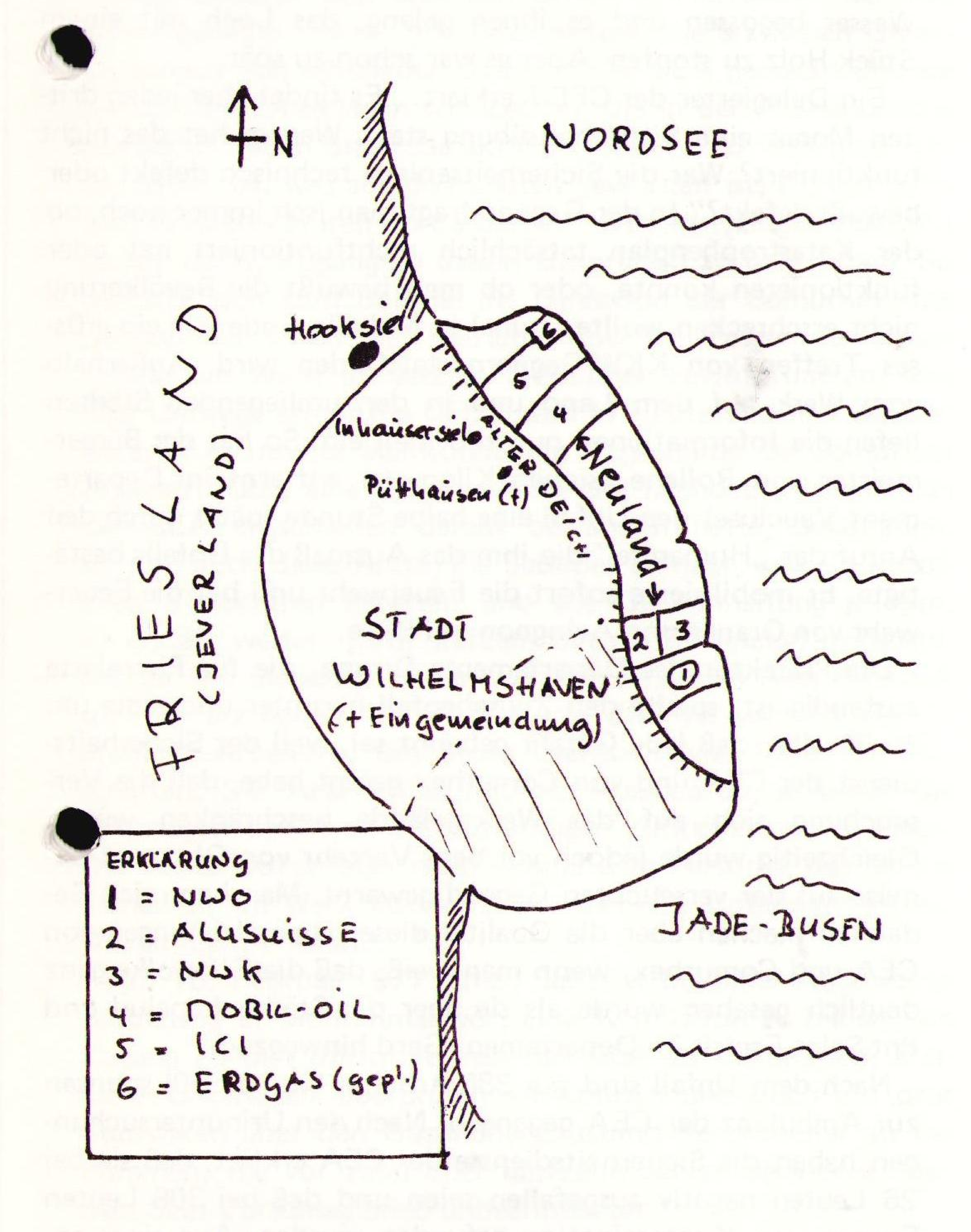
Die Ansiedlung der ICI läuft im Rahmen eines grösseren Industrieansiedlungsprogramms der Stadt. Um der Arbeitslosigkeit Herr zu werden, versucht Wilhelmshaven mit allen Kräften, größere Betriebe in die Stadt zu holen. Ursache der Arbeitslosigkeit war die Schließung der Marinewerften nach dem Krieg, wo in Spitzenzeiten bis zu 35.000 Leute beschäftigt waren. Zwar sind inzwischen etliche Betriebe dort angesiedelt (Olympia-Büromaschinen, Krupp-Ardelt), aber all das reichte nicht aus. So wurden nach dem Krieg bis zum Beginn der 70er Jahre östlich der Stadt vor dem Deich neue Flächen aufgespült (Heppenser-, Rüstersieler- Voslapper Groden) um dort Betriebe heimisch zu machen. Angesiedelt haben sich dort nun:

- die nordwestdeutschen Ölwerke (NWO) in den 60er Jahren
- das Chemiewerk Alusuisse anfang der 70er Jahre
- die Mobil-Oil Raffinerie (1974)
- die NWK mit einem Kohlekraftwerk (1976)

und demnächst:

- die ICI
- eventuell ein Erdgas-Terminal

Alusuisse war nach der NWO der zweite Betrieb, der dort ansiedelte. Es wird dort Natronlauge und Chlor produziert, die aus Salz gewonnen werden. Beim Produktionsprozeß werden enorme Mengen Quecksilber benötigt, die zu einem geringen Teil nicht mehr zurückgewonnen werden können und somit ins Jadewasser gelangen. Schon bei der Ansiedlung ging nicht alles mit rechten Dingen zu. Die Stadt Wilhelmshaven verheimlichte dies zunächst und zitierte nach Anfragen dann 23 Gutachten von diversen Instituten, die die Ungefährlichkeit der Anlage bestätigten. Wie sich später herausstellte, haben die jedoch nie Gutachten zur Industrieansiedlung dort abgegeben. Alusuisse plante zunächst drei Ausbaustufen des Werks. Kurz nachdem die erste jedoch mit der Produktion gbegonnen hatte, kam es zu einem Chlorgasausbruch, durch den der benachbarte Stadtteil Rüstersiel (200 Meter entfernt) in Mitleidenschaft gezogen wurde. Dort gab es etwa 100 Schadensfälle und 70 verletzte Personen. Der Schadensersatzprozeß, von den Bürgern begonnen, führte auch in der ersten Instanz zum Erfolg. In der zweiten Instanz allerdings gewann Alusuisse, nachdem Bilder aus Prozeßakten verschwunden waren und die Werksleitung die Ausbrüche rundweg abstritt. Bis 1974 - in drei Produktionsjahren - gab es weitere 50 Chlorgasausbrüche!



Aufgrund dieses Geschehens bildete sich eine Bürger-Initiative („Die Bürgerschaft"), die nach harter Arbeit in den Stadtrat gewählt wurde und 1976 8,8 Prozent der Stimmen erhielt, das sind vier von 47 Sitzen. Nachfolgende Industrieansiedlungen wurden von Vertretern der Bürgerschaft in Zusammenarbeit mit dem Rat der Stadt (SPD) mit erheblichen Umweltschutzauflagen versehen. Unter anderem konnte bei Bekanntwerden der Baupläne von NWK und Mobil -5.000 Unterschriften zur Durchsetzung der Forderungen gesammelt werden. Als Mobil-Oil kam, waren aber für die Bevölkerung die Umweltschutzbedingungen nicht das entscheidende. Um nämlich den Bedingungen des Lärmschutzes zu genügen, kaufte Mobil Gelände im Deichhinterland, das nicht nur landwirtschaftlich genutzt war, sondern auf dem auch noch ein Dorf lag. Das Dorf Pütthausen wurde dem Erdboden gleichgemacht, die Bewohner ausgesiedelt und entschädigt. Das Land lag dann brach und sollte plötzlich wieder der Viehhaltung zugänglich gemacht werden. Allerdings sind zur Zeit keine Bauern bereit, ihr Vieh dort zu halten. Aus der Ansiedlung der Raffinerie hat sich für das in der Nähe liegende Dorf Inhausersiel ein kommunalpolitischer Arschtritt ergeben. Aus Protest gegen die von der SPD betriebene Raffinierieansiedlung wählten die Inhausersieler (und andere) CDU-Vertreter in den Stadtrat. Diese CDU-Menschen forcieren aber jetzt die Ansiedlung der ICI. Das wird für Inhausersiel zur Folge haben, daß der Ort der Schutzzone für dieses Werk weichen muß und ebenfalls dem Erdboiden gleichgemacht wird. Zwar ist über den Produktionsbeginn der ICI noch nicht entschieden, da aber kaum noch Widerstand gegen das Werk besteht, ist damit zu rechnen, daß es im nächsten Jahr losgeht.

Auch die Kraftwerkspläne der NWK wurden mit Auflagen versehen. So mußte dort, trotz Widerstand der NWK („entspricht nicht dem Stand der Technik") eine Rauchgasentschwefelungsanlage installiert werden, deren Kosten sich gemeinsam mit anderen Kosten für Umweltschutz auf 25% der Gesamtinvestitionssumme beliefen. NWK und Mobil bauten ihre Schornsteine dazu „freiwillig" 120 Meter höher als geboten, also 270 Meter hoch.

All dies gibt den Hintergrund für die vom NDR geplante Sendung. Durchaus ein lehrreiches Beispiel für andere Industrieansiedlungen (z.B. an der Unterelbe oder in Emden), bei denen intaktes Land mit aller Gewalt industrieller Nutzung zugeführt wird, obwohl die Bevölkerung nur Schaden davon hat. Wilhelmshaven zum Beispiel hat nur 4% mehr Arbeitsplätze ent erhalten und immer noch eine Arbeitslosenquote von sieben Prozent. Die Jade ist nun eines der quecksilberhaltigsten Gewässer Europas – zum Schaden der benachbarten Nordseebäder die vermutlich dann sowieso aufhören zu existieren, wenn der erste Großtanker vor Wilhelmshaven zerbricht....

ID - BIBLIOGRAPHIE - ID - BIBLIOGRAPHIE

sinn und zweck dieser einrichtung wurden im letzten ID skizziert.jetzt geht es mit den neu erscheinenden büchern der linken verlage nach und nach weiter - wie es gerade kommt...

Karin Kramer Verlag, Berlin

* Die Herren und die neue n Geschöpfe, Jim Morrison. Texte und Gedichtre des 'Doors'-Sängers und Rock-Poeten zu Film,Sehen,Alchemie und Magie. Hrsg.,übers. und eingeleitet von Reinhard Fischer und Werner Reimann; 12,80. (Die amerikanischen Originalausgaben erschienen erstmals 1969 und 70)
* Bakunin Studien, Josef Pfitzner. (Erstausgabe 1932)

Edition Nautilus, Verlag Lutz Schulenburg, Hamburg
(hieß bis vor Kurzem: MaD Verlag)

* Der neue Büchmann, Dominikus Grosshirn, aus dem Wortschwatz einer Klassikergesellschaft; 5,80 - schöne, kalauernde Aphorismen, Anti Zitatenschatz. "Nichts hat sich geändert,höchstens,daß man es nicht sagen darf" (Karl Kraus)
* Thesen über die chinesische Revolution, Cayo Brendel, 5,80 - Manager und Parteibürokraten im Kampf um die Macht.Erstmals erschienen 1967 aus dem Kreis der 'Gruppe Internationaler Räte Kommunisten'
* Den Taten auf der Spur, Thorwald Proll, Gedichte und Prollagen, 4,80;-
* Situationistische Internationale. Über das Elend im Studentenmilieu betrachtet unter seinen ökonomischen, politischen, sexuellen und besonders intellektuellen Aspekten und über einige Mittel, diesem Abzuhelfen. Historisch - kritische Ausgabe, 5,80 – Ein Pamphlet aus der Frühzeit der Rebellion,1966
* Situationistische Internationale, Bd. 2.Gesammelte Ausgaben des Organs der Situationistischen Internationale 1958-1969. 29,00;-- Beide Bände komplett 45.00.

KKW-LITERATUR

* Es gibt eine umfangreiche neueste Auflistung von rezensierten Buchtiteln zum Thema Kernkraftwerke. Die Liste umfaßt die Themenbereiche:
KKW-Technik
Bürgerinitiativen
Ökologie — Theorie
Umweltschutz
Politische Ökonomie und KKW's
Postkarten, Poster und Schallplatten
Zusätzlich ist ein Interview mit Murray Bookchin nachgedruckt.
Diese Liste ist erhältlich gegen 1,— DM Rückporto bei:

Willi Münzenberg, Buchversand GmbH, Bergstr. 1, 2900 Oldenburg.

INTERNATIONALES

UNFALL IN WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE

Pierrelatte 1. Juli

Der Unfall, der sich am 1. Juli in der Wiederaufbereitungsanlage von Pierrelatte (im Departement Drome) ereignet hat und bei dem sieben Tonnen des Gases Uran-Hexafluorid (UF 6) freigesetzt wurden, ist kein Zufall. Dies erklärte die Gewerkschaft CFDT der Firma Comurhex bei einer Pressekonferenz in Pierrelatte. Auch wenn der Unfall, der auf dem größten Nukleargelände Europas geschehen ist, keine tötlichen Folgen gehabt hat, steht nach Meinung der Gewerkschaft CFDT fest, daß die „Direktion die Gründe und Risiken herunterspielen will."

Seit der Einrichtung der CEA (Kommission für Atomenergie) im Jahre 1959 lebt die Stadt Pierrelatte von der Atomenergie. Mehr als 6 000 Leute arbeiten in ihr: 2.500 bei der CEA, 272 bei der Comurhex (Gesellschaft für die Verarbeitung von Uran in Metall und Hexafluorid), etwa 2.000 in den Werken der Eurodif, die für ganz Europa angereichertes Uran herstellen wird und 1.500 beim geplanten KKW im Tricastin (4 x 900 MW).

Der Unfall ereignete sich bei der Comurhex, einer Tochtergesellschaft von Pechiney Ugine Kullmann, einer der fünf Firmen in der Welt, die auf die Verarbeitung von Uran in Hexafluorid spezialisiert sind. Nach Meinung der Gewerkschaft CFDT ist die Verantwortung für den Unfall nicht so sehr im menschlichen Versagen zu suchen, wie man glauben machen will, als auf die Direktion, die seit Jahren elementare Vorsichtsmaßnahmen nicht beachtet. Die CFDT hat schon vier mal solche Fehler der Direktion aufgedeckt. Sogar am Tag vor dem Unfall hatte sie die Präfektur des Departement Drome benachrichtigt, daß 28 Bestimmungen des Sicherheitsplanes nicht eingehalten werden.

Was ist am 1. Juli geschehen ? Ein Aushilfsarbeiter, der erst seit 8 Tagen im Betrieb arbeitete, entnahm im Freien auf dem Werksgelände eine Probe des flüssigen UF 6 aus einem Container. Er unterbrach den Vorgang bei der Mittagspause, drehte den Hahn zu, ließ aber die Anlage für die Entnahme der Probe an den Container angeschlossen. Gegen 14 Uhr transportierte eine Gruppe von Arbeitern den Container mit Hilfe eines Gabelstablers weg. Dann brach die Leitung, die den Container mit der Anlage für die Probeentnahme verband. Dadurch entstand ein Loch von 30 mm Durchmesser, aus dem das UF 6 herausströmte, das in Kontakt mit Luft zu Gas wird. Zum Glück blieb ein Teil der sieben Tonnen UF 6, die aus dem Container ausströmten, und darin enthaltene 4,8 Tonnen angereichertes Uran auf dem Werksgelände zurück. Der Rest bildete mit dem Fluor einen dicken Nebel, der vom Mistral in Richtung Süden über das Gelände der Eurpdof und des KKW in Tricastin, wo gerade viele Arbeiter arbeiteten, hinweggetrieben wurde.

„Wenn dieser Vorgang, wie nach den Betsimmungen erforderlich, in einem geschlossenen Gebäude stattgefunden hätte, hätte es keinen solchen Unfall gegeben," erklärt die CFDT Comurex. Das UF 6 wäre sofort wieder eingeschlossen gewesen und hätte sich kristalisiert. „Dazu kommt, daß die Direktion der Comurex immer mehr Aushilfskräfte beschäftigt (zur Zeit 167 von 171 Beschäftigten)." Nach Meinung der CFDT haben diese Arbeiter keine Ausbildung und verfügen über keine Informationen.

Nach dem Unall geriet das Personal in Panik. „Man sah nicht weiter als zwei Meter", erzählte ein Arbeiter. „Jeder rannte in irgendeine Richtung." Es wurde kein Alarm gegeben: keine Sirene, obwohl es in jedem Gebäude eine gibt, keine Anweisungen von den Ingenieuren und Abteilungschefs, nichts außer einem panischen Schrei: „Schnell evakuieren!" „Man hatte den Eindruck, daß sie erwarteten, daß alles explodiert", erzählte ein weiterer Augenzeuge. Die einzige Initiative war, daß nach einigen Minuten Ratlosigkeit zwei Arbeiter den Container mit Wasser begossen und es ihnen gelang, das Loch mit einem Stück Holz zu stopfen. Aber es war schon zu spät.

Ein Delegierter der CFDT erklärt: „Es findet aber jeden dritten Monat eine Sicherheitsübung statt. Warum hat das nicht funktioniert? War die Sicherheitsanlage technisch defekt oder bewußt defekt?" In der Gegend fragt man isch immer noch, ob der Katastrophenplan tatsächlich nichtfuntioniert hat oder funktionieren konnte, oder ob man bewußt die Bevölkerung nicht erschrecken wollte, zumal in Malville Ende Juli ein grOsses Treffen von KKW-Gegnern stattfinden wird. Außerhalb vom Werk auf dem Land und in den umliegenden Städten liefen die Informationen nur informell ein. So hat der Bürgermeister von Bollene (sieben Kilometer entfernt im Departement Vaucluse) den Unfall eine halbe Stunde später durch den Anruf der „Humanite" die ihm das Ausmaß des Unfalls bestätigte. Er mobilisierte sofort die Feuerwehr und bat die Feuerwehr von Orange und Avingnon um Hilfe.

Die Präfektur des Departements Drome, die für Pierrelatte zuständig ist, spielte den Zwischenfall herunter und sagte um 19.00 Uhr, daß jede Gefahr gebannt sei, weil der Sicherheitsdienst der CEA und von Comurhex gesagt habe, daß die Verseuchung sich auf das Werksgelände beschränken würde. Gleichzeitig wurde jedoch vor dem Verzehr von Obst und Gemüse aus der verseuchten Gegend gewarnt. Man kann sich Gedanken machen über die Qualität dieser Dienstleistungen von CEA und Comurhex, wenn man weiß, daß die Giftwolke ganz deutlich gesehen wurde als sie über die Städte Lapalud und Pnt-Saint-Espirit im Departement Gard hinwegzog.

Nach dem Unfall sind nur 380 Arbeiter (von 6.000) spontan zur Ambulanz der CEA gegangen. Nach den Urinuntersuchungen haben die Sicherheitsdienste der CEA erklärt, daß sie bei 26 Leuten negativ ausgefallen seien und daß bei 308 Leuten Spuren von Kontamination gefunden wurden. Aus einer anderen Quelle verlautete, daß 9 Arbeiter vorsorglich ärztlich behandelt werden.

Inzwischen hat die Direktion der Comurhex angefangen, das Werk säubern zu lassen. Arbeiter graben den Boden 25 meter tief weg und die Erde wird in Fässer gefüllt. Die Gebäude werden mit Watte geputzt, die einen Stoff enthält, den das Personal nicht kennt. Eine Frage, die sich jedem stellt: Was wird aus den Fässern? Wo werden sie landen? Mehrere Ökologie-Gruppen der Departements Drome und Caucluse haben gegen die Direktion der Comurhex Klage erhoben. Diese Klagen wurden zurst von der Gendamerie abgelehnt und endlich am Donnerstag, den 7. Juli zugelassen. In den Klagen weisen sie unter anderem daraufhin, daß die Direktion der Comurhex keine Auskünfte geben will. Weiter erklären sie,

daß die Feuerwehr und die Polizisten, die über den Unfall schlecht informiert worden sind, ohne besondere Ausrüstung an den Unfallort gekommen sind und daß die Geräte nicht funktionierten. Diese Ökologie-Gruppen wollten am Samstag, den 9. Juli, demonstrieren, haben aber darauf verzichtet, weil man sich mit den Gewerkschaften und Abgeordneten der Region nicht einigen konnte.

Die Departements Drome, Vaucluse, Ardeche und Gard sind von einer gefährlichen Zukunft bedroht: dem Atom. Außer den schon bestehenden Anlagen in Marcoule (Departement Gard) und dem Kernforschungszentrum in Romais und Pierrelatte existieren noch weitere Projekte: Kernenergieanlagen sollen auch in St. Etienne-des-Sorts im Gard, in Cruas-Meysse in der Ardeche und Romans gebaut werden. Die Leute der Gegend organisieren sich allmählich gegen die Atomenergie. 1975 entstand in Montelimar der Verein „Überleben und Umwelt", initiiert vom Ehepaar Sabatier, die am Anfang Informationen bei Wissenschaftlern eingeholt haben, besonders beim berühmten Anti-KKW-Professor Philippe Le Breton in Lille und die sie weiterverbreiteten. Eine Koordinierung aller Anti-KKW-Komitees des Rhonetals trifft sich jeden Montag im Rathaus von Le Teil.

Yvon Sabatier sagt über den Unfall in Pierrelatte, wo alles geheimgehalten wird: „Bis jetzt werden die ärztlichen Untersuchungen von offiziellen Diensten der CEA gemacht und sie besitzt viele Unterlagen von Leuten, die in der Atomindustrie gearbeitet haben und radioaktiv verseucht sind. Was man wissen sollte, ist, was aus den Leuten geworden ist, die seit zehn oder fünfzehn Jahren dort arbeiten." Die Schwierigkeit besteht gerade darin, Zugang zu diesen Unterlagen zu bekommen. So weigerte sich zum Beispiel die Direktion der Comurhex, die Sektion der CFDT des Betriebes über die Folgen der ersten Unfälle im Werk im letzten Dezember zu informieren. Nur über Umwege erfuhr die CFDT, daß 17 Leuteverseucht worden waren. Ein anderes Mal konnte ein Angestellter der Comurhex Auskünfte über eine Untersuchung erst nachdem er beim Arzt der CEA entschieden darauf bestanden hatte, bekommen. Es sind auch diese Ärzte, die Sabatier anklagt, weil sie in solchen STrukturen arbeiten und die Geheimhaltung pflegen. Er erklärt weiter: „Vor kurzem bat ein Belegschaftsmitglied, das für die Sicherheit verantwortlich ist, einen Arzt der CEA um die ärztlichen Unterlagen von drei verseuchten berufskranken Arbeitern, um ihnen eventuell eine Rente zu verschaffen. Der Arzt lehnte mit der Ausrede ab, er würde die Unterlagen direkt an die zuständigen Amtsärzte weiterleiten. Die Ärzte wollen also nicht einmal dem Personal, das für die Sicherheit im Werk zuständig ist, ärztliche Unterlagen geben. Das ist nicht normal. . . "

Am 16. Februar 1977 schlug Sabatier bei einer Abgeordnetensitzung in Montelimar vor, eine KOmission zu bilden, um Zugang zu den Informationen der CEA zu bekommen, ärztliche Unterlagen überprüfen zu können und auch ein paar Statistiken über den Gesundheitszustand der Arbeiter zu bekommen, die vor zehn oder fünfzehn Jahren verseucht wurden. Sein Vorschlag blieb unbeantwortet.

Ihrerseits wollen einige Ärzte des Rhonetals einen Verein gründen, um die Fragen der gesundheitlichen Folgen der Atomindustrie zu untersuchen. Sabatier geht weiter: Auch wenn er denkt, daß die Bewohner der Gegend die Atomgefahr bewußter erleben, weiß er, daß es bei den Leuten, die in der Atomindustrie selbst arbeiten, nicht so aussieht. Er meint, daß viele Arbeiter der Atomindustrie ihren Gesundheitszustand und die Symptome, die bei den Untersuchungen herauskommen könnten, lieber verbergen. Der Grund dafür ist, daß sie sofort dequalifiziert und einige Prämien verlieren würden. Deshalb wird bei den Untersuchungen gemogelt. „Die Arbeiter tragen zum Beispiel ein Meßgerät für die Radioaktivität an ihrem Arbeitskittel. Dieses Gerät wird jeden Monat an eine Firma geschickt, die die Strahlenwerte analysiert. Ein Trick besteht darin, das Meßgerät 24 Stunden später hinzuschicken, wodurch die Werte niedriger ausfallen. Der Arbeiter bleibt dann in seiner Abteilung. Jeder Arbeiter bekommt auch eine Flasche, die er am nächsten Morgen mit Urin gefüllt zurückbringen muß. Er wird aber nicht gefragt, ob das wirklich sein Urin ist. Dabei ist es für niemand in der Region mehr ein Geheimnis, daß einige den Urin ihrer Kinder abgeben. Zu viele spielen allmählich mit ihrer Gesundheit, weil sie die Prämie nicht verlieren wollen. Die Behörden tun natürlich so, als ob sie über diese Praktiken nichts wüßten."

Die Darstellung des Unfalls in den Medien zeigt, daß von der verantwortlichen Seiten, den staatlichen Rundfunkanstalten, eine systematische Verharmlosung betrieben wird.

nach: Liberation)

EDDIE MERCKX IST IN ORDNUNG, OK? oder: STREIKDROHUNG BEI TOUR DE FRANCE

Normandie
11. Juli

Dieses Jahr fahren sie langsam, die Jungs auf den Stahlrossen. Ob langsam oder schnell – ihr Geld verdienen sie so oder so. Manche finden das lustig, andere ärgern sich. Der Holländer Gerben Karstens, Team - Kollege unseres großen Volkshelden Didi des Dämonen, macht auch gerne Witze. Als das Feld vor wenigen Tagen langsam durch die Landschaft radelte, um vom Straßenrand ausgiebiger bewundert werden zu können, zog Karstens einen Spurt an und setzte sich vom Feld ab, um einige hundert Meter weiter vom Rad zu steigen und seine Kollegen mit lachendem Gesicht anzuhalten. Für diese Einlage kriegte Karstens umgehend eine Zeitstrafe, den Abzug von fünf Minuten. Was tat Mannschaftskollege Didi? Nichts!
Dafür war Eddie Merckx schnell bei der Sache: er drohte mit Streik, wenn die Strafe nicht zurückgezogen würde, weil er meine, alles habe keinen Sinn, wenn man bei der Tour keine Witze mehr machen dürfe.
Die Rennleitung zog die Strafe zurück. "Solidarität hilft siegen!"

BOMBENATTENTAT GEGEN DEN GENERALDIREKTOR DER EDF (ELECTRICITE DE FRANCE)

LIBE
9./10.Juli77

In der Nacht vom 8. auf den 9. Juli ist in Paris ein Attentat verübt worden auf die Wohnung vom Generaldirektor der EDF, Boiteux. Er befand sich um die Zeit mit seiner Frau und seiner Tochter in der Wohnung, wo es jedoch keine Verletzten gab, aber sehr viel Sachschaden, auch in den umliegenden Wohnungen.

Für das Attentat erklärt sich die Gruppe CACCA verantwortlich:
CACCA ist die Abkürzung für „Aktionskomitee gegen die Atomschurken." Sie erklärt zu dem Anschlag: „ Jeder kann CACCA sein. CACCA hat keinen Chef. CACCA schließt die Nicht-Gewalt nicht aus. CACCA wird nicht manipuliert. CACCA sein heißt, Feder und/oder Waffen zu gebrauchen wissen. CACCA ist kein Selbstzweck. CACCA arbeitet für eine freiheitliche Welt. CACCA hat gerade die Vorspeise serviert. Gehen wir alle in den Widerstand. Angesichts der Hartnäckigkeit der EDF in ihrem Antidemokratismus, angesichts der Verachtung, mit der die

Politschurken das Leben der Leute behandeln, angesichts der Nukleargefahr (ein Millionstel Gramm Plutonium tötet einen Menschen) angesichts des „Technofaschismus", der von so einem Projekt hervorgerufen wird. Wir klagen all diese Unverantwortlichen des geplanten Mordes an. Wir sind entschlossen, mit allen Mitteln unsere Zerstörung durch diese Kranken, die uns regieren, zu verhindern." So lautet das Kommunique, das Libe gestern (8.7.) von einem Mitglied des CACCA telefonisch bekam.

Ein Attentat also, wobei der Generaldirektor der EDF behauptet, daß er „nichts wisse" und „ nichts denke", und das seiner Meinung nach nicht gegen ihn gerichtet sei. - trotz der telefonischen Drohungen, von denen er zugibt, daß er sie bekommen hat. Dieses Attentat rief bald viele Protestreaktionen hervor, besonders von den „Amis de la terre" in Paris, die „sehr entschieden diese Aktion ablehnen, die nur von einer faschistischen, unverantwortlichen oder provokativen Gruppe kommen kann, die die Aufmerksamkeit von den echten Problemen der Atomenergie ablenken will." Sie erklärt weiter: „Der ökologische Kampf ist unbegreifbar, wenn der Respekt vor den Menschen keine priviligierte Stellung hat."

KAMPF GEGEN GEPLANTES KKW IN LE PELLERIN

PARIS 8. Juli In ID 181 wurde über das geplante KKW in Le Pellerin (bei Nantes) berichtet.

Am 11.7. soll die 'Untersuchung für Gemeinnützigkeit' (es handelt sich dabei um eine Umfrage, mit der für den Bau des KKW's bei der Bevölkerung geworben werden soll) beendet werden. Dieses Verfahren soll den Bau des KKWs in Le PELLERIN vorbereiten. Drei Untersuchungskommissare werden ihr Urteil abgeben: ein Bankdirektor, der Direktor eines Metallbetriebs und ein Architekt. Diese Etappe endet jetzt mit einem großen Erfolg: dem Boykott, der von den Verteidigungskomittees der Region organisiert worden ist. Am 7.7. verbarrikadierte die Bevölkerung von Cheix en Retz (340 Einwohner) den Zugang zu ihrer Gemeinde.

Die EDF (Electricite de France) mißt diesem Projekt eine große Bedeutung bei wegen der günstigen geographischen Lage der Bretagne und deren enormem Wasserpotential, das für die Kühlung im KKW sehr wichtig ist. Dieses KKW soll vier Reaktoren von jeweils 1300 MW haben (also noch viel größer als Fessenheim, 4/900 MW). Seit dem Anfang stößt die EDF auf den Widerstand der Bevölkerung und auf den der Abgeordneten der Region, ohne die Bauarbeiten beginnen zu können. Die 'Untersuchung für Gemeinnützigkeit' selbst ist eine Pleite. Tag für Tag haben die Rathäuser der betroffenen Gemeinden unter dem Druck der Bevölkerung für die Durchführung der Untersuchung ihre Türen gesperrt. Zweimal sind die Unterlagen vernichtet worden. Zuerst in Coueron, wo 5 Bauern zu 2 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt wurden, wobei das Gericht die Strafe in 8 Monate mit Bewährung verwandelt hat. Dann in St. Jean de Boiseau, wo 7 Leute angeklagt wurden. Am Tage des ersten Urteils wurden nämlich in diesem Dorf Unterlagen erneut vernichtet. Gegen diesen Widerstand organisierte der Präfekt andere 'Rathäuser' in Bussen, in denen die Umfrage durchgeführt werden soll, da unter den 12 betroffenen Gemeinden sieben die 'Untersuchung' boykottierten.

Seitdem hat sich der Boykott in anderen Gemeinden entwickelt: Coueron, St Jean de Boiseau und La Montagne.

Am 7.7. haben die Einwohner von Cheix gegen die 'Alternativrathäuser' mobilisiert. Um 4 Uhr morgens wurden auf



Barrikade der Dorfbevölkerung von Cheix en Retz gegen das geplante AKW

den Zugangsstraßen zum Dorf Barrikaden aufgestellt: Traktoren, landwirtschaftliche Maschinen, das ganze mit Kabeln festgebunden, mit Nägeln bestreut, während etwa 150 Leute mit Heugabeln und Stöcken an verschiedenen Stellen Posten standen. Die Polizei, die diese heiße Gegend beobachtet, wußte bald Bescheid: Gegen 10 Uhr 30 befiehlt der Unterpräfekt von Faucigny' Lusinge (ein Cousin von Giscard d'Estaing) den Ansturm. Tränengas. Die Demonstranten werfen Steine und Flaschen zurück. Auf dem Dorfplatz stehen Demonstranten mit dem Bürgermeister von Le Pellerin um einen Bus, den sie da als Informationsrathaus eingerichtet haben und wo sie eine Dokumentation gegen den Bau von KKWs ausgestellt haben.

Die Untersuchung für Gemeinnützigkeit konnte also in Cheix nicht begonnen werden. Die Situation bleibt aber unsicher.

DIE EDF IST FÜR DIE ABSETZUNG DES FILMS: „ATOM UNMITTELBARE GEFAHR"

LIBE 7.7.77 Der Forschungsdirektor der EDF, Bienvenue, verlangt, daß dieser Film von Serge Poljinsky abgesetzt wird. Dieser Film, der bei zahlreichen Diskussionen der Anti-KKW-Komitees gebraucht wird, war beim letzten Filmfestival in Cannes vorgestellt worden, bei der Woche des politischen Films der PSU und innerhalb der Filme „Perspektiven des französischen Kinos". Er wurde gestern in Paris gezeigt (in den Kinos Saint-Severin und Palais des Arts). Aber gleichzeitig an diesem Tag (6.7.) sollten die Mitglieder des Kollektivs „Sandkorn", die den Film gedreht haben, vor Gericht erscheinen. Die EDF verlangt die Absetzung dieses Films, der das Problem einer politischen Wahl in der Energiefrage stellt und der eine Bedrohung für die Nuklearpolitik der EDF darstellt, weil er die Verwicklungen der EDF mit gewissen Trusts aufdeckt, die zusammenarbeiten, um Leute, die sich wehren, einzuschüchtern und sie von ihrem Besitz zu verjagen.

Der Film ist durch Unterstützungsgelder finanziert worden, die das Komitee Rhone-Alpes am Tag vor der Besetzung in Malville gesammelt hat.

Das Kollektiv „Sandkorn" hat schon den Film „Die Stadt gehört uns" gedreht, ein Film über Häuserspekulationen und Stadteilkämpfe.

Kontaktadresse: Collectif Grain de Sable, 52 avenue de Clichy, 75018 Paris.

LANDKOMMUNE IN FRANKREICH: REALITÄT UND ANSPRUCH

LE BOSC 12. Juli *Unter der Überschrift "Revolution machen Wir auf dem Land und Ihr in der Stadt" veröffentlichten wir im ID 114 einen Artikel über eine Initiative, die in Frankreich einen Teil der Landkommune-Bewegung darstellt. Seit August 1975 versucht die Initiative in den Pyrenäen und in Aveyron zerfallene Dörfer wiederaufzubauen. Die meisten Häuser und das Land wurden von ihnen besetzt. In einem Brief an uns schreiben sie jetzt:*

"Zu der Selbstdarstellung müssen wir zurückkommen, weil deswegen immer noch Leute hierherkommen, die glauben eine Realität vorzufinden, wie sie in diesem Artikel beschrieben wurde (kollektives Bewußtsein, Möglichkeiten seine Persönlichkeit zu entwicklen ohne in eine Rolle gedrängt zu werden, Möglichkeit des problemlosen Ortswechsels, in nächster Zeit von eigener Produktion leben, ökonomische Zusammenarbeit mit anderen Gruppen). Wir müssen da einiges richtig stellen: wir stehen noch hinter den in diesem Artikel formulierten Zielen, jedoch sieht die Realität hier anders aus. Wir wollen weiter die von uns übernommenen Strukturen der Gesellschaft, als auch die eigentliche Ursache der Misere, das kapitalistische System, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen. Bisher waren wir eine offene Gruppe, die nur minimale Anforderungen an neue Leute gestellt hat. Das führte dazu, daß Figuren aller Schattierungen hier auftauchten, sich die personelle Besetzung permanent änderte und in der Konsequenz weder eine kontinuierliche Diskussion noch eine Praxis möglich war. Der politische Standort hing von der Zusammensetzung der Gruppe ab, änderte sich also laufend, ohne aber jemals einen effektiven Niederschlag in der Praxis zu finden.

Wir haben uns jetzt entschlossen, nicht mehr länger ein Ferienlager für Polit-Tramp- Touristen zu sein, um uns die Möglichkeit zu geben, das zu machen, was wir bisher proklamiert haben, nämlich unser tägliches Zusammenleben anders zu gestalten und das System zu bekämpfen. Für das System wäre es eine angenehme Lösung, wenn sich oppositionelle Kräfte in die Isolation (der Berge) zurückziehen und dort ihre Spielchen treiben (siehe AAkommune). Wir wollen nicht länger nur verbal einen politischen Standpunkt einnehmen, denn das heißt keinen Standpunkt haben, einverstanden sein mit der Politik, die mit einem gemacht wird. Trotzdem sind wir aber weiterhin offen für Leute, die auf dem Land leben wollen (wir arbeiten in der Hauptsache mit Ziegen, haben Schafe, Hühner, Kühe und jede Menge zu renovieren), sich aber nicht mit einem politischen Glaubensbekenntnis begnügen und für die nicht alles andere noch zu früh ist. Im Augenblick sind wir hier fast eine Typengruppe (8Typen, 1 Frau), längerfristig kann unser Projekt, zusammen leben und kämpfen nur bestehen, wenn das Verhältnis Mann/Frau ausgeglichen ist. Unter diesem Gesichtspunkt ist unsere verstärkte Aufforderung an die Frauen zu verstehen, die das gleiche wollen wie wir und Lust haben zu uns zu kommen. Aus den Erfahrungen des letzten Jahres haben wir gelernt: wir sind kein linkes Ferienlager. Leute, die hier nen "billigen Urlaub" machen wollen, bezahlen 5-10 DM pro Tag und werden als billige Arbeitskräfte ausgenutzt. Das klingt vielleicht hart, ist für uns aber absolut notwendig, denn wenn wir dieses Jahr wieder 50-60 Leute durchfüttern, haben wir im Winter nix zu fressen. Eine andere Sache ist die der Gesundheit, unsere und die der Besucher: nach jedem Sommer schlagen wir uns mit Pilzen, Kratze und diversen Geschlechtskrankheiten etc. rum. Da wir dem jetzt ein Ende machen wollen, verlangen wir von jeder/m daß er sauber ist oder wenn nicht, daß ers klar sagt und was dagegen macht.

Grüße aus den Bergen"

Kontaktadresse: S. P. S. U. , SARRAT DUSCLAT 09O Le Bosc par FOIX , Frankreich



INTERVIEW MIT „MUJERES LIBRES"

BARCELONA 12. Juli *Als wir vor kurzem in Barcelona waren, sind wir ganz zufällig im Hauptsitz der CNT (anarcho-syndikalistische Gewerkschaft) auf eine Versammlung der Mujeres Libres (Freie Frauen) gestoßen. Diese anarchistische Frauenorganisation gab es bereits in den dreißiger Jahren, die Frauen hatten damals eine Menge Schwierigkeiten mit dem „Machismus" innerhalb der CNT; sie wurden wenig ernst genommen. Seit kurzem gibt es die Mujeres Libres nun wieder und die Geschichte scheint sich für sie in einigem zu wiederholen. Man hörte von ihnen während des Roca-Streiks (siehe ID 164 + 168) und über ihre Zeitung „Mujeres Libres" von der bis jetzt zwei Nummern erschienen sind. Einiges an den MujL hat uns ins Staunen versetzt, z.B. die Tatsache, daß an ihrer Versammlung Männer teilnahmen und ganz arglos mitdiskutieren. Zu dem Interview erschien neben der Lola auch ein Mann. Wir waren dann doch sehr froh, weil wir schon befürchtet hatten, daß nur Männer kommen würden.*

ID: Wir waren sehr überrascht gestern, als wir sahen, daß es Männer bei euch in der Gruppe gibt. Könntet ihr mal ein bißchen was dazu erklären?

Lola: Für uns kann eine Gruppe, sei es jetzt eine Frauengruppe oder eine anarchistische Gruppe, niemals geschlossen sein, weder für Männer, noch für irgendwelche Frauen, sie muß absolut offen sein. Wenn ein Mann sich mit dem Frauenproblem konfrontiert sieht und kämpfen will mit uns, dann kann er zu uns kommen.

ID: Wieso macht ihr dann überhaupt eine spezielle Frauenorganisation. Hättet ihr nicht z.B. auch innerhalb der CNT mit den Männern dasselbe erreichen können.

Luis: Die CNT hat bestimmte Ziele, die mit der Frauenfrage nicht soviel zu tun haben. Das fließt zwar auch mit rein, aber die CNT gibt sich vor allem mit gewerkschaftlichen Sachen ab. Ich glaube, das kann auch garnicht anders sein, das wird sich auch in Zukunft nicht verändern. Die Mujeres Libres hingegen wollen von einer Problematik der Frau ausgehen. Aber halt nicht so wie andere Gruppen, die die Männer davon ausschließen.

ID: Wie sieht denn die Frauenfrage für euch aus? Womit setzt ihr euch dabei auseinander?

Lola: Ich glaube, die MujL geben sich mit Problemen ab, die sich ganz persönlich auf das Individuum beziehen.

ID: Das Individuum oder die Frau?

Lola: Das Individuum. Unser Ziel ist zu freien Menschen zu werden. Das ist das Wichtigste. Wir leben in einer Gesellschaft, die alle unterdrückt, die Frauen jedoch einer zusätzlichen, speziellen Unterdrückung unterwirft. Daran ist der Mann nicht so sehr selber schuld, er gibt die Unterdrückung, die er draußen erfährt an die Frau weiter, die ihrerseits die Kinder unterdrückt. Ich fände es z.B. auch sehr wichtig, wenn es eine Befreiungsbewegung der Kinder gäbe.

Luis: Zu dem vorhin wollte ich noch sagen, daß die MujL sich nicht verstehen als Zweig der CNT für Frauenprobleme, sondern als autonome Gruppe.

ID: Ist das immer so gewesen, also auch bereits während dem Bürgerkrieg?

Lola: Ja. Es ist ein schwerwiegender Irrtum anzunehmen, daß wir der Frauenzweig der CNT sind. Die Presse bereitet das immer wieder neu auf: das ist schlicht und einfach eine Lüge.

Die MujL sind eine libertäre Gruppe, wie es auch andere gibt und vollkommen autonom von der CNT. Wir haben versucht mit feministischen Gruppen zusammenzuarbeiten, in die Coordinadora (Dachverband der feministischen Gruppen in Barcelona, siehe ID 181) hineinzukommen, das war aber vergeblich.

ID: Warum hat das nicht geklappt?

Lola: Das Wichtigste dabei war wohl, daß wir Männer in der Gruppe haben. Vor allem die LAMAR, die radikalfeministischste Organisation innerhalb der Coordinadora war sehr dagegen. Die haben uns gesagt, wir sollen erst einmal unsere Typen abschaffen, ehe wir da reinkommen wollen.

ID: Das denken wir auch. Was bringt dich denn z.B. als Typ dazu in die MujL einzutreten?

Luis: Tja, das ist sehr schwierig. Ja, das ist wirklich sehr kompliziert. Einerseits muß die Frau ihre Probleme lösen, das ist klar. Aber das hat einen automatischen Einfluß auf den Mann. Aber auf der anderen Seite .... also ich glaube, daß ich das Problem der Frau sehr gut verstehe. Ich glaube, daß ich da auch einiges tun kann, bei gewisse Sachen werde ich mich natürlich raushalten müssen, z.B. wenn eine Frau darüber reden will, daß sie schwanger ist und abtreiben will, das wäre sicher sehr schlecht und sehr falsch, wenn ich mit ihr darüber reden würde. Aber die Problematik der Frau reduziert sich ja nicht allein darauf.

Lola: Wir haben vor einiger Zeit sehr viel über die Teilnahme von Männern in unserer Gruppe diskutiert. Ich finde es erstens mal sehr wichtig, daß zwei von den Männern mit ihren Freundinnen gekommen sind, nicht einfach so, sondern mit ihren Freundinnen. Dann, es gibt nur drei Männer bei uns und die sind sehr friedlich. Das Problem für mich fängt erst da an, wo zuviele von ihnen reinkommen und das Sagen haben wollen. Ich glaube auch, daß es wichtig ist, über gewisse Sachen gemeinsam zu diskutieren, z.B. über Sexualität. Da sind Mann und Frau verarscht. Der Mann kriegt halt nen Orgasmus und die Frau nicht, aber im Grunde, das was der Mann an Orgasmus kriegt, also ich finde die Sexualität ist viel reicher als das.

ID: Laufen denn bei euch Diskussionen über Sexualität, z. B. in den Stadtteilen. Wir haben gehört, daß in den Nachbarschaftsvereinigungen darüber diskutiert wird, Vorträge gehalten werden usw.?

Luis: Das läuft bei uns über die Stadtteilkollektive. Die Nachbarschaftsvereinigungen sind im Sterben, sie sind tot. Wir sind da überhaupt nicht drin. Die normalen Leute gehen da nicht hin, die meisten dadrin kommen von der KP und von den kleineren linken Parteien. Die einzige Diskussion über Sexualität, die praktisch wurde, war in einem Stadtteil, in dem es eine Kampfproblematik gab; die Leute hatten ein Gelände besetzt, auf dem eine Fabrik gebaut werden sollte. Um die Zeit zu vertreiben, kam eine Genossin von uns auf die Idee, über Sexualität zu diskutieren. Es gibt viele Gruppen, die das jetzt fordern, aber praktisch ist bislang wenig geschehen. Z.B. gibt es da eine Gruppe von Frauen von Roca, die aus dem Streik und aus Kontakten, die sie zu MujL hatten, entstanden ist. Dann gibt es natürlich die Diskussionsansätze in den Stadtteilkollektiven.

ID: Was ist das überhaupt, diese Stadtteilkollektive?

Luis: Das sind libertäre Stadtteilkollektive, von Genossen, die in dem Stadtteil leben. Wir wollten mit den Nachbarschaftsvereinigungen in Kontakt kommen, das hat aber nicht geklappt. Wir wollen natürlich als libertäre Gruppen im Stadtteil funktionieren. Normalerweise haben wir ein Lokal, wir unterstützten die Aktivitäten im Stadtteil. Die Leute, die hinkommen sind aber vor allem Anarchisten oder solche, die mit uns sympathisieren. In Sants kommen auch ab und zu mal andere Leute, aus Neugier hauptsächlich. Zwischen den MujL und den Stadtteilkollektiven gibt es einen engen Kontakt.

ID: Könnt ihr nochmal was erzählen über eure Erfahrungen im Roca-Streik?

Lola: Interessant ist wohl erstmal zu wissen, wie wir mit den Roca-Frauen in Kontakt gekommen sind. Unsere Kontakte waren sehr spontan . Alles hat damit angefangen, daß es die Associacion catalana de là Dona (Frauenorganisation, die nicht in der Coordinadora ist, steht der maoistischen Partei PTE nahe) eine Art Meeting für die Roca-Frauen abhielt. Während der Diskussion kam es zu Auseinandersetzungen, wir haben dann eingegriffen, um den Frauen von Roca zu helfen. Wir haben uns mit dem Ordnungsdienst der Associacion herumgeprügelt. Die haben dann natürlich doch gewonnen, mit ihrem Ordnungsdienst. Die Hilfe lief also auf physischer Ebene. Danach haben wir diskutiert mit den Frauen, wir haben erklärt, was die MujL sind. Daraus haben sich dann die Kontakte entwickelt. Wir haben übrigens dazu eine Broschüre gemacht. Das Wichtigste an unserer Arbeit dort war wohl, daß wir in jedem Moment da waren, erreichbar, daß die Frauen immer mit uns reden konnten. Wir haben Diskussionsveranstaltungen gemacht, wir haben vor allem auch ökonomisch geholfen. An Weihnachten wollten die Kinder Spielzeuge und die Eltern hatten nicht das Geld dazu. Der Streik war in der schwierigsten Phase. Da haben wir zusammen mit den Stadtteilkollektiven und mit einigen Gewerkschaftszweigen der CNT Spielzeug, gesammelt, zusammengebettelt.

ID: Was habt ihr mit den Frauen von Roca diskutiert?

Luis: Hauptsächlich haben wir über Probleme geredet, die direkt mit dem Streik zusammenhingen. Wir haben ja auch vor allem da gearbeitet, um den Streik zu unterstützen, wir haben z.B. auch Kampagnen gemacht, um Lebensmittel für die die Roca-Leute aufzutreiben. Die Frauen haben mehr über die Probleme ihrer Männer im Streik geredet, als über ihre persönlichen Probleme.

ID: Gab es keine Konflikte zwischen den Frauen und den Männern während des Streiks? Haben die Männer keine Angst bekommen und reagiert, als die Frauen anfingen sich zu organisieren?

Luis: Ich kann da vielleicht eine kleine Anekdote erzählen. An einem Abend haben wir diskutiert mit den Frauen, sie fingen auch an über ihre persönlichen Probleme zu reden, über das Verhältnis zu ihren Männern, ihre Schwierigkeiten usw. Wir haben sehr lange geredet und irgendwann dachten sich die Frauen, daß sie ja eigentlich auch mal in die Bar gehen könnten. Sie sind also hingegangen, ungefähr 10 Frauen mit 2 Frauen von MujL. Die Bar war voll von Männern. Die waren unheimlich erstaunt als die Frauen reinkamen. Langsam, einer nach dem andern, gingen sie raus und die Frauen blieben allein zurück. Viel später, ungefähr gegen 10 Uhr abend kam ein Vater mit seinem Kind und sagte zu seiner Frau, was machst du denn hier, du weißt doch, daß das Kind Hunger hat.

Lola: Ja, ich glaube, das ist der richtige Weg. Man kann diese Dinge nicht so sehr theoretisch angehen, wie die Feministinnen z.B. Wir müssen die Probleme praktisch lösen, in gemeinsamer Aktion, z.B. wir sehen, daß die Männer in der Bar sind und gehen halt einfach rein.

ID: Wie sieht denn die Situation für die Frauen jetzt aus, nach dem Streik?

Luis: Nach dem Streik haben wir einige Kontakte aufrechterhalten, mit Frauen, die mit den Anarchisten sympathisieren. Das sind aber eher Kontakte auf freundschaftlicher denn auf organisatorischer Ebene. Viele von den Frauen, deren Männer in die CNT eintraten, verlassen heute eher das Haus, gehen auch zu den Gewerkschaftsversammlungen. Die ganzen Diskussionen während des Streiks gingen ja wie gesagt, hauptsächlich über Arbeitsprobleme, ein Frauenbewußtsein ist da immer noch kaum vorhanden.

Lola: Ich möchte noch gerne informieren über den aktuellen Zustand von MujL. Vielleicht könnt ihr dann alles ein bißchen besser verstehen. Wir sind also sehr desorganisiert, wir formieren uns erst, d.h. wir diskutieren sehr viel über Organisation, d.h. auch, daß unsere Praxis sehr wenig effizient ist. Wir haben bis jetzt sehr wenig gemacht. Innerhalb der Gruppe selbst machen wir ein schwere Krise durch. Wir wissen nicht wie wir uns organisieren sollen, wir diskutieren sehr viel persönliches. Wir kommen manchmal gar nicht so gut untereinander aus. Das ist sehr schlimm und hindert uns daran, praktisch zu arbeiten. Außerdem ist die Überzeugung, daß es die MujL geben muß, sehr gering, wenig Motivation also. Von seiten der Frauen selbst. Zu der Versammlung gestern kamen sehr sehr wenige. An anderen Tagen kommen zwanzig, dreißig Leute, gestern waren es fünf. So kann man natürlich nicht kontinuierlich arbeiten. Dann, wir haben keine Ideologie. Wären wir Feministinnen, dann wüßten wir, wie wir uns zu organisieren hätten und wo es lang geht. Als Anarchistinnen können wir keine dogmatischen Positionen haben, wir müssen offen sein. Ich glaube, das ist das Problem aller anarchistischen Gruppen heute und wahrscheinlich aller Zeiten. Wir können auch nicht mal schnell entscheiden indem wir abstimmen lassen. Bei uns muß alles so lange diskutiert werden, bis wir zu einer einmütigen Entscheidung gelangen. Wir müssen diskutieren, diskutieren, diskutieren. Das verhindert natürlich eine gewisse Dynamik, ein rasches Übereinkommen. Dann sind da noch die Probleme von außen. Überall stoßen wir auf Verachtung. In der CNT gab und gibt es Scheißdiskussionen über die MujL. Vor ein paar Tagen sagte mir eine Frau, wohl gemerkt eine Frau, die MujL seien eh nur da für die Sache mit dem Ficken, halt für die sexuellen Sachen und sonst nicht. Die Feministinnen wollen auch nichts mit uns zu tun haben, wegen den Männern in der Gruppe, jeder greift uns an.

ID: Seid ihr eigentlich Intellektuelle?

Lola: Nein, wir sind keine Intellektuellen. Wir arbeiten alle. Wir waren auch nicht irgendwann mal Studentinnen, wir kommen hauptsächlich aus den niederen Schichten, aus der Arbeiterklasse. Aber es gibt trotzdem Unterschiede. Wenn du bis zu einem gewissen Grad bewußt bist, dann hörst du teilweise auf, zu deiner Herkunftsklasse zu gehören. Die meisten von uns kommen aus der Arbeiterklasse, aber wir hatten trotzdem Schwierigkeiten mit den Frauen von Roca in Kontakt zu kommen. Sie sahen Studentinnen in uns. Heute haben wir dieses Problem nicht mehr mit den Frauen von Roca, aber sie bleiben trotzdem allgemein bestehen. Unsere Klamotten, unser Verhalten sind halt ganz anders. Viele von uns haben angefangen nebenbei zu studieren, aber nicht im Hinblick auf eine Karriere. Ich selber komme aus einer sehr gut situierten Familie, viel Geld, Nonnenschule usw. Ich habe meine Familie und meine soziale Klasse gehaßt. Ich hab alles gelassen und bin weggegangen. Ich habe sehr früh mit der Schule aufgehört und hab dann angefangen sehr viel zu lesen , mich selber zu informieren.

ID: Wann haben die MujL sich eigentlich neu gebildet? Welche Anknüpfungspunkte gibt es mit den dreißiger Jahren?

Lola: Vor 1 1/2 - 2 Jahren kam das Buch von Mary Nash über die MujL heraus. Einige Genossinnen der CNT haben sich dafür interessiert, haben es gelesen und daraufhin die Muj L. neugründen wollen. Ein wichtiger Punkt für die Entstehung war wohl auch, daß es innerhalb der CNT sehr viel Chauvinismus gibt ,und die CNT nicht geantwortet hat auf Bedürfnisse, die in dieser Richtung liefen. Wir haben also die Mary Nash gelesen und dann die MujL gebildet. Praktisch lief überhaupt nichts. Wir haben diskutiert, tausende von Papieren geschrieben, tausende von persönlichen Problemen ausgetragen. Die

Rettung war dann Roca. Als Roca begann, waren wir zu fünft. Nach dem Streik, dies wohl auch im Zusammenhang mit der Broschüre, die wir darüber gemacht haben, kamen schon viel mehr. Wir haben angefangen die Zeitung herauszugeben und haben darüber auch eine Menge Kontakte bekommen. Z.B. haben Leute aus Zaragoza, aus Lerida, aus Frankfeich die Zeitung angefordert.

ID: Gibt es die MujL eigentlich nur in Barcelona?

Lola: Nein, es gibt sie auch in Madrid, in Sevilla, Valencia, Zaragoza, die Zeitung wird aber nur von uns hier gemacht. Es ist auch die einzige bis jetzt. Wir haben die Organisation in Arbeitsgruppen aufgeteilt, die autonom funktionieren und sich alle 2–3 Wochen in einem Plenum zusammenfinden. Es gibt bis jetzt vier AG's, jeweils eine für Sexualität, für Ehe, für Selbstverteidigung und die AG für die Zeitung. Die funktioniert übrigens am besten. In der Gruppe, in der ich drin bin, diskutieren wir sehr viel über das Problem von Paarbeziehungen. Wenn wir diese Gesellschaft zerstören wollen, dann müssen wir zuerst ihren Kern, die Familie zerstören. Und wenn wir die Familie zerstören wollen, müssen wir alles bekämpfen, was in dieser Richtung immer wieder aufgebaut wird. Wenn heute ein weibliches und ein männliches Individuum sich zusammentun, Kinder bekommen und in dieser Struktur leben, dann produzieren sie genausogut das Alte wieder, egal wie modern und fortschrittlich sie sich dabei vorkommen. Sie folgen denselben Schemata des Besitzes und der Einschränkung ihrer Freiheit und der ihrer Kinder. Vielleicht bekommen die Kinder eine liberalere Erziehung, vielleicht ist die Sexualität nicht mehr in denselben Maßen unterdrückt, aber im Grunde hat sich nichts verändert.

ID: Welche Alternative siehst du zu der Familie? Gibt es eigentlich hier Wohngemeinschaften, Großfamilien usw. und verstehen sie sich als Alternative zu der Familie?

Lola: Ja, ich habe z.B. früher mit meinem Freund zusammengelebt. Wir haben erfahren, daß eine Beziehung, so gelebt, wenig kreativ ist. Wir haben uns überlegt, mit Bekannten eine Landkommune zu machen. Wir sind dann jedoch davon ausgegangen, daß wir eigentlich psychisch sehr schlecht darauf vorbereitet sind. Daraufhin sind wir mit Leuten hier in Barcelona zusammengezogen. Wir sind jetzt zu sechs Erwachsenen und drei Kinder. Es gibt im Moment schon eine Menge Wohngemeinschaften, die aber nicht sehr beständig sind. Gemeinsam reproduzieren können wir uns natürlich hier in der Stadt nicht. Jeder geht seiner eigenen Arbeit nach. Ich finde es auch ziemlich unmöglich, alles Geld zusammenzulegen. Jeder hat seine eigenen Bedürfnisse. Ich glaube es ist besser, das Geld nicht gleich, sondern nach den jeweiligen Bedürfnissen aufzuteilen.

ID: Meinst du nicht, daß diese Bedürfnisse sich je nach ihren Realisierungsmöglichkeiten, also nach dem Geld was du hast, schaffen?

Lola: Ja, aber diese Bedürfnisse sind ja schon geschaffen, sie sind Produkte der Konsumgesellschaft, in der wir leben. Ich glaube, es ist sehr schwierig, sich davon loszumachen. Für mich ist eine Wohngemeinschaft vor allem wichtig in Bezug auf die Kinder. Es ist wichtig, daß die Kinder lernen in einer Gruppe zu leben und sich nicht dauernd auf Mutter und Vater zu beziehen. Das kann nur langsam vor sich gehen, weil die Kinder das bis jetzt anders gewöhnt waren, aber das ist für mich das eigentliche Ziel.

ID: Ist das nun deine persönliche Meinung, oder besteht ein Konsens darüber in eurer Gruppe allgemein?

Lola: In der Ehegruppe haben wir sehr viel diskutiert darüber und sind theoretisch einer Meinung. Diese Diskussion läuft allerdings nicht im Plenum und in den andern AG's. Ich kann also nicht für uns im allgemeinen sprechen. Wir haben dazu allerdings einiges vor. Wir wollen eine Art Umfrage zuerst unter uns selber und dann im Stadtteil machen unter den Frauen des Stadtteils. Die Frauen werden wir in mehrere Gruppen einteilen, die Verheirateten aus Überzeugung, die Verheirateten aus Tradition, die Alleinstehenden, die alleinstehenden Mütter usw. Wir wollen also eine Untersuchung machen und dann eine Broschüre herausgeben, die die Realität, das was die normalen Leute denken, wiedergibt. Das soll dann auch ein bißchen richtungsgebend sein für unsere weitere Arbeit.

ID: Wie sieht es eigentlich mit Machtstrukturen, mit der Hierarchie innerhalb der CNT und innerhalb der MujL aus?

Lola: Also, wir wollen jede Hierarchie, jeden Führer abschaffen. Aber praktisch sieht es ziemlich schlimm aus innerhalb der CNT, vor allem Frauen gegenüber. Es gibt die Leader, die deswegen führen, weil sie die meisten Kontakte, die meisten Informationen haben, am besten reden können usw. So bilden sich Führer heraus.

ID: Was unternehmt ihr dagegen?

Lola: Wir müssen erstmal verhindern, daß die einzelnen Leute Informationen und Kontakte aufhäufen. Andererseits müssen wir die Leute bewußt machen, daß jeder alles kann, zu allem fähig ist. Jeder kann auf einem Meeting reden, selbst der, der sich als Dümmster fühlt. Es kommt nur auf die Vorbereitung an. Wir machen das so, daß wir immer zu mehreren auftreten und daß die Redner dauernd gewechselt werden, damit jeder drankommt. So lernen die Leute reden und die Organisation wird nicht immer mit den einigen Wenigen identifiziert, die dauernd auftreten. Am Anfang haben wir das sehr schlecht gemacht. Nach drei oder vier mal hatten die Leute sich daran gewöhnt normal zu reden. Das Problem hat sich jetzt weitgehend reduziert.

REFERENDUM UND REPRESSION

Rom 9.Juli Vom 1.April bis 1.Juli wurden in Italien Unterschriften für 8 Referenden gesammelt. Es ging dabei um die Abschaffung repressiver Gesetze wie das "Todesschuß"-Gesetz (legge reale),Abschaffung des Konkordats,der Parteienfinanzierung durch den Staat, Abschaffung der Strafgesetze gegen die Meinungsfreiheit usw.Damit es zu einer Volksabstimmung über diese Gesetze kommen kann, waren eine halbe Million Stimmen nötig. Die Radikale Partei und Lotta continua, die die Kampagne hauptsächlich führten, haben dieses Ziel erreicht: über 700 000 Stimmen wurden gesammelt - ein wichtiges Votum gegen die andauernde Repression. Aus bürokratischen Gründen wird es allerdings erst in ungefähr einem Jahr zur Volksabstimmung über die repressiven Gesetze kommen.

Währenddessen läuft der historische Kompromiß: die PCI, die die 8 Referenden nur als "Schlag gegen die Institutionen" und als "traumatische Antihaltung der (700 000) Bürger gegen den demokratischen Staat" (Unita vom 22.Juni) verstehen konnte, sitzt praktisch in der Regierung.

Gegen die "Repression des historischen Kompromisses" haben eine Reihe von französischen Intellektuellen protestiert , u.a. Sartre, Foucault, Guattari. Ähnlich wie nach Stammheim ist Sartre zusammen mit den anderen jetzt nach Italien gefahren, um gegen die Repression zu protestieren, "die gegenüber militanten Arbeitern und andersdenkenden Intellektuellen, die

gegen den historischen Kompromiß angehen, angewandt wird.' In ihrem Appell für die Genossen in den italienischen Knästen heißt es: "Die vom historischen Kompromiß Ausgestoßenen antworten jenen, die ihnen vorwerfen, von CIA und KGB finanziert zu sein: Unser Komplott ist unsere Intelligenz, euer Komplott dagegen dient dazu, unsere Bewegung und Revolte dazu zu benützen, die Eskalation des Terrors zu betreiben."

Während die französischen Intellektuellen in Italien protestieren, nehmen die italienische und die französische Polizei mitten in Paris in einer gemeinsamen Aktion den seit längerer Zeit gesuchten italienischen Genossen "Bifo" fest; Bifo ist einer der bekanntesten Genossen der autonomen Linken in Bologna und hat auch bei Radio Alice mitgearbeitet; ihm wird vorgeworfen, einer der Hauptdrahtzieher der Revolte in Bologna zu sein. Da er in Italien gesucht wurde, hat er zuletzt in Paris gewohnt, und zwar bei Guattari. Als dieser jetzt von seiner Fahrt nach Italien zurückkam, fand er seine Wohnung total durchwühlt vor: die italienische Polizei, gegen die er eben noch protestiert hatte, hat zusammen mit ihren französischen Kollegen die Europäische Gemeinschaft der Repression demonstriert.

Letzte Meldung: Der Auslieferungsantrag Italiens ist von den französischen Behörden abgelehnt worden. Bifo bleibt also in Frankreich.

NB: Für diejenigen Genossen, die sich darüber informieren wollen, geben wir folgende Adresse an:
CASA di CULTURA, 6 Frankfurt/Main, Adalbertstr. 36 h, Tel.: 77 51 16 (jeden Tag von 18 bis 22 Uhr).

BÜRGERMEISTER STOPPT AKW-BAU

MONALTO 8. Juli Heute morgen begannen die Ausschachtungsarbeiten für das Fundament des in Monalto/Italien vorgesehenen AKW's. Zwei Stunden nach Beginn der Arbeiten erschien der Bürgermeister von Montalto, Serafinelli, begleitet von Carabinieri, kommunaler Ordnungspolizei und ca. 150 Mitgliedern der örtlichen Bürgerinitiative gegen Atomenergie und überreichte persönlich eine vom ihm ausgestellte Eilanordnung, die die Weiterführung der Arbeiten verbietet. Begründet wird das Verbot damit, daß die Gemeinde zu keiner Zeit eine Baugenehmigung für das AKW erteilt habe. Die Baufirma stellte daraufhin die Arbeiten sofort ein.

DER WIDERSTAND GEGEN AKW's WÄCHST

ÖSTERREICH 13.Juli 77 *Von den AKW - Gegnern aus Wien erhielten wir diese Woche folgenden Brief. Hoffentlich kommen noch weitere Meldungen über den erfolgreichen Kampf gegen die Atomlobby:*

„ Im Juni hat die Anti-AKW-Bewegung in Österreich einen großen Aufschwung genommen. Drum gibt es jetzt einen Bericht von uns.

Was geplant ist:

1) AKW Zwentendorf (700 MWe, 40 km von Wien, Erbauer KWU) praktisch fertiggestellt. Die Entscheidung für die Inbetriebnahme Ende 1977 ist in Wirklichkeit längst gefallen, obwohl die Regierung im Herbst ein Parlamentsspektakel abziehen wird, bei dem es angeblich um die Grundsatzentscheidung über den Einsatz der Atomenergie in Österreich geht.
2) Probebohrungen für Atommüllagerung (niedrig-, mittel- und hochaktiv) im Waldviertel (Niederösterreich) im Urgestein z.T. bereits durchgeführt. Das Waldviertel ist ein wirtschaftlich ziemlich benachteiligtes, landschaftlich sehr schönes Gebiet mit einem riesigen Truppenübungsplatz (Parallelen zur Lüneburger Heide).
3) AKW St. Pantaleon (1200MWe, an der Donau in der Nähe von Linz, KWU) ist angeblich auf Jahre hinaus aufgeschoben. Die Aufträge für die Vermessungs-und Aushubarbeiten sind aber schon vergeben worden und Brennstofflieferungsverträge mit der UdSSR sind abgeschlossen.

Was wir dagegen tun:

Vereinzelten Widerstand gab es schon seit dem Baubeschluß für Zwentendorf, ein breiter Widerstand gegen das Atomprogramm hat sich aber erst 1976 entwickelt. Alle BI's, Arbeitskreise etc, die gegen AKWe kämpfen, arbeiten unter der Bezeichnung „Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner" (IÖAG) zusammen (gemeinsame forderungen, gemeinsame Unterschriftenlisten, gemeinsame Broschüre - bisher 2o ooo Stück in 5 Auflagen verkauft - , koordinierte Veranstaltungen und Aktionen). Erster Höhepunkt im Januar 77 war ein gesamtösterreichischer Aktionstag am 24.März, an dem in 7 Städten insgesamt 4.5oo Leute (davon 3ooo in Wien) teilnahmen. Der nächste Schritt war, den Protest von der mehr oder weniger gemütlichen Heimatstadt direkt vor das AkW zu tragen. Dazu organisierte die IÖAG am 12. Juni eine Sternfahrt zu einem Protestmarsch nach Zwentendorf. 5500 Menschen, die aus ganz Österreich mit Bussen, mit der Bahn, mit Privatautos oder sogar mit dem Schiff angekommen waren, zeigten in einem 6-km-Marsch (in glühender Hitze) und bei der anschließenden Kundgebung ihre Entschlossenheit, den Probebetrieb nicht zuzulassen. Vor dem Marsch hatten wir ein Rahmenprogramm mit Musik, Theater und Kinderaktionen. Wir erhielten ein Solidaritätstelegramm von den AKW-Gegnern aus Gösgen(Schweiz) , außerdem hatten wir als Gastredner aus der BRD Karl Meyer aus WYhl und den Gewerkschafter Heinz Brandt. Der Demonstrationszug konnte ungehingdert direkt am AKW vorbeimarschieren, das „nur" mit einem gewöhnlichen Stacheldraht befestigt war. Polizei und Gendamerie traten kaum offen in Erscheinung, aber hinter dem Kraftwerkszaun war die 60 Mann starke „Antiterrorgruppe" der Gendamerie verschanzt. Eine Besetzung des AKW Geländes stand (beim derzeitigen Stand der Bewegung) nicht auf der Tagesordnung und war daher auch nicht geplant. Da der Widerstand um Zwentendorf selbst noch relativ schwach entwickelt ist, war es besonders erfreulich, daß die Demo von der dortigen Bevölkerung zum Großteil positiv aufgenommen wurde. Sogar aus Vorarlberg (breiter Widerstand gegen das geplante AKW Rüthi/Schweiz) waren einige Busse nach Zwentendorf gekommen! Nur wenig später , am 25. Juni, demonstrierte die Waldviertler Bevölkerung, daß sie unter keinen Umständen bereit ist, eine Atommüllagerung in ihrem Gebiet zuzulassen (3oooTeilnehmer, 1oooZaungäste, einige hundert Traktoren). Die Brennelemente für das AKW Zwentendorf sollen in nächster Zeit von der NUKEM in Hanau (BRD) geliefert werden. Für nähere Hinweise (Zeit und Route des Transports) aus der BRD sind wir jederzeit dankbar!

Für den Herbst ist geplant, den 26.Oktober vom österreichischen Nationalfeiertag zum österreichischen NationalantiAKWfeiertag zu machen. An diesem Tag sind der Nationalrat, der Bundesrat und die Bundesregierung zu einer Festsitzung im Parlament versammelt. Die AKW-Gegner aus ganz Österreich werden in Wien zusammenkommen, ihre Forderungen vorbringen und von den Politikern Rede und Anwort zu verlangen. Nach wie vor stehen starke Interessen ungebrochen hinter der sofortigen Durchführung des Atomprogramms. Die „Sozialpartner" (Industriellenvereinigung und ÖGB-Spitze), die in Ös-

KEINE INBETRIEBNAHME DES AKWs ZWENTENDORF: KEIN NULLAST–, TEILLAST–, PROBE– ODER VOLLAST-BETRIEB !

KEIN AKW IN ST' PANTALEON, BOGENHOFEN ODER ANDERSWO IN ÖSTERREICH !

KEIN AKW AN ÖSTERREICHS GRENZEN !

KEINE ATOMMÜLLAGERUNG IM WALDVIERTEL, IN ZWENTENDORF, IN TIROL ODER ANDERSWO IN ÖSTERREICH ! "

Kontaktadresse:
Arbeitskreis Atomenergie Wien, Postfach 138, A-1071 Wien, Österreich oder
Susanne Anderle, Stuwerstraße 43/22, A-1020 Wien, Österreich
Tel. Vorwahl Österreich ÷ (0) 222 - 2439483

18 000 DEMONSTRIERTEN FÜR GRUNWICKS

LONDON 11. Juli Die Auseinandersetzungen bei Grunwicks in Nord–West London (s. ID 184/185) hält weiter an. Am Montag, den 11. Juli demonstrierten 18 000 Gewerkschafter vor den Toren der Fabrik. 4000 Polizisten haben die Demonstration begleitet. Um 7.00 Uhr schon hatten sich 10 000 Streikposten gesammelt. 3000 von ihnen waren Bergbauarbeiter aus Yorkshire, Nord England (etwa 350 Kilometer von London entfernt). Kurz nach 7.00 Uhr fingen die ersten Kämpfe mit der Polizei an, 18 Polizisten sind ins Krankenhaus eingeliefert worden und 70 Arbeiter wurden festgenommen. Kein Streikbrecher konnte in die Fabrik eindringen–trotz Polizeischutz. Die Streikposten blockierten alle Strassen in der unmittelbaren Umgebung und verhinderten dadurch eine Polizeiverstärkung. Die Kämpfe dauerten 4 Stunden.

ZÜRICH 11. Juli Schaden in der Höhe von rund 500 000 Franken ist in der Nacht zum Montag, 11. Juli, bei einem Brandanschlag auf die Büros der Iran National Airlines in Zürich entstanden. Für den Anschlag hat in einem Kommunique das "Kommando Ernst Brugger" die Verantwortung übernommen. Der Anschlag erfolgte aus Protest gegen den gegenwärtigen Besuch Bundesrat Ernst Bruggers im Iran. In dem Kommunique heißt es: "Im Iran gibt es über 70 000 politische Häftlinge, die auf bestialische Art und Weise gefoltert und eingekerkert werden. Von diesen sind allein in den letzten Jahren mindestens 5oo ermordet worden.

Die iranische Geheimpolizei SAVAK setzt gegen 100 000 Agenten, Denunzianten und bezahlte Mörder ein, die auf der ganzen Welt ihre Dreckarbeit verrichten..........

Genf ist der SAVAK-Hauptsitz für Europa, was von der Schweizer Bundespolizei geduldet, gedeckt und durch einen Informationsaustausch teilweise auch aktiv unterstützt wird."

UNITED ENTLÄSST STARTRAINER TOMMY DOCHERTY WEGEN EHEBRUCH

MANCHESTER Juli 8 Vor 7 Wochen nach dem Pokalsieg in Wembley war Tommy Docherty von 700,000 Manchester United Fans als Held gefeiert. Heute ist er arbeitslos. Docherty ist nämlich mit der Frau des Mannschaftsmasseurs durchgebrannt, - und das war zuviel für Renomme Club Manchester United. Ehebruch und Fußballtrainer zu sein passen einfach nicht zusammen. Man könnte vielleicht denken, daß dies ein bißchen altmodisch ist, aber wer sollte die moralischen Werte Englands aufrechterhalten, wenn nicht Manchester United?
Docherty's Kommentar dazu: 'We are in love.'

nauklerstr.20
tel.07071/ 23393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel.0811/2809522

schweiz:
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel.01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 57 72

bilderdienst im id
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

einzelverkaufspreis
1,50 dm incl 5,5% mwst

abonnement gegen vorauskasse von 1.50 dm je heft. mindestbetrag 18 dm für 12 hefte (vierteljahr) auf **postscheckkonto 52 52 28 – 602 postscheckamt frankfurt** (blz 500 100 60) bitte **stichwörter** angeben: „neuabo", „verlängerung", „adresswechsel", außerdem die genaue adresse. noch besser: die abonummer.